



Gutachten und
Bewertung von
Gutachten

Umfassende Umweltkonzepte

Hilfe zur Umsetzung

Analysen und
Einzelberatung

Beratung, Vorträge
und Seminare

Öffentlichkeitsarbeit
und Veröffentlichungen

Reader

Agenda 21 – Chance oder Mythos?

- ✓ Auszüge aus dem Original
- ✓ Definitionen, Beschreibungen
- ✓ Kritische Hintergründe
- ✓ Beispiele

Autor: Jörg Bergstedt

Inhalt und Quellen

Inhalt und Quellen

Agenda-Fieber statt eigener Perspektiven Flugblatt mit grundlegender Kritik an der Agenda 21	5 - 8
Interview zur Kritik an der Agenda Schriftfassung	9 - 10
Auszüge aus der Agenda Quelle: Veröffentlichung des Bundesumweltministeriums Das Gesamtwerk kann dort kostenlos bezogen werden.	11 - 17
Zur Geschichte des Nachhaltigkeitskonzeptes Autor: Thomas Schmidt, Institut für Ökologie Nord Quelle: Ö-Punkte, Ausgabe "Frühjahr 1998")	18 - 21
Agenda 21 - Pro & Contra AutorInnen: Ja (Rasmus Grobe, Verden) Jein (Traute Kirsch, BUND Nordrhein-Westfalen) Nein (Jörg Bergstedt, Institut für Ökologie) Quelle: Ö-Punkte, Ausgabe "Frühjahr 1998")	22 - 25)
Kritik am Nachhaltigkeitskonzept Autor: Oliver Geden, Berlin Quelle: Ö-Punkte, Ausgabe "Frühjahr 1998")	26 - 27
Beispiele für Agendaarbeit Dörverden (Text: Jutta Sundermann) Niedersachsen (Text: Maria Gemind) Quelle: Ö-Punkte, Ausgabe "Frühjahr 1998")	27 - 29
Geld als Schmiermittel der Agenda Autor: Tilman Heller Quelle: Ö-Punkte, Ausgabe "Frühjahr 1998")	28
Bundesweite Wirkung lokaler Agendaarbeit Autor: Jörg Bergstedt, Institut für Ökologie Quelle: Ö-Punkte, Ausgabe "Frühjahr 1998")	30 - 31
Definitionsversuche zur Agenda Entnommen aus verschiedenen Broschüren: Berliner Briefe (Grüne Liga, Berlin) Tu Was (Rundbrief der Gruppe) Unterlagen der Stadt Bützow Agenda-Zeitung und Unterlagen der Stadt Hannover Agenda-Zeitung der Stadt München Agenda-Broschüre des Hessischen Umweltministeriums Agenda-Broschüre des BUND Berlin Quelle: CD "Agenda, Expo, Sponsoring" (IKO-Verlag, Frankfurt)	32 - 42
Positionen zur Agenda 21 Werbezeitung der RWE Bericht des Deutschen Naturschutzringes zu Rio (aus DNR-Kurier) Antrag pro Agenda und Gegenantrag im BBU (Pro-Antrag erhielt Mehrheit) Bericht von der Diskussion auf dem 23. BÖT (aus BÖT-Zeitung) Quelle: CD "Agenda, Expo, Sponsoring" (IKO-Verlag, Frankfurt)	43 - 49



Inhalt und Quellen

Beispiele lokaler Agenda-Arbeit	50 - 55
Broschüre "Berliner Beispiele" (Grüne Liga Berlin)	
Berliner Briefe (Grüne Liga Berlin)	
Auszug aus Gießener Allgemeine	
Quelle: CD "Agenda, Expo, Sponsoring" (IKO-Verlag, Frankfurt)	
Presstext zu Rio	56
Enthält sehr kritische Positionen, die damals breit getragen wurden	
Quelle: CD "Agenda, Expo, Sponsoring" (IKO-Verlag, Frankfurt)	
Kritik an der Agendaarbeit	57
Quelle: CD "Agenda, Expo, Sponsoring" (IKO-Verlag, Frankfurt)	
Feministische Kritik am Nachhaltigkeitskonzept	58 - 61
Autorin: Irmgard Schultz	
Quelle: Alternative Kommunalpolitik, Heft 4/1996	
Literatur	62 - 65
Aufruf "Gegen die Agenda 21"	
Inzwischen auch unterstützt von der AKTION 3. WELT Saar	



Stein des Anstoßes:

Agenda-Fieber statt eigener Perspektiven ?

Die Umweltbewegung hat sich gewandelt. Wo die Arbeitsschwerpunkte noch vor wenigen Jahren Verkehr, Müll, Energie oder Klima hießen, steht heute die Vor- und Nachbereitung internationaler Konferenzen auf der Tagesordnung. Dreht sich alles um "Nachhaltigkeit" und "Agenda 21".

Auch vor Ort geben sich Umweltgruppen nachhaltig und dialogbereit: Sie initiieren lokale Agendaprozesse (mit). Für den neuen Modetrend geben immer mehr Umweltaktive viel Zeit und Kraft. Andere Projekte und Aktionen stellen sie zurück, vor allem solche, die Konflikte bringen (könnten).

Lohnt sich das? Wen und vor allem was wollen Umweltgruppen heute erreichen? Ganz normale Menschen mögen bei dem kuriosen Begriff "Agenda" erst einmal an ein neuartiges Waschmittel oder ein Medikament denken. Sie zucken aber meist mit den Schultern, verzichten darauf, nachzufragen oder sich gar für die Inhalte zu begeistern. Vielleicht tun sie gut daran, denn das Engagement der Umweltgruppen für die Agenda ist höchst fragwürdig.

Agenda-Kritik Nr. 1: 90 Prozent Worthülsen und "Blabla"

Umweltorganisationen wissen natürlich, daß es sich bei der Agenda 21 um das Hunderte von Seiten starke Schlußdokument des Welt-Umweltgipfels 1992 in Rio handelt. Darin beschlossenen VertreterInnen von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen (NRO, lieber aber NGO in der englischen Variante) sowie WirtschaftsvertreterInnen ihr Verhandlungsergebnis. Erst 1994 übersetzte das deutsche Umweltministerium das Papier vollständig und brachte den Wälzer in Umlauf. Zu verschiedenen Umwelthemen sind Entwicklungsperspektiven aufgeführt. Nur das kürzeste Kapitel der Agenda 21, das 28. von insgesamt 40, widmet sich der Umsetzung vor Ort und wurde zur Aktionsgrundlage für immer mehr Umweltgruppen überall im Land. Doch als "Lokale Agenda" agieren sie zwangsweise ohne konkrete Ziele, weil alles, was uns die Agenda 21 sagen will, nicht etwa kurz und deutlich ausgedrückt ist. Ihre VerfasserInnen haben das meiste von vorne bis hinten übelst verklausuliert und garantieren auch so (neben dem Umfang des Werkes und dem Namen), daß kaum ein normaler Mensch sich diese Wortverknöterien zu Gemüte führen wird. Ein Beispiel gefällig?: "(...) Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Organisationen, a) ... b) im Rahmen des Londoner Dumping-Übereinkommen (...) darauf hinwirken, daß die Bemühungen um die Beendigung der Untersuchungen über einen Ersatz des freiwilligen Moratoriums über die Einbringung schwachradioaktiver Abfälle ins Meer durch ein Verbot unter Berücksichtigung des Vorsorgegrundsatzes beschleunigt werden, damit eine gut informierte und baldige Entscheidung in dieser Frage getroffen werden kann. (...)"

Agenda-Kritik Nr. 2: 10 Prozent falsche Ziele

Fast scheint es, als ob die Umweltbewegten, die in Sachen Agenda 21 Bündnisse schmieden, diskutieren und Presseinformationen verfassen, selbst das Buch nicht gelesen hätten. Oder würden sie sonst so viel Kraft in ein Werk stecken, das Gentechnik und Atomenergie befürwortet??? In je einem eigenen Kapitel wird hier herausgearbeitet, daß in der Gentechnik die Zukunft von Medizin und Welternährung liegt, während ebenfalls ausführlich von der Notwendigkeit sicherer Atomülltransporte und -lagerung gesprochen wird (ohne daß auch nur ein Halbsatz zum Thema Ausstieg aus der Atomenergie zu finden ist). Atomkraftwerke sollen weltweit auf den modernsten technikschen Standard gebracht werden. Und noch ein Kapitel in der Agenda müßte UmweltschützerInnen die Haare zu Berge stehen lassen: Zur Förderung der Privatwirtschaft sollen Beteiligungsrechte in Umweltdingen eingeschränkt werden. Die Industrie soll bei der politischen Beteiligung bevorzugt werden, nirgends sind die Formulierungen so weitgehend wie in diesem Kapitel. Frauen, Kinder, ArbeitnehmerInnen – ihnen allen ist ein Kapitel mit netten Sprüchen gewidmet, nur bei der Beteiligung der Industrie finden sich konkretere Positionen. Danach sollen Unternehmen zukünftig gleichberechtigt mit PolitikerInnen die Zukunft des Landes bestimmen. Blicke in die Agenda 21: Im Verkehrsbereich ist das Hauptziel die "Förderung kosteneffizienter verkehrspolitischer Konzepte" und nur "gegebenenfalls Programme zur Begrenzung, Reduzierung oder aber Kontrolle von Schadstoffemissionen in die Atmosphäre". Als eine Maßnahme werden auch "umweltverträgliche Straßennetze" gefordert.

Kapitel 16 beschreibt die Biotechnologie als ideale Fortschrittstechnologie. "Als innovativer, wissensintensiver Forschungsbereich bietet sie eine Vielzahl nützlicher Verfahrenstechnologien für vom Menschen vorgenommene Veränderungen der DNS (Erbgut), oder des genetischen Materials in Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen, deren Ergebnis überaus nützliche Produkte und Technologien sind". ... Die Sicherheitsverfahren sollen lediglich "unter Berücksichtigung ethischer Gesichtspunkte" festgelegt werden. ... unter anderem wird der internationale Patentschutz auf Leben hervorgehoben...

Müllverbrennung als "Rückgewinnung der Energie aus Abfällen" ist ausdrücklich gleichberechtigt zur Wiederverwendung/Recycling.

Das Problem der "kerntechnischen Anlagen" wird auf die sichere Zwischen- und Endlagerung reduziert. Oder es wird sogar in den verklausulierten Formulierungen folgendes gefordert:

(...) Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Organisationen, a)... b) im Rahmen des Londoner Dumping-Übereinkommen (...) darauf hinwirken, daß die Bemühungen um die Beendigung der Untersuchungen über einen Ersatz des freiwilligen Moratoriums über die Einbringung schwachradioaktiver Abfälle ins Meer durch ein Verbot unter Berücksichtigung des Vorsorgegrundsatzes beschleunigt werden, damit eine gut informierte und baldige Entscheidung in dieser Frage getroffen werden kann. (...) Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Institutionen, den Entwicklungsländern helfen, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen benötigte Infrastruktur aufzubauen und/oder zu verstärken; dazu gehören ... Einrichtungen für die Behandlung, Konditionierung sowie Zwischen- und Endlagerung (...).

In Kapitel 30 wird die "zentrale Rolle" der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes betont. Die privaten Unternehmen sollen "gleichberechtigte Partner bei der Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen ... der Agenda 21 sein"(...).

Hierbei fällt die sehr weit gehende Formulierung "gleichberechtigte Partner" (...) auf. Kapitel 24 spricht von der "aktiven Einbeziehung der Frau". In Kapitel 25 wird gefordert, die Jugendlichen aktiv an Entscheidungsprozessen zu "beteiligen". ... Die indigenen Bevölkerungsgruppen (Kapitel 26) sollen "gefördert und gestärkt werden". Mit den NGOs soll es nach Kapitel 27 "eine möglichst intensive Kommunikation und Zusammenarbeit geben" und die Arbeitnehmer (Kapitel 29) sollen "umfassend ... beteiligt werden". Bei keiner Bevölkerungsgruppe gehen die Formulierungen so weit wie bei der Definition der Einbeziehung der Privatwirtschaft.

Agenda-Kritik Nr. 3: Lokale Bürgerbeteiligung ist gar nicht gewünscht

Daß in der Agenda ein Aufruf zu einer "Lokalen Agenda" enthalten sei, bei deren Bearbeitung die BürgerInnen gleichberechtigt mitreden sollen, ist schlicht erfunden. Tatsächlich sind die Kommunen nur aufgerufen, mit den BürgerInnen (und der Wirtschaft, das wird gleich mitbenannt!) zu reden, um deren Wissen für die eigene Arbeit verfügbar zu machen. Zitat: Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine "kommunale Agenda 21" beschließen.

Agenda-Kritik Nr. 4: Wir verlieren unser klares Profil

Bundesatom und -umweltministerin Angela Merkel weiß, was sie an der Agenda hat. Wenn sie (wie im Dezember 1996) einlädt, bundesweite Agenda-Arbeitskreise zu gründen, kommen illustre Gäste aus Wirtschaft (Chemie-/Auto-), Wissenschaft, Ministerien und Verbänden (BUND, Grüne Liga, Beamtenbund...). Dort, wo die Lokale Agenda vor Ort zum Thema wird, kommen am "Runden Tisch" ebenfalls Vertreter aus Parteien, Wirtschaft, Kirchen, Verbänden usw. zusammen. Muß das nicht stutzig machen? Die Vertreter der härtesten, umweltzerstörenden Industrie brauchen vom Agenda 21-Prozeß nichts zu fürchten. Überall geht dort der Dialog vor. Es gibt tatsächlich keine Passage im Rio-Dokument, die die Großindustrie grundsätzlich in Frage stellt oder auch nur kritisiert. Der Schutz der Menschenrechte angesichts eines liberalisierten Welthandels gerät z.B. vollständig unter die Räder, kommt in der Agenda nicht vor.

Dafür läuft die Expo 2000 in Hannover als Agenda-Projekt - das ist doch was zum Aufschauen für die kleinen UmweltschützerInnen, die ein solch großen Umweltprojekt, für das so viel gebaut und umgekrempelt wird, niemals hinkriegen würden. Ein weltweites Happening mit dem Agenda Banner - "Das, was zu tun ist." (Übersetzung des Wortes "agenda").

Agenda-Kritik Nr. 5: UmweltschützerInnen werden beschäftigt

Die Agenda 21 enthält viele Seiten mit vielen Kapiteln mit vielen, vielen Worten. Die Agenda-Bündnisse zeichnen sich ebenfalls vor allem durch viele Worte aus. Das merken immer mehr Menschen und Medien, ohne daß die Agenda-Begeisterung bisher merklich abgenommen hätte: "Einen Aufstand muß man machen, und nicht nur von ihm reden. Bisher wurde viel geredet, unglaublich wenig gemacht, obwohl es unzählige Menschen gibt, die sich für nachhaltige Politiken und Projekte einsetzen". (Politische Ökologie 5/96)

Frankfurter Rundschau vom 24.10.95: "Die einst agilen, spontanen und die Massen mobilisierenden Umweltverbände und -initiativen drohen immer mehr zu Bürohengsten zu verkommen. Der Kleinkrieg mit Politik und Administration bindet die Kräfte..."

Agenda-Kritik Nr. 6: Alle werden verarscht!

Agenda ist ein Mythos geworden. Dafür wurde gelogen, daß sich die Balken biegen. Die Kritik von 1992 wurde ausgeblendet. Selbst die Nachfolgekongresse von 1995-97 haben keinen Verdacht geschürt, daß die Sache vielleicht grundsätzlich faul ist. Der Mythos ist Ergebnis einer Darstellung der Agenda zunächst von Seiten der Mächtigen, dann der typischen MitläuferInnen (LobbyistInnen, auch die Umweltverbände) und schließlich einer immer breiteren Szene von Menschen und Institutionen, die mit dem Begriff Agenda inzwischen gutes Geld machen: Verlage, ModeratorInnen, Bildungseinrichtungen. Der Blick in die Hefte, die die Agenda vorstellen, ist offenbar überall vernebelt. Sonst müßte auffallen, daß fast ausnahmslos bei der Vorstellung der Inhalte nicht nur Dinge gesagt werden, die so nicht in der Agenda stehen (z.B. die Beteiligungsrechte von BürgerInnen), sondern vor allem auch die kritischen Texte einfach weggelassen

werden. In der Agenda wird der Ausbau der Atom- und der Gentechnologie in zwei umfangreichen Kapiteln gefordert. In den Broschüren und Ausstellungen, die vorgeben, die Inhalte der Agenda zu beschreiben, fehlen diese Kapitel immer.

Agenda-Kritik Nr. 7: Die Falschen waren unterstützt

Industrie und Bundesumweltministerin haben gut lachen: Die meisten Umweltgruppen, vor allem aber die etablierten Verbänden unterstützen die Agendaarbeit und die Nachhaltigkeitsdebatte. Neue Modewörter wie "Nationaler Umweltplan" geistern herum und werden über Jahre alle Kapazitäten binden, ohne das etwas herauskommt. Wer heute Agendaarbeit macht, kann auf gute Presse, Zuschüsse oder vielleicht sogar ein Pöstchen im neugeschaffenen Agendabüro hoffen. Auf Landes-, Bundes- und überregionaler Ebene aber haben ganz andere Kreise die Agendathematik besetzt: Umweltministerin Merkel, die EXPO und andere. Die RWE-Zeitung heißt "Agenda". Sie können sich auf die vielen hundert (oder gar schon tausend?) Gruppen vor Ort berufen, die mit ihnen einer Meinung sind: Agenda ist die Zukunft. Wer vor Ort die Agenda und ihre Ziele unterstützt, fällt denen in den Rücken, die auf überregionaler Ebene gegen Gen- und Atomtechnik sowie gegen die Deregulierung und zunehmende Macht der Großkonzerne kämpfen. Ist es ein Wunder, daß dieselben Umweltorganisationen, die bundesweit Agenda und Nachhaltigkeitsdiskurs fördern, jetzt bei der EXPO mitmachen wollen oder Ökosteuereformvorschläge machen, bei denen die Großenergieverbraucher Ausnahmen erhalten sollen?

Da hilft es auch nichts, wenn sich Agenda-Leute vor Ort rausreden, daß die Agenda zwar problematisch sei, aber sie vor Ort ja was Besseres daraus machen. Dadurch, daß sie ein Dokument stützten, in dem Gen- und Atomtechnik befürwortet werden und die Stärkung der Privatwirtschaft zum Ziel aufsteigt, machen sie wirksame Umweltschutzarbeit landes- und bundesweit schwieriger. Sie stehen (mindestens symbolisch) einfach auf der Seite von Merkel, RWE usw.

Agenda-Kritik Nr. 8: Geld als Schmiermittel

Ohne Geld und Pöstchen wäre aus der gescheiterten Rio-Konferenz '92 niemals der Mythos entstanden, den die Agenda jetzt darstellt. Dazu war Geld nötig, sehr viel sogar. Es floß auf unterschiedlichen Ebenen. Zuerst wurden Bundes- und Landesregierungen aktiv (egal, wer dort gerade regierte). Arbeitskreise zum Thema Nachhaltigkeit bzw. Agenda banden die Hauptamtlichen der Umweltverbände. Aber dort wurde auch über Projekte diskutiert, Finanzierungen ausgelotet - das Mitmachen lohnte sich also. Auf kommunaler Ebene dauerte alles zunächst recht lange. Geld half auch hier. Die Landesregierung stellte 6 Mio. DM zur Verfügung für alle, die Agenda machen wollten. Das half. Ob CDU- oder SPD-regiert, viele Kommunen fingen an. In den Metropolen laufen die Agenda-Prozesse schon länger. Sie sind in der Regel mit einigen hauptamtlichen Stellen verbunden, Projekt- und Öffentlichkeitsmitteln. Und wer kann dazu schon Nein sagen ...

Materialien, die bei der MaterialAuswahl
UmweltSchutz bestellt werden können:

..... **Ö-Punkte "Agedna"** (5,- DM, billigere Gruppenabos
und Sammelbestellungen erfragen)
Ausgabe der Ö-Punkte, dem Infodienst für Umweltgruppen,
mit dem Schwerpunkt Agenda. Doch die "Ö-Punkte" decken
auf: Schon die Agenda selbst gibt das nicht her, denn in ihr
werden offen Positionen pro Atom- und Gentechnik sowie für
eine Stärkung der Rechte von multinationalen Konzernen
bezogen. Mitbestimmungsrechte für BürgerInnen oder
spezielle Gruppen sind dagegen nur abgeschwächt
formuliert. Die Praxis aber bietet ein noch erschreckenderes

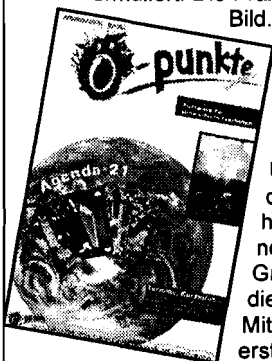


Bild. Auch nach Jahren intensiver,
papierfressender und teurer Arbeit an
der Agenda (ein Großteil der Arbeit wird
hauptsächlich erledigt) sind nur wenig
Erfolge sichtbar - oft weniger als in
Rahmen der vorherigen Arbeit in
Umweltgruppen und Bürgerinitiativen. Daß
die Agenda überhaupt so populär wurde,
hat viel mit Geld zu tun. Ständig werden
neue Stellen geschaffen, Zuschüsse an
Gruppen sind oft damit verbunden, daß
diese sich an der Agendaarbeit beteiligen.
Mit der neuen Ausgabe der "Ö-Punkte" liegt
erstmals eine umfassende kritische
Beleuchtung der Agenda 21 und der Arbeit an den lokalen
Agenden in großer Verbreitung vor.

.....aktuelle Ausgabe der Ö-Punkte (8,- DM)

.....Reader **"Nachhaltige Weltbilder"** mit vielen Texten
zur Agenda, Nachhaltigkeit, Ökonomie von unten usw. 7 DM.

"Agenda, EXPO, Sponsoring"

.....Bestellung für den Band 1: Recherchen im Naturschutzfilz.
39,80 DM (400 Seiten, A5).

..... Band 2: Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umwelt-
schutzarbeit. 36 DM (250 Seiten, A5)

.....CD mit den Quellen zum Band 1. 49,80 DM.

Nachhaltigkeit & Agenda 21 (10,- DM)

Sammlung von kritischen Texten und Aufsätzen zum Thema.
Sie zeigen, daß die Agenda- und Nachhaltigkeits"welle" aus
Unwissenheit oder mit dem Ziel, tatsächliche Ver-
änderungen zu verhindern, entstand.

Die Alternative:

3 Mappen zum Aktivwerden und -bleiben!

Als Arbeitshilfen für Umweltgruppen
sind die

..... **Aktionsmappe Umwelt (20,- DM)**

..... **Jugendaktionsmappe Umwelt (15,- DM)** und die

..... **Natur-Erlebnis-Mappe (12,- DM)** erschienen. Sie
bieten praktische Hilfen und Aktionsvorschläge jenseits von
Nachhaltigkeit und Agenda, für eine echte Alternative.

Adresse:

MaterialAuswahl UmweltSchutz (MAUS)
Postfach 1818
36228 Bad Hersfeld

Fazit:

Selber Maßstäbe setzen!

Im Zuge der Agenda-Aktivitäten vor Ort werden BürgerInnen
eingeladen und häufig kommen etliche Menschen zu-
sammen. Das ist neu, UmweltschützerInnen haben sich lange
gar nicht um BürgerInnen-Beteiligung geschert. Sie haben in
diesem Bereich sicher "Hausaufgaben" zu machen. Das Ziel
einer breit getragenen Gesellschaftsveränderung und echten
Umweltschutzes ist sicher nur mit BürgerInnen-Rechten zu
erreichen. Das ist aber kein Argument für die Agenda, denn
mehr Rechte für die Menschen will sie gar nicht. Anhörungen
und runde Diskussions-Tische sind im Rio-Papier aufge-
führt. Dann machen die PolitikerInnen den Rest - oder auch
nicht. BürgerInnenentscheide z.B. sind Elemente einer echten
Mitbestimmung. Es gibt da gute Vorschläge und aktive
Gruppen - die Agenda braucht es auch hier nicht.

Bündnisarbeit ist eine gute Sache und wichtig, um Zielen
näher zu kommen. Aber immer muß dann die Frage geklärt
sein, ob ein Bündis mit jedem diesem Ziel noch dienlich sein
kann. Jede Umweltgruppe, die sich von Merkel für einen Ar-
beitskreis gewinnen läßt, der nichts erreichen soll, muß sich
fragen, ob das wirklich der Weg sein kann. Jede Umwelt-
gruppe, die die Agenda 21 hochhält, muß daran denken, daß
sie damit klare Positionen gegen Gentechnik und Atomener-
gie verrät. Es stehen auch vernünftige Sachen in dem Rio-
Papier. Aber das sind Forderungen, auf die die Umweltbewe-
gung vorher schon gekommen ist, die sie auch vertrat, ohne
dabei ein Gesamtwerk salonfähig zu machen, das ganz vie-
len Forderungen der Umweltbewegung total zuwider läuft.
Es ist eben der faule Kompromiss, den alle Regierungs-
-, Wirtschafts- und NGO-VertreterInnen nach langen Diskus-
sionen unterschreiben konnten. Übrigens: Die in der Agenda
angepeilten Prozesse sollten zum Nachfolgegipfel in New
York bereits abgeschlossen oder in vollem Gange sein. Der
New Yorker Gipfel ist rum, nichts ist passiert. Soweit hat
sich die Agenda schon selbst in's Abseits gespielt. Jeder Teil
der Ökologiebewegung könnte jetzt anfangen und endlich
die heilige Kuh schlachten: Wo bleiben neue Maßstäbe und
wer fordert lautstark Umweltschutz ohne doppelte Moral? Es
ist möglich, für eigene Ideen und Konzepte Bündnispartne-
rInnen zu finden und gemeinsam was zu erreichen, ohne daß
der Rest der Menschheit abschaltet und samt seiner Umwelt
dem Dialog mit der Wirtschaft geopfert wird!

Dieser Text stammt von Jörg Bergstedt aus dem Institut für Ökologie, Jutta
Sundermann Projektwerkstatt in Reiskirchen-Saasen, Olaf Nitsch ebenfalls
aus dieser Projektwerkstatt.

Literatur zum Thema

Helga Eblinghaus/ Armin Sticker:
"Nachhaltigkeit und Macht - Zur Kritik
von Sustainable Development",
IKO-Verlag

Christoph Spehr:
"Die Ökofalle", ProMedia Verlag in Wien

Jörg Bergstedt:
"Agenda, Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz" umfangreich
wird hier die Kritik an der Agenda dargestellt (IKO-Verlag in Frankfurt,
39,80 DM). Weitere Themen dieses Buches: Abhängigkeiten der
Umweltschutzorganisationen von Wirtschaft und Staat. Esoterische und
rechte Positionen in Umweltschutzgruppen und Ökokommunen.
Perspektiven aus dem Filz heraus.
CD zum Buch mit allen wichtigen Dokumenten und Quellen (als PDF- und
TIFF-Dateien, lesbar auf Apple, Windows, Linux und OS/2). 49,80 DM.
Band 2: Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit.
Entwürfe für neue Strategien und Strukturen, u.a. zu Ökonomie und
Ökologie, Naturschutz von unten, Umweltbildung, Gruppenarbeit usw.

Interview mit Jörg Bergstedt (Institut für Ökologie) über die Agenda 21, als die zentrale Aktivität und Aktionsebene der Umweltverbände und entwicklungspolitischer Gruppen.

Es wird viel vom Geist der Agenda 21 gesprochen, was gibt die Agenda 21 eigentlich wirklich her?

Ich finde die Agenda wenig überraschend: Sie ist ein europäisches Dokument, europäische Fachleute mit europäischem Gedankengut haben daran gearbeitet. Auch die Vorläuferpapiere (Brandt- und Brundtlandt-Report) sind je europäisch geprägt. Verabschiedet worden ist die Agenda dann von allen Regierungschefs und (deutlich weniger) -chefinnen dieser Welt. Gegenüber den Vorstellungen der EuropäerInnen hat es nur wenige Änderungen, vor allem Abstriche z.B. aufgrund amerikanischer Interessen gegeben.

Betrachten wir drei Fälle, die symptomatisch sind für die fatalen Inhalte und europäische Prägung der Agenda. Zum einen die Atom- und Gentechnik: in der Agenda wird der Ausbau gefordert. Aber nicht nur das. Es soll der Ausbau dieser Techniken vor allem in den ärmeren Ländern erfolgen (z.B. in allen (!) Ländern der Welt eine sichere Atommüllentsorgung - auch dort, wo es keine Atomkraftwerke gibt), und zwar bei besonderer Hilfe durch westliche Firmen. Auf deutsch: Konzerne der reichen Länder wollen ihre Technologie weltweit verkaufen, damit die reichen Länder dann ihren Müll loswerden können. Fatal.

Das zweite Beispiel ist die Frage der nachhaltigen Lebensführung. Das europäische Modell ist z.B. in den schlimmen Büchern "Zukunftsfähiges Deutschland" oder "Faktor Vier" festgeschrieben: Hoher Konsum auf High-Tech-Ebene, keinerlei geschlossene Kreisläufe und alles von oben gesteuert. Für viele ärmere Länder ist dieses Konzept kulturell völlig verfehlt. Es würde bedeuten, daß die imperialistische Politik der Zerstörung der bisherigen Kulturen, z.B. der Subsistenzwirtschaft, des regionalen Handels usw., fortgesetzt würde, um alle Länder in die Abhängigkeit der High-Tech-Produzenten (Konzerne) zu bringen. In der Agenda findet sich der Hinweis, daß viele einheimische Völker im Trikont zu blöd sind, nachhaltig zu leben und deshalb an die Erfordernisse der Nachhaltigkeit angepaßt werden müssen. Das ist Imperialismus pur - eben die aktuelle Politik!

Als drittes möchte ich die Beteiligungsrechte anführen. Es werden in der Agenda ja verschiedene Gruppen erwähnt, Unternehmer, Arbeitnehmer, Frauen, Jugendliche usw. Für alle, immer in männlicher Sprachform, finden sich Aussagen zur Beteiligung. Die sind aber unterschiedlich. Am meisten gestärkt werden sollen die Unternehmer, dann die Arbeitnehmer, die Frauen sollen nur noch "aktiv einbezogen", die Jugendlichen "beteiligt", mit den Bürger in den Gemeinden ein "Dialog" geführt und die Ureinwohner "gestärkt" und "angepaßt" werden. Diese Reihenfolge ist eine klassisch europäische Stufung, sie zeigt, wer hier in dieser Gesellschaft wie wichtig genommen wird. Alles in allem zeigt sich: Die Agenda ist nur die Fortführung der Herrschaft der Industrieländer und eine neue Begründung für die Ausdehnung der dortigen Ideologien auf die ganze Welt. Nicht ganz zufällig finden sich fast alle Agendagruppen in Europa, die meisten davon in Deutschland.

Direkt nach der Umweltkonferenz in Rio wurde die Agenda von allen Seiten und vor allem von den Umweltverbänden sehr kritisiert, heute dagegen arbeiten fast alle damit. Wie erklären Sie sich diesen Wandel?

Da spielen viele Faktoren eine Rolle. Ich glaube, die Agendaeuphorie ist in viele Lücken gestossen, die die ihre Aktionsfähigkeit und klaren Ziele verlierende, sich Staat und Konzernen annähernde, professionalisierende Umweltbewegung Mitte der 90er Jahre entstehen ließ. Letztlich waren es Sehnsüchte ausgelagerter, orientierungsloser UmweltschützerInnen, die den Herrschenden die Chance gaben, mit Propaganda und Geld die Idee der ergebnislosen Endlosdiskussion unter dem Titel "Agenda" zum wichtigsten Gegenstand der Umweltschutzarbeit in Deutschland zu machen.

Es sind dies die Sehnsucht nach Geld, die in den hochgestylten Hauptamtlichenapparaten der Umweltgruppen entstanden, aber auch in vielen Basisgruppen entstanden ist. Inzwischen gibt es im Umweltbereich fast nur noch Gelder für Agendaarbeit oder Gruppen, die auch Agendaarbeit leisten. Eine zweite Sehnsucht war die nach Orientierung und Zielen. Viele UmweltschützerInnen hatten den Glauben an die alten Ziele verloren. Mißerfolge, gezielte Verwirrung z.B. durch Etikettenschwindel und sprachliche "Verökologisierung" von fast allem in dieser Gesellschaft sowie fehlende Strategiediskussion in den Umweltverbänden und anderen Bewegungen, z.B. Eine-Welt oder Frauen, schufen eine Situation, in der die Agenda als Strohalm gesehen wurde. Das kam zusammen mit der Sehnsucht nach Machtbeteiligung. Viele "Ökos" waren jahrelang Spinner gewesen. Daß sie mit ihrem öffentlichen Druck durchaus vieles bewegt hatten, war ihnen oft entgangen, da niemand UmweltschützerInnen lobte, die mit Aktionen und Protest Umweltforderungen durchsetzen. Nun bot sich die Chance, mit den Mächtigen an einem Tisch zu sitzen. "Dabeisein ist alles", reichte dann vielen. Kritische Fragen wurden lieber nicht gestellt. Vielleicht haben viele auch Angst gehabt, bei kritischen Fragen oder



Erfolgskontrolle wieder eine Illusion zu verlieren – und so machten sie mit bei der Agenda, in einigen Städten schon jahrelang.

Ohne jegliche Ergebnisse bzw. nur mit solchen, die pfiffigen Umweltleuten früher nur eine Woche Arbeit gemacht hätten. Die Agenda ist also eine gute Mischung aus Geld als Allround-Schmiermitteln und einer feinen Psychologie, frustrierte "Ökos", Eine-Welt-Leute, Frauengruppen usw. einzusammeln mit einer vagen Illusion.

Selbst Leute, die der Agenda kritisch gegenüberstehen sehen hier eine Chance der Mitwirkung an politischen Entscheidungen. Was halten Sie davon?

Nichts. Die Sache mit der Beteiligung ist ein Märchen. In der Agenda steht davon auch nichts. Beteiligungsrechte gibt es dort nur für Unternehmen. Das immer wieder zitierte Kapitel 28 zur lokalen Agenda sagt nur, daß die Gemeinden mit den Bürgern reden sollen, um deren Ideen zu kennen und einfließen lassen zu können. Das ist auch schon heute per Gesetz vorgeschrieben, meist sogar weitergehend als in der Agenda.

Nun sagen viele: Naja, stimmt schon, aber man kann ja mehr draus machen. Klar, das geht. Aber erstens: Warum im Namen der Agenda 21, die doch ein so scheußliches Dokument ist? Und zweitens: Warum dann nicht richtige Beteiligungsrechte fordern und sich z.B. für die Verbesserung von BürgerInnen- und Volksentscheiden einsetzen?

Während wir unsere Zeit und Kraft an Agenda-Tischen verbringen, findet in der Politik die heftigste Deregulierung, d.h. das Abschaffen von Beteiligungsrechten statt, die unser Land je erlebt hat. Und die selben PolitikerInnen erzählen uns, sie wollten uns jetzt mehr beteiligen und laden zu Agenda-Runden ein. Das ist doch völlig durchsichtig.

Allerdings stellt sich, ähnlich wie beim Grünen Punkt vor einigen Jahren, die Frage: Wer ist schlimmer – die, die einen verarschen, oder die, die sich verarschen lassen, obwohl doch alles offensichtlich ist?

Wenn nicht die Agenda 21, wo, wie und wofür sollten sich UmweltschützerInnen engagieren?

Das in ganz kurzen Sätzen darzustellen, ist unmöglich. Ich versuche es mal in kurzen Grundsätzen:

Erstens: Die notwendige Kooperation zwischen sozialpolitischen, internationalistischen und Umweltgruppen muß selbstbestimmt erfolgen. Sie muß gestärkt werden und darf nicht von staatlichen Stellen abhängig sein.

Zweitens: Die politischen Gruppen müssen klare politische Positionen entwickeln und gegenüber den Mächtigen einbringen. Dazu ist eine bessere Zusammenarbeit der Gruppen nötig, die für gesamtgesellschaftliche Änderungen im Sinne einer herrschaftsfreien und ökologischen Welt eintreten.

Drittens: Klare Positionen und Forderungen müssen immerwährende Kompromißbereitschaft ersetzen.

Viertens: Politische Gruppen müssen den Ausbau echter Beteiligungsrechte (direkte Demokratie, Akteneinsicht, Dezentralisierung politischer Entscheidungen) fordern und sich selbst zu InitiatorInnen solcher Prozesse machen, vor allem da, wo sie selbst privilegiert beteiligt werden (z.B. als anerkannter Naturschutzverband, als NGO, in Gremien usw.).

Fünftens: Der Monopolisierung und Globalisierung muß die Forderung nach einer Ökonomie von unten entgegengesetzt werden. Politisch bedeutet das die Abschaffung jeglicher Förderung überregionaler Konzernstrukturen sowie die Bevorzugung selbstverwalteter Betriebe. Politische Gruppen sollten Kollektive als PartnerInnen bevorzugen.

Sechstens: Lobbyarbeit und Dialog (runde Tische usw.) ist nur sinnvoll, wenn in den Verhandlungen ein Druckpotential besteht. Dieses kann nur in öffentlicher Aktionsfähigkeit bestehen (Boycott, direkte Aktion, Widerstand, Öffentlichkeitsarbeit). Sie wiederzuerlangen, muß primäres Ziel aller politischen Gruppen sein, denn von ihr hängt alles ab.

Und siebentens: Wir brauchen dringend eine Debatte um Strategien und Ziele. Die Umweltbewegung ist, wie andere Bewegungen auch, auf ein katastrophales politisch-inhaltliches Niveau zurückgefallen. Die Nichtreaktion auf wesentliche politische Vorgänge wie das M.A.I. oder die Deregulierung zeugt davon, daß viele Umweltschutzgruppen gar nicht mehr begreifen, was geschieht – überhaupt und mit ihnen.



UMWELTVERTRÄGLICHE NUTZUNG DER BIOTECHNOLOGIE

EINFÜHRUNG

16.1 Die Biotechnologie umfaßt sowohl die im Rahmen der modernen Biotechnologie entwickelten neuen Techniken als auch die bewährten Ansätze der traditionellen Biotechnologie. Als innovativer, wissensintensiver Forschungsbereich bietet sie eine Vielzahl nützlicher Verfahrenstechniken für vom Menschen vorgenommene Veränderungen der Desoxiribonukleinsäure (DNS), oder des genetischen Materials in Pflanzen, Tieren und Mikroorganismengruppen, deren Ergebnis überaus nützliche Produkte und Technologien sind. Die Biotechnologie ist nicht in der Lage, von sich aus all die grundlegenden Umwelt- und Entwicklungsprobleme zu lösen, weshalb die Erwartungen durch eine realistischere Sicht eingeschränkt werden sollten. Dennoch verspricht die Biotechnologie, einen bedeutenden Beitrag zur Erzielung von Fortschritten beispielsweise in der Gesundheitsversorgung, in der Ernährungssicherung in Form von nachhaltigen Anbaupraktiken, einer Verbesserten Versorgung mit Trinkwasser, leistungsfähigeren industriellen Erschließungsprozessen für die Umwandlung von Rohstoffen, der Förderung nachhaltiger Aufforstungs- und Wiederaufforstungsverfahren und der Entgiftung von Sonderabfällen zu leisten. Außerdem bietet die Biotechnologie neue Möglichkeiten für weltweite Partnerschaften, insbesondere zwischen den Ländern, die reich an biologischen Ressourcen (einschließlich genetischer Ressourcen) sind, denen aber das erforderliche Fachwissen und die erforderlichen Investitionsmittel zur Nutzung dieser Ressourcen mit Hilfe der Biotechnologie fehlen, und den Ländern, die das technische Fachwissen für die Umwandlung biologischer Ressourcen herangebildet haben, damit diese für die Zwecke einer nachhaltigen Entwicklung genutzt werden können.1) Die Biotechnologie kann zur Erhaltung dieser Ressourcen beispielsweise durch Ex-situ-Verfahren beitragen. In den nachstehend beschriebenen Programmbereichen wird versucht, die Anwendung international vereinbarter Grundsätze zu fördern, mit denen die umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie gewährleistet, eine öffentliche Vertrauensbasis geschaffen, die Entwicklung nachhaltiger biotechnologischer Anwendungen gefördert und geeignete Rahmenbedingungen - insbesondere in den Entwicklungsländern - geschaffen werden können; dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- a) Steigerung der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, Futtermitteln und nachwachsenden Rohstoffen;
- b) Verbesserung der menschlichen Gesundheit;
- c) Verbesserung des Umweltschutzes;
- d) Erhöhung der Sicherheit und Schaffung internationaler Mechanismen für die Zusammenarbeit;
- e) Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Entwicklung und umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie.

PROGRAMMBEREICHE

A. Steigerung der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, Futtermitteln und nachwachsenden Rohstoffen

Handlungsgrundlage

16.2 Um den wachsenden Konsumgüterbedarf der Weltbevölkerung decken zu können, muß nicht nur die Versorgung mit Lebensmitteln, sondern auch deren Verteilung deutlich verbessert werden, während gleichzeitig nachhaltigere Landbausysteme entwickelt werden müssen. Ein erheblicher Teil dieses Produktivitätsanstiegs muß in den Entwicklungsländern erzielt werden. Voraussetzung dafür ist die erfolgreiche und umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie in der Landwirtschaft, im Umweltschutz und in der Gesundheitsfürsorge. Die Mehrzahl der Investitionen in die moderne Biotechnologie wurde in den Industrieländern getätigt. Es bedarf erheblicher Neuinvestitionen und der Entwicklung der menschlichen Ressourcen im Bereich der Biotechnologie, insbesondere in den Entwicklungsländern.

Ziele

16.3 Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in vermehrtem Umfang angemessene Sicherheitsvorkehrungen auf der Grundlage des Programmbereichs D getroffen werden müssen, werden folgende Ziele vorgeschlagen:

- a) die möglichst optimale Steigerung der Erträge pflanzenbaulicher Hauptkulturen, der Nutztiere und der in der Aquakultur verwendeten Arten durch Nutzung der kombinierten Ressourcen der modernen Biotechnologie und die herkömmlichen Züchtungsmethoden von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen, wozu auch die vielfältigere Nutzung der vorhandenen Ressourcen an genetischem Material - als Hybrid- und Ausgangsformen - gehört.2) Auch bei Forsterzeugnisse sollen ähnliche Ertragssteigerungen erzielt werden, damit die nachhaltige Nutzung der Wälder sichergestellt ist;3)
- b) die Verringerung der Notwendigkeit einer mengenmäßigen Steigerung der Nahrungsmittel, Futtermittel und Rohstoffe durch Verbesserung des Nährwerts (der Zusammensetzung) von Nutzpflanzen, Tiere und Mikroorganismen und Reduzierung der Nachernteverluste bei pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen;
- c) die Steigerung des Gebrauchs integrierter Verfahren zur Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten sowie für den Landbau, um der übermäßigen Abhängigkeit von Agrochemikalien ein Ende zu bereiten und auf diese Weise den Einsatz ökologisch tragfähiger Bewirtschaftungsverfahren zu fördern;
- d) die Bewertung des landwirtschaftlichen Potentials von Grenzertragsstandorten im Vergleich zu anderen Nutzungsmöglichkeiten und gegebenenfalls die Ent-



wicklung von Systemen, die nachhaltige Produktivitätssteigerungen ermöglichen;

- e) die vermehrte Anwendung der Biotechnologie in der Forstwirtschaft sowohl zur Steigerung der Erträge als auch zur effizienteren Nutzung von Forsterzeugnissen sowie zur Verbesserung von Aufforstungs- und Wiederaufforstungsverfahren. Die Bemühungen sollen in erster Linie auf Arten und Erzeugnisse ausgerichtet sein, die in den Entwicklungsländern angebaut werden und insbesondere für diese Länder von Bedeutung sind;
- f) die Erhöhung der Effizienz der Stickstoffbindung und der Mineralstoffabsorption durch eine Symbiose höherer Pflanzen mit Mikroorganismen;
- g) der Ausbau des vorhandenen Potentials für die grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung und für die Planung und Durchführung komplexer fachübergreifender Forschungsvorhaben.

Maßnahmen

(a) Maßnahmen im Bereich des Managements

16.4 Die Regierungen sollen auf der entsprechenden Ebene mit Hilfe internationaler und regionaler Organisationen und mit Unterstützung nichtstaatlicher Organisationen, des privaten Sektors und akademischer und wissenschaftlicher Einrichtungen Verbesserungen in der Pflanzen- und Tierzucht wie auch bei Mikroorganismen durch Anwendung der traditionellen und der modernen Biotechnologie erzielen, um durch eine nachhaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge die Ernährungssicherung insbesondere in den Entwicklungsländern zu gewährleisten; dabei sollen vor der Veränderung die angestrebten Merkmale abgeschätzt werden, wobei die Bedürfnisse der Landwirte, die sozioökonomischen, kulturellen und umweltspezifischen Auswirkungen solcher Veränderungen und die Notwendigkeit der Unterstützung einer nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu berücksichtigen sind und besonders darauf zu achten ist, welche Auswirkungen die Nutzung der Biotechnologie auf die Bewahrung der Unversehrtheit der Umwelt haben wird.

16.5 Genauer ausgedrückt sollen diese Einrichtungen

- a) die Produktivität, die Nahrungsqualität und die Lagerbeständigkeit von Nahrungsmitteln und Tierfuttermitteln verbessern, wobei sie sich in ihren Bemühungen auch mit den Vor- und Nachernteverluste befassen sollen;
- b) die Resistenz gegen Krankheiten und Schädlinge weiterentwickeln;
- c) Pflanzensorten züchten, die tolerant und/oder resistent gegen Belastungen durch Faktoren wie Schädlinge und Krankheiten und Belastungen abiotischer Art sind;
- d) die Verwendung zu wenig genutzter Fruchtarten fördern, die möglicherweise in -der Zukunft für die menschliche Ernährung und die industrielle Versorgung mit Rohstoffen von Bedeutung sein werden;

- e) die Leistungsfähigkeit symbiotischer Vorgänge erhöhen, die zu einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktion beitragen;
- f) die Erhaltung und den sicheren Austausch von pflanzlichem, tierischem und mikrobiellem Keimplasma durch eine Risikoabschätzung und Verwendung von Management-Verfahren erleichtern, wozu auch verbesserte Diagnoseverfahren zur Identifizierung von Schädlingen und Krankheiten durch bessere Verfahren der Schnellvermehrung gehören;
- g) bessere Diagnoseverfahren und Impfstoffe zur Vorbeugung gegen Krankheiten und zur Verhinderung ihrer Ausbreitung sowie zur Schnellanalyse von Giften oder Infektionserregern in Erzeugnissen, die für den menschlichen Gebrauch bestimmt oder als Viehfutter vorgesehen sind, entwickeln;
- h) nach produktiveren Linien raschwüchsiger Bäume, insbesondere als Brennholzquelle, suchen und Schnellvermehrungstechniken entwickeln, um zu ihrer umfassenderen Weiterverbreitung und Nutzung beizutragen;
- i) die Nutzung verschiedener biotechnologischer Verfahren zur Erzielung von Ertragssteigerungen bei Fischen, Algen und sonstigen im Wasser lebenden Arten überprüfen;
- j) sich um nachhaltige landwirtschaftliche Erträge durch Stärkung und Ausbau der Kapazitäten und des Betätigungsfelds bestehender Forschungszentren bemühen, um die erforderliche kritische Menge durch Förderung und Überwachung der Forschung zur Entwicklung produktiver und der Umwelt dienlicher biologischer Produkte und Verfahren, die wirtschaftlich und sozial verträglich sind, zu erzielen, wobei auch Sicherheitsaspekte zu berücksichtigen sind;
- k) die Verknüpfung geeigneter und traditioneller biotechnologischer Verfahren zur Kultivierung genetisch veränderter Pflanzen, der Aufzucht gesunder Tiere und dem Schutz forstgenetischer Ressourcen fördern;
- l) Verfahren entwickeln, mit denen die Verfügbarkeit der mit Hilfe der Biotechnologie gewonnenen Stoffe für die Erzeugung von Nahrungsmitteln, Futtermitteln und nachwachsenden Rohstoffen verbessert werden kann.

(b) Maßnahmen im Daten- und Informationsbereich

16.6 Folgende Maßnahmen sollen ergriffen werden:

- a) die Erwägung vergleichender Bewertungen des in den verschiedenen Technologien enthaltenen Potentials für die Nahrungsmittelerzeugung im Verbund mit einem System zur Bewertung der möglichen Auswirkungen biotechnologischer Verfahren auf den internationalen Handel mit Agrarprodukten;
- b) die Prüfung der Auswirkungen eines Subventionsabbaus und eines eventuellen Gebrauchs anderer wirtschaftspolitischer Instrumente, in denen sich die aufgrund der nicht nachhaltigen Verwendung von Agro-Chemikalien entstandenen Umweltkosten niederschlagen;

- b) im Rahmen des Londoner Dumping-Übereinkommens (Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderer Stoffe) darauf hinwirken, daß die Bemühungen um die Beendigung der Untersuchungen über einen Ersatz des derzeitigen freiwilligen Moratoriums über die Einbringung schwachradioaktiver Abfälle ins Meer durch ein Verbot unter Berücksichtigung des Vorsorgegrundsatzes beschleunigt werden, damit eine gut informierte und baldige Entscheidung in dieser Frage getroffen werden kann;
- c) die Zwischen- oder Endlagerung hoch-, mittel- und schwachradioaktiver Abfälle in der Nähe der Meeresumwelt weder unterstützen noch gestatten, es sei denn, sie stellen fest, daß ein im Einklang mit den geltenden international vereinbarten Grundsätzen und Leitlinien erbrachter wissenschaftlicher Nachweis belegt, daß eine derartige Zwischen- oder Endlagerung weder ein nicht hinnehmbares Risiko für den Menschen und die Meeresumwelt darstellt noch mit anderen legitimen Nutzungen des Meeres kollidiert; bei der Prüfung dieser Frage soll der Vorsorgegrundsatz angemessen berücksichtigt werden;
- d) keine radioaktiven Abfälle in Länder ausführen, die einzeln oder im Rahmen internationaler Vereinbarungen die Einfuhr derartiger Abfälle verbieten, wie etwa die Vertragsparteien des Bamako-Übereinkommens über das Verbot der Einfuhr gefährlicher Abfälle nach Afrika und die Kontrolle ihrer grenzüberschreitenden Verbringung innerhalb Afrikas, des Lome IV-Übereinkommens oder anderer ein solches Verbot verhängender einschlägiger Übereinkommen;
- e) im Einklang mit den völkerrechtlichen Bestimmungen die von Vertragsparteien sonstiger einschlägiger regionaler Umweltübereinkommen über andere Aspekte eines sicheren und umweltverträglichen Umgangs mit radioaktiven Abfällen gefaßten Beschlüsse - sofern diese auf sie anwendbar sind - respektieren.

Instrumente zur Umsetzung

(a) Finanzierung und Kostenabschätzung

22.6 Die auf nationaler Ebene entstehenden Kosten für die Behandlung und Entsorgung radioaktiver Abfälle

sind beträchtlich und schwanken in Abhängigkeit von der für die Endlagerung verwendeten Technologie.

22.1 Die den internationalen Organisationen entstehenden durchschnittlichen jährlichen Gesamtkosten (1993-2000) für die Durchführung der im vorliegenden Programm genannten Aktivitäten werden vom Sekretariat der UNCED auf etwa 8 Millionen Dollar veranschlagt. Die tatsächlichen Kosten und die Finanzierungsbedingungen - auch etwaige nichtkonzessionäre - hängen unter anderem von den konkreten Umsetzungsstrategien und -Programmen ab, die von den Regierungen beschlossen werden.

(b) Wissenschaftliche und technologische Mittel

22.8 Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Organisationen,

- a) die Erforschung und Entwicklung von Methoden für die sichere und umweltverträgliche Behandlung, Konditionierung und Endlagerung hochradioaktiver Abfälle einschließlich ihrer Endlagerung in tiefen geologischen Formationen fördern;
- b) Forschungs- und Bewertungsprogramme durchführen, die sich mit der Abschätzung der Gesundheits- und Umweltauswirkungen im Zusammenhang mit der Endlagerung radioaktiver Abfälle befassen.

(c) Stärkung der personellen und institutionellen Kapazitäten sowie Entwicklung der menschlichen Ressourcen

22.9 Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Organisationen, den Entwicklungsländern helfen, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen benötigte Infrastruktur aufzubauen und/oder zu verstärken; dazu gehören auch Gesetzesvorschriften, Organisationen, ausgebildete Fachkräfte und Einrichtungen für die Behandlung, Konditionierung sowie Zwischen- und Endlagerung von aus kerntechnischen Anwendungen stammenden Abfällen.

Kapitel 26

ANERKENNUNG UND STÄRKUNG DER ROLLE DER EINGEBORENEN BEVÖLKERUNGSGRUPPEN UND IHRER GEMEINSCHAFTEN

PROGRAMMBEREICH

Handlungsgrundlage

26.1 Indigene Völker und ihre Lebensgemeinschaften haben eine historische Beziehung zu ihrem Land und sind im allgemeinen Nachfahren der Ureinwohner solcher Gebiete. Im vorliegenden Kapitel umfaßt der Begriff „Land“ auch die Umwelt der von den betreffenden Menschen von alters her bewohnten Gebiete. Auf indigene Bevölkerungsgruppen und ihre Lebensgemeinschaften entfällt ein erheblicher Anteil der Weltbevölkerung. Sie haben sich über viele Generationen hinweg ganzheitliche, traditionelle, wissenschaftliche Kenntnisse über ihr Land, die natürlichen Ressourcen und ihre Umwelt angeeignet. Indigene Bevölkerungsgruppen und ihre Lebensgemeinschaften sollen in den vollen Genuß der Menschenrechte und der Grundfreiheiten kommen, ohne behindert oder diskriminiert zu werden. Ihre Fähigkeit zur uneingeschränkten Mitwirkung an einem auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Umgang mit ihrem Land hat sich aufgrund wirtschaftlicher, sozialer und historischer Faktoren bisher als begrenzt erwiesen. Angesichts der Wechselbeziehung zwischen der natürlichen Umwelt und ihrer nachhaltigen Entwicklung einerseits und dem kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und physischen Wohlergehen der indigenen Bevölkerungsgruppen andererseits soll bei nationalen und internationalen Anstrengungen zur Einführung einer umweltverträglichen und nachhaltigen Entwicklung die Rolle dieser Menschen und ihrer Gemeinschaften anerkannt, angepaßt, gefördert und gestärkt werden.

26.2 Einige der den Zielen und Aktivitäten dieses Programmbereichs zugrundeliegenden Einzelziele sind bereits Bestandteil internationaler Rechtsinstrumente wie etwa des Übereinkommens über Indigenen- und Stammesvölker der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) (Nr. 169) und sollen in die im Entwurf vorliegende allgemeine Erklärung über die Rechte indigener Bevölkerungen aufgenommen werden, die zur Zeit von der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für indigene Bevölkerungen vorbereitet wird. Das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 45/164 vom 18. Dezember 1990 ausgerufene Internationale Jahr der Indigenenvölker der Welt (1993) bietet eine günstige Gelegenheit für die Mobilisierung weiterer internationaler technischer und finanzieller Zusammenarbeit.

Ziele

26.3 Im engen Zusammenwirken mit der indigenen Bevölkerungsgruppen und ihren Gemeinschaften sollen sich die Regierungen und gegebenenfalls auch zwischenstaatliche Organisationen bemühen, die folgenden Ziele zu erfüllen;

- a) die Einleitung eines Prozesses zur Stärkung der Rolle der indigenen Bevölkerungsgruppen und ihrer Gemeinschaften durch Maßnahmen, die folgendes einschließen:
 - i) die Verabschiedung oder Erweiterung einer entsprechenden Politik und/oder entsprechender Rechtsinstrumente auf nationaler Ebene;
 - ii) die Anerkennung der Notwendigkeit, das von den indigenen Bevölkerungsgruppen und ihren Gemeinschaften bewohnte Land vor Aktivitäten zu schützen, die umweltschädlich sind oder von den betroffenen Indigenen als sozial und kulturell unangemessen betrachtet werden;
 - iii) die Anerkennung ihrer Wertvorstellungen, ihrer überlieferten Kenntnisse und der von ihnen praktizierten Form der Ressourcenbewirtschaftung zur Förderung einer umweltverträglichen und nachhaltigen Entwicklung;
 - iv) die Anerkennung der Tatsache, daß die traditionelle und unmittelbare Abhängigkeit von erneuerbaren Ressourcen und Ökosystemen einschließlich nachhaltiger Erntepraktiken auch in Zukunft für das kulturelle, wirtschaftliche und physische Wohlergehen der indigenen Bevölkerungsgruppen und ihrer Gemeinschaften unentbehrlich ist;
 - v) die Schaffung und Stärkung staatlicher Konfliktlösungsmechanismen für mit der Landbesiedlung und der Ressourcenbewirtschaftung zusammenhängende Anliegen;
 - vi) die Unterstützung alternativer umweltverträglicher Produktionsmittel, damit den Indigenengemeinschaften eine größere Anzahl von Auswahlmöglichkeiten für die Steigerung ihrer Lebensqualität zur Verfügung steht und sie dadurch konstruktiv an einer nachhaltigen Entwicklung mitwirken können;
 - vii) die Intensivierung der Stärkung der personellen und institutionellen Kapazitäten der indigenen Gemeinschaften durch Anpassung und Austausch traditioneller Erfahrungen, Kenntnisse und Formen der Ressourcenbewirtschaftung, damit die nachhaltige Entwicklung dieser Gemeinschaften gewährleistet ist;
- b) gegebenenfalls die Schaffung von Mechanismen für die Intensivierung der aktiven Mitwirkung der indigenen Bevölkerungsgruppen und ihrer Gemeinschaften an der Gestaltung der nationalen Politik, nationaler Gesetze und nationaler Programme für die Ressourcenbewirtschaftung und an anderen sie möglicherweise betreffenden Entwicklungsprozessen wie auch für die Einbringung von Vorschlägen dieser



INITIATIVEN DER KOMMUNEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER AGENDA 21

PROGRAMMBEREICH

Handlungsgrundlage

28.1 Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele. Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, entscheiden über die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung.

Ziele

28.2 In diesem Programmbereich sind folgende Ziele vorgesehen:

- a) bis 1996 soll sich die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozeß unterzogen haben und einen Konsens hinsichtlich einer „kommunale Agenda 21“ für die Gemeinschaft erzielt haben;
- b) bis 1993 soll die internationale Staatengemeinschaft einen Konsultationsprozeß eingeleitet haben, dessen Ziel eine zunehmend engere Zusammenarbeit zwischen den Kommunen ist;
- c) bis 1994 sollen Vertreter von Verbänden der Städte und anderer Kommunen den Umfang der Zusammenarbeit und Koordinierung intensiviert haben, deren Ziel die Intensivierung des Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen den Kommunen ist;
- d) alle Kommunen in jedem einzelnen Land sollen dazu angehalten werden, Programme durchzuführen und zu überwachen, deren Ziel die Beteiligung von Frauen und Jugendlichen an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen ist.

Maßnahmen

28.3 Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine „kommunale Agenda 21“ beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen. Durch den Kon-

sultationsprozeß würde das Bewußtsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft. Außerdem würden kommunalpolitische Programme, Leitlinien, Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verwirklichung der Ziele der Agenda 21 auf der Grundlage der verabschiedeten kommunalen Programme bewertet und modifiziert. Strategien könnten auch dazu herangezogen werden, Vorschläge für die Finanzierung auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu begründen.

28.4 Partnerschaften zwischen einschlägigen Organen und Organisationen wie etwa dem Entwicklungsprogramm (UNDP), dem Zentrum für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) und dem Umweltprogramm (UNEP) der Vereinten Nationen, der Weltbank, regionalen Banken, dem Internationalen Gemeindeverband (IULA), der *World Association Of the Major Metropolises*, dem *Summit Of Great Cities of the World*, der *United Towns Organization* und anderen wichtigen Partnern sollen gefördert werden, um vermehrt eine internationale Unterstützung für Programme der Kommunen zu mobilisieren. Ein wichtiges Ziel in diesem Zusammenhang wäre, bereits vorhandene Institutionen, die mit der Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen und dem kommunalen Umweltmanagement befaßt sind, vermehrt zu fördern, auszubauen und zu verbessern. Zu diesem Zweck

- a) sind Habitat und andere einschlägige Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen aufgefordert, ihre Bemühungen um die Beschaffung von Informationen über Strategien von Kommunen, insbesondere derjenigen, die internationaler Unterstützung bedürfen, zu verstärken;
- b) könnten im Rahmen regelmäßiger Konsultationen unter Beteiligung internationaler Partner sowie auch der Entwicklungsländer Strategien überprüft und Überlegungen angestellt werden, wie eine solche internationale Unterstützung am besten mobilisiert werden könnte. Eine derartige sektorale Absprache würde als Ergänzung zu parallel dazu auf Länderebene geführten Konsultationen, wie etwa den im Rahmen von Beratungsgruppen und Rundtischkonferenzen stattfindenden Beratungen, dienen.

28.5 Vertreter von Verbänden der Kommunen werden aufgefordert, den Austausch von Informationen und Erfahrungen und die gegenseitige technische Hilfe zwischen den Kommunen zu intensivieren.

Instrumente zur Umsetzung

(a) Finanzierung und Kostenabschätzung

28.6 Es wird empfohlen, daß alle Beteiligten ihren Finanzbedarf in diesem Bereich neu bewerten. Die durchschnittlichen jährlichen Gesamtkosten (1993-2000) für die vom internationalen Sekretariat zu erbringenden

STÄRKUNG DER ROLLE DER PRIVATWIRTSCHAFT

EINFÜHRUNG

30.1 Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen spielt eine zentrale Rolle in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes. Stabile politische Rahmenbedingungen geben der Privatwirtschaft Möglichkeiten und Anstöße zu einem verantwortungsbewußten und effizienten Handeln und zur Verfolgung längerfristig ausgerichteter Strategien. Höherer Wohlstand, ein vorrangiges Ziel des Entwicklungsprozesses, entsteht vor allem durch die wirtschaftlichen Aktivitäten der Privatwirtschaft. Sowohl große als auch mittlere und kleine Wirtschaftsunternehmen im formellen ebenso wie im informellen Sektor schaffen wichtige Handels-, Beschäftigungs- und auch Existenzsicherungsmöglichkeiten. Die Wahrnehmung unternehmerischer Möglichkeiten durch Frauen trägt zu deren beruflicher Weiterentwicklung bei, stärkt ihre Rolle in der Wirtschaft und verändert das soziale System. Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen und die sie vertretenden Verbände sollen gleichberechtigte Partner bei der Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Agenda 21 sein.

30.2 Durch effizientere Produktionsprozesse, vorbeugende Strategien, saubere Produktionstechnologien und -verfahren während des gesamten Produktkreislaufs, die zur Minimierung der Abfallerzeugung oder zur Abfallvermeidung führen, können Unternehmenspolitik und unternehmerisches Verhalten der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen entscheidenden Einfluß auf die Verminderung der Auswirkungen auf die Ressourcennutzung und die Umwelt nehmen. Technologische Innovationen, technische Entwicklung und Anwendung, Technologietransfer und die umfassenderen Partnerschafts- und Kooperationsaspekte fallen größtenteils in den Aufgabenbereich der Privatwirtschaft.

30.3 Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen soll die Rolle des Umweltmanagements als eine der höchsten unternehmerischen Prioritäten und als Schlüsseldeterminante für eine nachhaltige Entwicklung anerkennen. Einige aufgeklärte Unternehmensleiter praktizieren bereits das Konzept der „Responsible Care“ und der verantwortungsvollen Produkthandhabung und -betreuung und führen entsprechende Programme durch, fördern den offenen Dialog mit den Beschäftigten und der Öffentlichkeit und führen Umweltbetriebsprüfungen (Eco-Audits) und Überprüfungen der Einhaltung von Umweltauflagen durch. Diese führenden Vertreter der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen leiten zunehmend freiwillige Eigeninitiativen ein, fördern und ergreifen Maßnahmen zur Eigenkontrolle und größeren Eigenverantwortlichkeit, indem sie sicherstellen, daß ihre unternehmerische Tätigkeit möglichst geringe Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt mit sich bringt. Die in vielen Ländern eingeführten ordnungsrechtlichen Maßnahmen und das wachsende Umweltbewußtsein der Verbraucher

und der Öffentlichkeit sowie aufgeklärter Führungskräfte der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen haben zu dieser Entwicklung gleichermaßen beigetragen. Ein positiver Beitrag der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen zu einer nachhaltigen Entwicklung kann in zunehmendem Maße dadurch erreicht werden, daß wirtschaftspolitische Instrumente wie etwa marktwirtschaftliche Mechanismen eingesetzt werden, bei denen entsprechend den länderspezifischen Gegebenheiten die Preise für Waren und Dienstleistungen zunehmend die ökologischen Kosten der Vorleistungen, der Produktion, der Verwendung, des Recycling und der Entsorgung widerspiegeln sollen.

30.4 Die Verbesserung der Produktionssysteme durch Technologien und Verfahren, welche die Ressourcen effizienter nutzen und gleichzeitig weniger Abfall erzeugen - also mit weniger mehr erreichen - ist ein wichtiger Schritt in Richtung Nachhaltigkeit in der Privatwirtschaft. Gleichzeitig müssen Erfindungsgeist, Wettbewerbsfähigkeit und freiwillige Initiativen angeregt und gefördert werden, damit vielfähigere, effizientere und wirksamere Alternativen entwickelt werden können. Um diesen grundlegenden Erfordernissen gerecht zu werden und die Rolle der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen weiter zu stärken, werden die beiden folgenden Programmbereiche vorgeschlagen.

PROGRAMMBEREICHE

A. Förderung einer umweltverträglicheren Produktion

Handlungsgrundlage

30.5 Es wird zunehmend anerkannt, daß Produktionsprozesse, Technologien und Managementpraktiken, die die Ressourcen ineffizient nutzen, Rückstände erzeugen, die nicht wiederverwendet werden, Abfälle verursachen, die nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt haben, und Produkte herstellen, von denen auch nach Gebrauch schädliche Wirkungen ausgehen und die schwierig rückzugewinnen sind, durch Technologien, eine gute Betriebs- und Managementpraxis und Know-how ersetzt werden müssen, die die während des gesamten Produktkreislaufs anfallende Abfallmenge auf ein Minimum reduzieren. Das Konzept einer umweltverträglichen Produktion bedeutet, daß in jeder Phase des Produktkreislaufs eine optimale Effizienz angestrebt werden muß. Ein Ergebnis wäre die Verbesserung der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Die Notwendigkeit eines Umstiegs auf ein umweltverträglicheres Produktionskonzept wurde auf der von der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) auf Ministerebene abgehaltenen Konferenz über eine nachhaltige industrielle Entwicklung, die im Oktober 1991 in Kopenhagen stattfand, anerkannt. 1)



Mittelalterliche Idee als Zukunftsperspektive?

Autor

Thomas Schmidt,
Umwelt-Geschichtsforscher,
arbeitet in der
Umweltwerkstatt Lübeck
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck
Tel. 0451/7070646
Fax 7020748 bitte mit
Adressatenangabe

Wie die meisten Umweltschutzkonzepte ist die Idee der Nachhaltigkeit ein alter Hut.¹ Im deutschen Sprachraum existiert sie schriftlich nachweisbar seit über 850 Jahren. Auch das Bemühen um ihre systematische Anwendung ist alles andere als neu. Es ermöglicht seit 300 Jahren, sich mit den ökologischen Folgen eines nachhaltig arbeitenden Wirtschaftszweiges auseinanderzusetzen. Bis zur Konferenz von Rio kam die historische ökologische Wirkung der Idee teilweise einer Katastrophe gleich. Doch Rio hat mit den historischen Traditionen des Nachhaltigkeitskonzeptes nicht wirklich gebrochen. Eine konsequent kritische Diskussion ist überfällig.²

Anmerkungen:

1 Siehe Klaus Bosselmann "Im Namen der Natur. Der Weg zum ökologischen Rechtsstaat" 1992, Bern/München/Wien, Scherz Verlag. Der Autor weist als Jurist die rechtlichen Traditionen von Umweltschutzregelungen wie z.B. Verursacher- und Vorsorgeprinzip nach. Angesichts ihrer teilweise langen historischen Traditionen erörtert er die Frage, warum sämtliche Bemühungen die fortschreitende Zerstörung nicht aufhalten konnten. Seine Erklärung ist, daß sie keine grundlegenden Veränderungen der Wirtschafts-, Rechts- und Staatsstrukturen beabsichtigt bzw. bewirkt haben. Um dies zu ändern, fordert der Autor dazu auf, der Natur soweit möglich eigenständige Daseinsrechte einzuräumen und gesetzlich festzuschreiben.

2 Aufgrund der wenigen Zeit, die für die Vorbereitung dieses Beitrages zu ermöglichen war, kann die Darstellung nur als Anregung verstanden werden, sich mit der Entstehungsgeschichte und den bis heute nachwirkenden Defiziten des Nachhaltigkeitskonzeptes auseinanderzusetzen. Wer möchte, kann mir widersprechende oder ergänzende Reaktionen zukommen lassen.

3 Siehe Peter Fritz, Joseph Huber, Hans Wolfgang Levt "Nachhaltigkeit" 1995, Stuttgart, S. Hirzel Verlag, Seiten 7, 17, 105 (letztere insbesondere zur Unklarheit des Konzepts).

4 Siehe Raphael Breidenbach: "Herausforderung Umweltbildung" 1996, Bad Heilbrunn, Klinkhardt, Seiten 88-105.

5 Siehe Charles R. Bowls "Die Umweltkrise im Europa des 14. Jahrhunderts", Seiten 13-29 in: Peter Sieferle (Hg.): "Fortschritte der Naturzerstörung" 1988, Frankfurt/Main, Edition Suhrkamp.

6 Siehe Friedrich-Wilhelm Henning: "Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands" 1991, Band 1.

"Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development) ist weltweit zu einem Schlüsselbegriff der Umweltpolitik der 90er Jahre geworden. Erstmals breit diskutiert wurde das Konzept im Zusammenhang mit dem Brundtland-Report der United Nations Commission on Environment and Development (1983-1987) und der sich hieran anschließenden United Nations Conference on Environment and Development 1992 (Rio-Konferenz)".³

Darstellungen wie diese prägen die aktuelle Literatur. Sie erwecken einen falschen Gesamteindruck. Denn auf die eigentliche historische Tragweite der Idee und damit einhergehender Traditionen wird nicht hingewiesen. Möglicherweise ist dieses mangelnde Bewußtsein der historischen Entwicklung ein Grund dafür, daß es den an der Debatte Beteiligten so schwer fällt, die Idee inhaltlich klar zu fassen.⁴

Immerhin läßt sich als ihr Kernpunkt die Überzeugung ausmachen, daß der Mensch die natürlichen Lebensgrundlagen nicht rücksichtslos über Gebühr für seine Zwecke belasten darf, will er gegenüber kommenden Generationen nicht unverantwortlich handeln. Genau dieser Gedanke ist aber bereits im Mittelalter aufgekommen. Um zu verstehen, vor welchem Hintergrund dies geschah, ist ein kurzer Blick auf die damaligen Naturvorstellungen und Umweltprobleme hilfreich.

Mittelalterliche Naturvorstellungen⁵ und Umweltprobleme⁶

Die noch in der Frühzeit herrschende Vorstellung vom Menschen als Teil immerwährender Naturkreisläufe ist bereits zerbrochen. Auf der einen Seite steht der Mensch als Krone der Schöpfung. Auf der anderen Seite steht die Natur als bedrohliche Unordnung, die der Mensch als Lebensgrundlage in den Griff bekommen und seinen Zwecken gemäß bearbeiten müsse. Das Denken in Kreisläufen ist abgelöst von der Vorstellung, der Weltprozeß sei ein einmaliger und unwiderrückbarer Ablauf (hin zum Reich Gottes), dem alles unterworfen ist.

In der Praxis spielt sich im Mittelalter eine fast unvorstellbare ökologische und soziale Katastrophe ab. Ihre Ursachen sind in stetiger Bevölkerungszunahme bei gleichzeitig wachstumsorientiertem Wirtschaftssystem zu suchen. In den Jahren von 800 bis 1150 verdoppelte bis verdreifachte sich die Bevölkerung in Altdeutschland.⁶ Um die Ernährung zu sichern, wurden ständig neue Flächen urbar gemacht. Der Waldanteil an der Landschaftsfläche sank bis zum Jahre 1300 auf 4 Prozent. (Heute sind es 30%). Holz war für die expandierende Wirtschaft der einzige wesentliche Energieträger für Bauten, Heizung, Nahrungszubereitung und sämtliche Gewerbearbeiten. Zur Herstellung eines Quadratmeters Kirchenglasfenster mußten beispielsweise 100 Quadratmeter Wald verheizt werden. Spätestens ab 1300 herrschte eine latente,

totale Energiekrise. Und die Ausdehnung landwirtschaftlicher Nutzflächen hinein in sandige, moorige und bergige Gegenden führte verstärkt zu Bodenerosion, Überschwemmungen und Schädlingsbefall. Ernteaussfall war die Folge. Es wurde versucht, den Bedarf durch vermehrten Handel zu decken. Mit einem der Handelsschiffe kamen die Pesterreger nach Europa. Ihnen konnten die seit Jahrzehnten hungernden und frierenden Menschen keine Abwehrkräfte entgegensetzen. In manchen Gegenden starb bis zu Dreiviertel der gesamten Bevölkerung an Krankheiten und Seuchen. Die Pest beendete für die Verbliebenen das Rohstoff- und Energieproblem, erstmal reichlich die Holzvorräte nun wieder.

Die typisch mittelalterliche Art der Reaktion auf Umweltprobleme bestand darin, Ge- und Verbote aufzustellen. Sie schlugen sich in Urkunden immer dann nieder, wenn die Grenze zur lokalen Unerträglichkeit erreicht oder überschritten war.⁷ Solch ein Vorgang ist die nachweisbare Entstehung der Nachhaltigkeitsidee gewesen.

Die Entstehung der Idee nachhaltiger Waldwirtschaft⁸

Sie läßt sich zurückverfolgen bis zur Forstordnung des Klosters Mauermünster im Elsaß aus dem Jahr 1144, nach der nicht mehr Holz eingeschlagen werden durfte als jeweils nachwuchs.⁹ Für die Folgezeit lassen sich viele Bestimmungen zur schonenden Waldnutzung nachweisen. Der Nachhaltigkeitsgedanke breitete sich aus und mit ihm eine neue Einstellung im Umgang mit dem Wald. Denn laut einer Urkunde von 1480 sei der Wald zu schonen, weil auch "die Nachkommen des Holzes deheinst nottünftig" sein werden.⁸



Die Jugend hielt ihren eigenen Umweltgipfel schon im März 1992 in San Jose, Costa Rica ab. Drei Viertel der 300 anwesenden Jugendlichen kamen aus Entwicklungsländern, fünfzig Prozent waren weiblichen Geschlechts und zehn Prozent gehörten Eingeborenenvölkern an - die Weltbevölkerung wurde demnach exakt wiedergespiegelt. Bereits nach einer Woche hatten die Jugendlichen eine Erklärung für den Umweltgipfel ausgearbeitet, in der das Problem der Armut ebenso angesprochen wurde wie die steigende Umweltverschmutzung. Auf dem eigentlichen Gipfel in Rio sollte der Jugend eine Stunde Redezeit gegeben werden. Beim Eintreffen der Gruppe verkündete man ihnen dann, daß ihnen lediglich 10 Minuten zur Verfügung ständen. Bereits nach zwei Minuten wurden sämtliche Fernsehkameras abgeschaltet. Die Reporter, welche die Konferenz in Presseräumen beobachteten, konnten aufgrund dessen nichts hören. Nach der Redezeit wurden die Jugendlichen von der interessierten Presse nach dem Gesagten gefragt, diese hatten jedoch kaum Zeit zum Antworten, da sie von der Polizei werden "Abhaltung einer illegalen Pressekonferenz" verhaftet wurden.

Auch die Kinder wurden nicht besser behandelt. Vor der Konferenz in Rio hatte die Gruppe "Voice of Children" mehrere Konferenzen auf der ganzen Welt organisiert. Die norwegische Premierministerin hatte den Anstoß dazu gegeben und den Kindern versprochen, daß sie mindestens sechs Politiker in Rio dazu bewegen würde, den Ausführungen der Kinder zuzuhören. Niemand kam. Nicht einmal sie selbst.

Quelle: RAUS!, Magazin der Naturschutzjugend im LBV, S. 8-11

Doch es gab noch weitere Motive für Schutzmaßnahmen. Adel und Klerus ließen ganze Wälder in Bann legen, um Rodung und andere Nutzungen wie beispielsweise die Harzgewinnung zu untersagen. Es war bereits bekannt, daß das sogenannte Harzen die Bäume schwächt und den Wald schädigt. Doch weder diese Einsicht in ökologische Vorgänge war Hauptmotiv der Unterschutzstellung noch der offiziell beschworene Holz-mangel. Stattdessen ging es den Herrschenden um ihren Machterhalt. Um unter Seinesgleichen politisch mithalten zu können, war der ungehinderte Zugriff auf die Rohstoffe Holz in Friedens- wie Kriegszeiten unerlässlich. Bei Bedarf wurden die eigenen Bannwälder ungeniert bis zum letzten ausgebeutet. Derart die von ihnen selbst erlassenen Gesetze zu durchbrechen stand nur den Feudalherren frei.⁶ Obwohl ihre Macht im ländlichen Raum umfassend war und auf dem Arbeitsertrag der breiten Bevölkerung beruhte,¹⁰ wurden Bannwälder und Getreidevorräte in Notzeiten nicht etwa gleichermaßen für alle zugänglich gemacht, sondern die schwächeren Menschen dem Sterben überlassen. Über Jahrhunderte hin besteht ein Ungleichgewicht von einerseits im Überfluß lebendem Adel und dem Hunger überlassenen Untertanen.¹¹ Die im Namen der Nachhaltigkeitsidee bewahrten Reserven waren den Herrschenden dabei eine der Grundlagen ihrer Macht. Nachhaltig geschützte Wälder führten zur ungerechten Ausbeutung von Menschen und standen bereit, selbst bei Bedarf jederzeit ausgebeutet zu werden.



Michail Gorbatschow, Ex-Präsident der Sowjetunion, in einem Interview in Publik-Forum vom 8.8.97 (S. 20): "Der letzte UNO-Umweltgipfel war eine Pleite"

Auszug aus dem Presstext in der Frankfurter Rundschau vom 8.9.92: "Die Bundesregierung spricht von einem Erfolg. Internationale Umweltverbände wie Greenpeace oder die "Freunde der Erde" aber beklagen, daß eine historische Chance verpaßt worden sei, daß die Politik sich auf globaler Ebene dem Druck mächtiger Wirtschaftsinteressen gebeugt habe. ... Alle beteiligten NGOs sind sich einig, daß es nach den enttäuschenden Ergebnissen von Rio ..."

im Original: Auszug aus dem Konzept zum Jugendkongreß bei der Nachfolgekongferenz in Kyoto (5.-7.12.98 in Köln): "1992 trafen sich in Rio de Janeiro über 170 Staaten zur größten bisher dagewesenen weltweiten Konferenz ... Doch schon im Verlauf der Konferenz zeigte sich, daß die übergeordneten Probleme den meisten Staaten egal zu sein schienen und sie nur ihre altbekannten Interessen unter einem neuen Deckmantel verfolgen wollten"

Bewertung der mittelalterlichen Tradition der Nachhaltigkeitsidee

Im positiven Sinne läßt sich sagen, daß der Gedanke an Rücksichtnahme und Vorsorge geboren wurde. Seine Verbreitung ist eine hohe kulturelle Leistung. Trotzdem handelt es sich angesichts der drohenden Katastrophe inhaltlich um die schlichte Selbstverständlichkeit, nicht mehr in Anspruch nehmen zu wollen, als auf Dauer wirklich da ist. Doch nicht einmal sie kann sich praktisch entfalten. Die wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen verhindern es. Gerade die Einsicht, daß es so nicht weitergehen konnte, hat den Herrschenden ihre besondere Ausbeutungsstrategie im Namen der Nachhaltigkeitsidee eröffnet. Damit stützt die Idee selbst die Ausbeutung von Mensch und Natur anstatt die Gesellschaft zur konsequenten Umkehr zu bewegen. Denn es verbirgt sich hinter ihr lediglich das Bemühen bzw. der Konflikt um die Nutzung eines Wirtschaftsgutes. Nachhaltigkeit und lineares wirtschaftliches Denken gehen eine Symbiose ein nicht etwa Nachhaltigkeit und an Kreisläufen orientiertes ökologisches Bewußtsein.

Aus heutiger Sicht läßt sich das leicht sagen. Doch Beserwisserei scheint fehl am Platz. Wie groß sind unsere Fortschritte gegenüber dem Mittelalter wirklich?

Aus der Idee wird ein aufgeklärtes Wirtschaftsprinzip

Die Nachhaltigkeitsidee geriet in den folgenden Jahrhunderten nicht wieder in Vergessenheit. Doch die Böden waren ausgewaschen. Infolgedessen konnte sich die bisher weitestgehend standortfremde Fichte behaupten.¹³ Landesherrliche Verordnungen regelten ab dem 16. Jahrhundert vermehrt die möglichst ordnungsgemäße Plünderung der schnell nachwachsenden Fichtenkulturen.¹⁴ Dabei spielte die Forderung, Bäume nicht ohne Nachpflanzung einzuschlagen, weiterhin die zentrale Rolle. In der Praxis wurde sie aber nur ungenügend beachtet. In Reaktion darauf entwickelte man aus der mittelalterlichen Nachhaltigkeitsidee im 18. Jahrhundert ein systematisches Bewirtschaftungsprinzip. Dieses prägt Landschaft und Wälder bis zum heutigen Tag. Denn aus den zunächst reaktiv erfolgten Fichtenanpflanzungen wurde nun deren systematisch-planmäßige Anlage in weit verbreiteten Monokulturen. Der Waldanteil an der Gesamtlandesfläche stieg nun langsam an und erreichte bis zum Jahr 1800 etwa die heutige Größenordnung.

Konkreter Anlaß für diese Entwicklung waren die Folgen des Dreißigjährigen Krieges.⁶ In der wirtschaftlichen Wiederaufbau und -umbruchphase mit nunmehr ersten industriell geprägten Manufakturbetrieben und frühkapitalistischen Strukturen war der Bedarf an Rohstoffen enorm. Die Holzversorgung mußte neu und dauerhaft geregelt werden. So wird die weitere Ausgestaltung der Nachhaltigkeitsidee intensiv von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandlungsprozessen des Barock und der Aufklärungszeit geprägt. Die Naturwissenschaft als Erkenntnismethode wurde begründet, erste Wirtschaftstheorien aufgestellt und das Naturverständnis wandelte sich grundlegend.

Prägend wurden die Naturvorstellungen von Francis Bacon und René Descartes.³ Sie behaupteten, der Wert der Natur liege einzig und allein in ihrem Nutzen für den Menschen. Um seine Ziele zu erreichen, müsse der Mensch sie mit Hilfe der Naturgesetze beherrschen lernen. Er könne die riesige Maschine Natur mit Hilfe exakter mathematischer Berechnungen genau erkennen und seinen Interessen gemäß bedienen. Im Laufe der weiteren Entwicklung setzte sich diese Vorstellung mechanisch-technischer Machbarkeit vollends durch. Sie wurde ergänzt von einer neu auftretenden Angst vor Kargheit und Mangel. Es hieß, es gäbe nun keinen Gott mehr, der für alle Sorge. Stattdessen müsse sich der Mensch selbst das Minimum zum Überleben aus der Natur abringen. Nur durch derartige Naturbeherrschung entstünde materielle Sicherheit und damit die Freiheit der Selbstverwirklichung.

Konkret war es wieder die Angst vor Holz-mangel, die die Fortentwicklung des Nachhaltigkeitskonzepts prägte.¹⁵ In der ersten forstlichen Schrift von wissenschaftlichem Anspruch führte im Jahre 1713 der Freiburger Berghauptmann Hanns von Carlowitz aus, daß "... eine kontinuierliche ... nachhaltige Nutzung ... eine unentberliche Sache ist ...".¹⁵ Doch als eigentlicher Vater der Nachhaltigkeitsprinzips in der Forstwirtschaft gilt der Berliner Universitätsprofessor Georg Ludwig Hartig, dessen 1795 erfolgte Definition lautet: "Unter Nachhaltigkeit ist das Streben nach Dauer, Stetigkeit und Gleichmaß der Holzerträge zu verstehen".¹⁵ Ab Ende des 18. Jahrhunderts wurden in allen Territorien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation Forstverwaltungen in diesem Geiste aufgebaut. Folgerichtig beschreibt ein kürzlich herausgegebenes forstliches Lehrbuch Forstwirtschaft und Nachhaltigkeit als eine Art Symbiose: "Im Gefolge der menschlichen Beeinflussung - in den letzten 200 Jahren durch die forstliche Bewirtschaftung - wurden die natürlichen, mit Klima und Boden im Gleichgewicht ste-

Anmerkungen

7 Siehe Ulrich Troitzsch: "Umweltprobleme im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit aus technikgeschichtlicher Sicht", Seite 94 in: Bernd Herrmann: "Umwelt in der Geschichte, Beiträge zur Umweltgeschichte" 1989, Göttingen, Vandenhoeck.

8 Siehe Günter Heine: "Umweltbezogenes Recht im Mittelalter", Seite 111-125 in: Bernd Herrmann (Hg.): "Mensch und Umwelt im Mittelalter" 1986, 2. Auflage, Stuttgart, Dt. Verlagsanstalt.

9 Siehe Klaus Schleicher und Christian Möller: "Perspektivewandel in der Umwelterziehung" 1997, Hamburg, Krämer Verlag, Seite 268.

10 Siehe Karl Bosl: "Gesellschaft im Aufbruch: die Welt des Mittelalters und der Menschen" 1991, Regensburg, Pustet Verlag, Seite 45.

11 Vorgänge dieser Art schildert eindringlich Massimo Montanari: "Der Hunger und der Überfluß Kulturgeschichte der Ernährung in Europa" 1993, München, Beck.

12 Beides kann hier nur im Überblick geschehen. Darum soll der Schwerpunkt dieser historischen Betrachtung auf den Entwicklungen zur Aufklärungszeit liegen.

13 Siehe Marie-Luise Hiltebeitel: "Eine mittelalterliche Energiekrise", Seiten 275-283 in: Bernd Herrmann (Hg.): "Mensch und Umwelt im Mittelalter" 1986, 2. Auflage, Stuttgart, Dt. Verlagsanstalt.

14 Zur geschichtlichen Entwicklung der Waldwirtschaft siehe Wilhelm Bode und Martin von Hohnhorst: "Waldwende" 1994, München, Beck Verlag, Seiten 9-38, 49, 54 und 89-92.

15 Siehe Horst Kurth: "Forsteinrichtung, Nachhaltige Regelung des Waldes" 1994, Berlin, Seiten 13-23 und 36-50.

16 Auf die unterschiedlichen Definitionen und Verständnisse von Ökologie und ökologischem Verhalten kann in diesem Rahmen nicht genauer eingegangen werden. Wenn im weiteren Textverlauf von Ökologie in konsequenterem Sinne die Rede ist, ist damit ein intensives Bemühen um die Vermeidung der Ausbeutung von Menschen und Zerstörung natürlicher Lebensformen gemeint, dem im Zweifelsfall Vorrang vor anderen Interessen eingeräumt wird.

17 Dieser Teil verdient es, nach wesentlich ausführlicher bearbeitet zu werden, als mit dies momentan möglich ist.

18 Siehe Wiebke Peters: "Die Nachhaltigkeit als Grundsatz der Forstwirtschaft" 1984, Hamburg, Dissertation, Seiten 261 und 264.

19 Siehe Rolf Kreibich (Hg.): "Nachhaltige Entwicklung, Leitbild für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft" 1996, Weinheim, Beltz Verlag, Seiten 21-24.

20 Siehe Christoph Spehr: "Die Jagd nach der Natur. Zur historischen Entwicklung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses in den USA, Deutschland, Großbritannien und Italien" 1994, Frankfurt/Main, Seite 199.

21 Siehe Helga Ebinghaus und Armin Sticker: "Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development" 2. Auflage 1996, Frankfurt/Main, IKO-Verlag, Seite 33.

22 Der Überblick über die Ergebnisse von Rio kann hier nur ganz grob geboten werden. Um dennoch ein konkretes Beispiel aufzuzeigen, bietet es sich an, wiederum das Thema Wald zu wählen.

23 Siehe Anmerkung 21, hier Seite 66.

24 Siehe Anmerkung 21, hier Seite 156.

25 Siehe Anmerkung 21, hier Seiten 181 und 153.

26 Siehe Anmerkung 19, hier Seiten 118-122.

27 Bereits 1928 macht der Siedlungsverband des Ruhrkohlenbezirks den Vorschlag, man solle angesichts des Baumsterbens doch säurefeste Bäume pflanzen. Siehe dazu Ulrich Linser: "Ökopax und Anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegung in Deutschland" 1986, München, dtv. Und siehe Anmerkung 14.

28 Siehe Anmerkung 21, hier Seite 162.

29 Siehe Engelbert Schramm: "Kreislauforientierung statt Durchflußwirtschaft: Nachhaltiger Umgang mit Wasser, Fäkalien und Flüssigabfällen", Seite 135 in Egon Becker (Hg.): "Soziale Ökologie und Sustainable Development (Jahrbuch für sozialökologische Forschung 3) 1997, Frankfurt/Main, IKO-Verlag.

henden Waldstrukturen weitgehend ersetzt durch Forsten – meist aus Nadelbäumen – die sich ohne wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen nicht selbst erhalten und regenerieren können. Der Begriff Forst bezieht sich also stets auf Wald, der geregelter menschlicher Einflußnahme unterliegt ...". Und Nachhaltigkeit sei eben diese Einflußnahme, "der Inbegriff geregelter Forstwirtschaft".¹⁵

Bewertung des nachhaltigen, aufgeklärten Forstwirtschaftsprinzips

Nachhaltigkeit wird in ihrer Entstehungsphase als grundlegendes Wirtschaftsprinzip mit wissenschaftlichem Geltungsgrad ausschließlich rohstoff- und wirtschaftsorientiert gesehen. Prägend sind die Angst vor Holznot und der unbedingte Glaube an technische Machbarkeit in der Zeit des Aufbaus frühkapitalistischer Wirtschaftsstrukturen. Ziel ist es, die Maschine Natur korrekt zu bedienen und so für eine auf Dauer optimale Nutzungsstrategie der vorhandenen Holzressourcen zu sorgen. Die im Mittelalter noch weitgehend unregelte Plünderung wird nun in eine staatlich systematische und sanktionierte umgewandelt, die sämtliche Flächen des jeweiligen Territoriums umfassen soll. Ein Bemühen um Rücksichtnahme auf die Vielfalt an Lebensformen im Ökosystem Wald spielt im Konzept keine Rolle. Auch ohne ökologische Einstellung¹⁶ ließ sich vor 200 Jahren ohne Probleme Nachhaltigkeit betreiben und dafür auf wissenschaftliche Begründungen zurückgreifen.



Im Original: Auszug aus der Zeitschrift "Ökomarkt". Im Text "Ist der Agenda-Prozess eingeleitet?" von J. Schneek (S. 4): "... der Inhalt dieses Programms - sollten wir die Kraft haben, es umzusetzen - könnte das Zusammenleben auf diesem Erdball revolutionär verändern ... und die ökologische Katastrophe ... noch einmal abwenden".

Auszug aus dem Thesenpapier des Deutschen Naturschutzrings vom 19.1997 (S. 6): "Zukunftsfähiges Deutschland", "AGENDA 21: Nationaler Umweltplan" das sind Konzepte der Hoffnung auf mehr Lebensqualität in der Zukunft. ... Ungewöhnliche Zeiten verlangen ungewöhnliche Antworten: Die mutige Vision für ein ehrgeiziges Projekt, wie es in Rio definiert wurde".

Auszug aus dem Text "Uns gehört die Zukunft", Robin-Wood-Magazin 3/97 (S. 35): "Deutschland kommt in Bewegung": So optimistisch äußern sich Jugendumweltverbände zum Thema Agenda 21 ... die Agenda 21 bietet Chancen, weil sie Gemeindevonetzen zwingt, mit BürgerInnen/Umweltgruppen zusammenzuarbeiten", sagt Daniel Müller von der BUNDjugend".

Auszug aus der BUND-Broschüre "Agenda 21" (S. 8): "Man hätte es der internationalen Bürokratie kaum zutraut, aber sie hat es entworfen: ein Konzept, das einer revolutionären Umwälzung gleichkommt. ..."

Auszug aus einer Veranstaltungseinladung von future e.V. (Umweltinitiative von Unternehmen) vom 28.8.97: "Der Weg zur Nachhaltigkeit ist in der Agenda 21 vorbildlich beschrieben. ... Unterstützt von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt hat die Umweltinitiative von Unternehmen future e.V. deshalb das Projekt "Agenda 21 als Grundlage von Unternehmensleitbildern" initiiert".

Die Entwicklung bis Rio im Überblick¹⁷

Im nachfolgenden 19. Jahrhundert begann sich das Verständnis von Nachhaltigkeit zu erweitern und auszudifferenzieren. So bezog Otto von Hagen, Leiter der Preußischen Staatsforstverwaltung, 1867 das Nachhaltigkeitsprinzip auf "... sowohl die dauernde Bedürfnisbefriedigung in Beziehung auf Holz und andere Waldprodukte, als auch die Zwecke ..., denen der Wald nach verschiedensten anderen Richtungen hin dienstbar ist".¹⁸ Nicht mehr nur die reine Rostofflieferung sondern sämtliche für den Menschen wesentliche Wirkungen traten in den Blickpunkt. In der Folgezeit wurden "sehr unterschiedliche Inhalte der Nachhaltigkeit ohne nähere Erläuterung nebeneinander verwendet",¹⁸ woran auch das Bundeswaldgesetz von 1975 nichts geändert hat. Es gab Streit darum, ob "Nachhaltigkeit als Wirtschaftsziel" oder "als Mittel zur Erreichung eines Wirtschaftszieles" zu verstehen sei.¹⁸

Doch es entwickelte sich noch eine andere Verständniserweiterung. In den zwanziger Jahren wurde im Rahmen des Nachhaltigkeitsgedankens erstmals eine naturnahe Waldgestaltung angeregt, auf die Wichtigkeit ökologischer Stabilität, auf Artenvielfalt und Ungleichaltrigkeit des Waldbestandes hingewiesen.¹⁴ Die tatsächliche Entwicklung lief jedoch genau entgegengesetzt. Selbst in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg haben die Wiederaufstellungsprogramme einseitig auf Fichten- und Kiefernmonokulturen basiert. Gegenüber der Situation 200 Jahre zuvor wurde ein weiterer Fortschritt erzielt, indem man im Namen der Nachhaltigkeit diese Monokulturen nun maschinengerecht anlegte.

Das bereits zitierte forstwirtschaftliche Lehrbuch¹⁵ formuliert: "Nachhaltigkeit ist ... ein Prinzip wirtschaftlichen Handelns ... in der Forstwirtschaft, um das Wirtschaftsziel durch intensive Nutzung und Bewahrung der natürlichen Ressourcen zu erreichen". Dabei müßten "die Entscheidungen ... aus volkswirtschaftlicher Gesamtverantwortung getroffen werden". "Nachhaltig zu wirtschaften heißt also nicht, Altes zu konservieren, sondern dem steten Wandel der Zielsetzungen und menschlichen Ansprüche an den Wald zu folgen. ... Dieses Gebot verdeutlicht nochmals die ethische Gesinnung, die der Nachhaltigkeit seit Anbeginn zugrunde liegt: ... Pflicht gegenüber der zukünftigen Menschheit, um die Versorgung künftiger Generationen mit Rohstoffen und ökologischen Leistungen des Waldes zu gewährleisten". In diesem Sinne hat sich Nachhaltigkeit als Grundsatz der Forstwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg in den westlichen Industrienationen allgemein durchgesetzt.

Daneben bildete sich seit Beginn der siebziger Jahre auf internationaler Ebene eine eigenständige Debatte heraus. Sie versuchte, aus den sich abzeichnenden Ressourcen- und Umweltproblemen sowie dem Entwicklungsbedarf rund um den Globus Konsequenzen zu ziehen. Prägend waren zunächst der 1972 erschienene Bericht "Grenzen des Wachstums" des Club of Rome und eine Forschungsarbeit der United Nations Environmental Programme (UNEP). Sie bezeichnete 1973 die Industrieländer als überentwickelt und für die Unterentwicklung in anderen Teilen der Welt verantwortlich.¹⁹ Es wurden Forderungen nach Solidarität, Ressourcen- und Umweltschonung erhoben. Doch das entsprechende Konzept konnte sich nicht durchsetzen. Während die neuen sozialen Bewegungen zur Abkehr vom herrschenden Produktions- und Gesellschaftsmodell aufrufen, verstanden Regierungen und Wirtschaftsverbände die Inhalte "im Sinne von Faktoren, die unbedingt bearbeitet werden müssen, damit der bisherige Kurs fortgesetzt werden kann".²⁰ Im Jahre 1975 wurden erstmals konsumbezogene Maximumstandards für Industrieländer gefordert. Ein von der Dag-Hammerskjöld-Stiftung finanzierter Forschungsbericht über die ökologische Tragfähigkeit der Erde betonte, "daß Umweltzerstörung ein Ausdruck spezifischer Interessen und sozialer Ungleichgewichte ist".²¹ Demokratisierung und Dezentralisierung von Macht sowie die volle Entfaltung des Menschen als Individuum und soziales Wesen sei an Stelle von materiellem Wachstum zu entwickeln. Auch dieser Bericht blieb ohne politische Akzeptanz. Sie zu finden, gelang erst dem Brundtland-Report.

Bewertung der jüngeren Entwicklung

Seit nahezu 200 Jahren wird daran gearbeitet, den Nachhaltigkeitsgedanken konzeptionell zu füllen. Die Debatte läßt sich ununterbrochen bis in die direkte Gegenwart verfolgen. Die Unklarheit des Begriffes bildet sich infolge inhaltlicher Erweiterung heraus. Im Rahmen der Forstwirtschaft lassen sich zwei Hauptrichtungen unterscheiden. Die eine betont vornehmlich die aktualisier-

ten wirtschaftspolitischen Belange. Die andere dehnt den Begriff auf die Berücksichtigung der biologischen Vielfalt aus. Überhaupt nicht in das Konzept eingeflossen sind Überlegungen, der Natur von menschlichen Interessen unabhängige, eigenständige Daseins- und Schutzrechte einzuräumen.

Die praktische Wirkung des Nachhaltigkeitsprinzips bleibt vom Standpunkt konsequenter Ökologie 16 aus gesehen kontraproduktiv. Der Grund liegt in einer unangefochtenen Vorrangstellung der Wirtschaftsinteressen. Eine Abkehr von der Wachstumsfixiertheit hat das Nachhaltigkeitskonzept nicht bewirkt. Neue Hoffnung darauf gründet sich auf den jüngsten, entwicklungspolitisch orientierten Teil der Debatte.

Die Konzeption von Rio²²

Die Konzeption von Rio beendet derartige Hoffnungen. Sie sieht Nachhaltigkeit nur unter der Voraussetzung von Wirtschaftswachstum und Marktwirtschaft sowie der Fortentwicklung neuer Großtechnologien wie der Atom- und der Gentechnik als möglich an. Das attraktivste Element des Konzeptes, die Vermittlung zwischen Entwicklung und Umwelt bzw. Ökologie und Ökonomie, ist eine Täuschung. Die Kernaussage des Berichts von Rio besteht darin, daß lediglich Verbesserungen der bisherigen Weltwirtschaftsordnung nötig seien.²³ Denn – so heißt es im Original – "es sind lediglich technologische und gesellschaftliche Grenzen, die uns durch die Endlichkeit der Ressourcen und die begrenzte Fähigkeit der Biosphäre zum Verkräften menschlicher Einflußnahme gezogen sind. Technologische und gesellschaftliche Entwicklungen aber sind beherrschbar und können auf einen Stand gebracht werden, der eine neue Ära wirtschaftlichen Wachstums ermöglicht".²³ Die ökologische Krise wird zwar genutzt, wirtschaftliches Verhalten teilweise in Frage zu stellen. Leitendes Motiv ist aber nicht der Abbau der Umwelterstörung sondern der dauerhafte Erhalt des wachstumsorientierten Weltwirtschaftssystems.²⁴ Dessen prägende Elemente werden ebenso wenig verändert wie die Vormachtstellung der Industriestaaten,²⁵ obwohl beides auf der Anwendung von Gewalt beruht. Für die sogenannte Dritte Welt ändert das Konzept nichts an der Grundstruktur des organisierten Raubes.²⁵ Im Namen der Nachhaltigkeit können beispielsweise Gentechnikfirmen wie bisher den Regenwald und seine Menschen nach profitablen Genquellen absuchen.

Gemäß der Walddeklaration von Rio sollen die Wälder weltweit "... nachhaltig bewirtschaftet werden, um den sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen und geistigen menschlichen Bedürfnissen heutiger und künftiger Generationen gerecht zu werden. Zu diesem Zweck sollen geeignete Maßnahmen getroffen werden, um die Wälder vor schädlichen Auswirkungen der Umweltverschmutzung zu schützen".²⁶ Die Zielvorstellungen der Nachhaltigkeit von Rio zielt keine grundsätzliche Vorrangstellung ökologischer Belange im Falle eines Konflikts unterschiedlicher Interessen. Sie sind nur ein kleiner Teil vielfältiger Forderungen an die Natur und Mittel zum Zweck, alle vorhandenen und vermeintlichen Bedürfnisse zukünftig zu sichern. Wäre es anders vorgesehen, hätte beispielsweise im Falle des Waldsterbens konsequenter vorgegangen werden können, als nur festzuhalten, daß "Mittel und Wege zur Bewältigung dieser Belastungen ... gefunden werden"²⁶ sollen. Das erweckt nicht gerade den Eindruck entschlossenen Handelns zum Nachteil be-

kannter Verursacher, obwohl dieses die Wälder elementar bedrohende Problem seit weit über 50 Jahren diskutiert wird.²⁷

Aufruf zur kritischen Diskussion

Die Ergebnisse von Rio bedeuten einen Rückschritt gegenüber der Diskussionsbandbreite der Siebziger Jahre. Eine Fülle geschickter Formulierungen täuscht konsequente Handlungsbereitschaft nur vor. Sie relativiert sich durch einander widersprechende Teilziele und insbesondere die festgelegten, nicht in Frage gestellten Eckpunkte Wirtschaftswachstum, Marktwirtschaft und Großtechnologien, deren Bedrohungspotential für Menschheit und Umwelt teilweise noch überhaupt nicht absehbar ist. Aber nach dem Einblick in den historischen Ablauf nimmt dieser Tatbestand weniger wunder. Denn mit ihm erweisen sich folgende Traditionen des Nachhaltigkeitsprinzips lediglich als ungebroschen lebendig:

- ✓ im Angesicht einer möglichen Katastrophe die Betonung der Selbstverständlichkeit, nicht mehr in Anspruch nehmen zu wollen, als auf Dauer vorhanden ist, wie im Mittelalter;
- ✓ lineares wirtschaftliches Denken (statt an Kreisläufen orientiertes) – wie im Mittelalter;
- ✓ Ausnutzung und Zementierung der Machtverteilung zwischen Arm und Reich im schärfer werdenden Konflikt um die Nutzung von Wirtschaftsgütern – wie im Mittelalter;
- ✓ Hang zu technischen Lösungen und entsprechendem Machbarkeitsglauben mit dem Ziel, den Zugriff auf die Lebensgrundlagen bis zur optimalen Grenze auszureizen – wie im aufgeklärten Frühkapitalismus;
- ✓ Aktualisierung der menschlichen Forderungen an die Natur, ohne auch nur den Versuch zu machen, ihr davon unberührte Daseinsrechte einzuräumen – wie im vorigen Jahrhundert;
- ✓ Umweltschutz nach neuem Erkenntnisstand als Mittel zum Zweck des Erhalts des wachstumsorientierten Wirtschaftssystems anstatt einer Abkehr von ihm – wie bisher zu allen beschriebenen Zeiten.

Natürlich steht es Organisationen und Einzelnen frei, ihre inhaltliche Kritik auch bei aktiver Teilnahme an der Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzept von Rio zu artikulieren. "Doch es macht keinen Sinn, das Konzept 'von links' zu besetzen".²⁸ Die Machtmechanismen von Politik und Wirtschaft sind nicht zu unterschätzen. Nach Jahren unter öffentlichem Druck ist es ihren Vertretern gelungen, die eigenen nach wie vor von Wachstumsideologie geprägten Vorstellungen zum zentralen Punkt der öffentlichen Debatte und sogar der Aktivitäten von sozialen Initiativen zu machen, die sich als unabhängig-kritisch verstehen. Angesichts der ungebroschenen historischen Traditionen des Nachhaltigkeitsprinzips bedürfen dieser Vorgang und das Kontrahieren einer breiten und (selbst)kritischen öffentlichen Auseinandersetzung. Mit ihm verbindet sich eine wichtige Hoffnung. Vielleicht kann so "... die Gefahr abgewendet werden, zwar die Nachhaltigkeit zu beschwören, aber in der Praxis unreflektiert im Rad der Geschichte zu verbleiben und immer wieder die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen."²⁹

Termine

8.-10.5.1998 in Oldenburg
Mythos Agenda 21 – Was ist dran an der Nachhaltigkeit?
 Die in der Agenda 21 angestrebte nachhaltige Entwicklung ist ein Ziel, welches auf geradezu wundersame Weise Institutionen wie die Weltbank und politische Basisgruppen vereint. In diesem Seminar wollen wir den „Alleskleber“ Agenda 21 näher beleuchten (30-40 DM)
 Info: PATCHWORK
 Kaiserstraße 24
 26122 Oldenburg
 Tel: 0441/17111
 Fax: 0441/2489661
 patchwork@olncomink.apc.org

Stimmen zur Agenda

Mit der Agenda 21 wendet sich erstmals ein UN-Dokument nicht ausschließlich an die Regierungen sondern konkret an die Bürgerinnen und Bürger. Die Agenda 21 umfaßt neben vielen sehr guten Ideen und Ansätzen auch Punkte, die man sehr kontrovers diskutieren muß. So sollten wir der Förderung der Gentechnologie (Kapitel 16) und der Unterstützung von Nuklearprogrammen in den Entwicklungsländern (Kapitel 22) eine klare Absage erteilen.

Hiltrud Breyer, MdEP in ihrer Broschüre "Lokale Agenda 21 Informationen, Materialien und Aktionsvorschläge"

Mit der Agenda 21 werden breite Bevölkerungsschichten erreicht, andere Aktionen werden nur von Studenten getragen. Die Kritik an den falschen Inhalten ist akademisch und den Bürgern nicht zu vermitteln. Es ist doch gut, daß überhaupt etwas passiert.

Aktivist von B' 90/Grüne

Agenda 21 - ein Dokument mit vielen Gesichtern

Literatur

Helga Eblinghaus/Armin Sticker
Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development
1996, Frankfurt, IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 240 Seiten, DM 29,80, ISBN 3-88939-196-6
In der Umweltpolitik ist das Nachhaltigkeitskonzept zum alles bestimmenden Leitbild geworden. Das vorliegende Buch arbeitet als fast einziges das Nachhaltigkeitskonzept grundsätzlich kritisch auf. Außerdem dokumentiert es den Stand der Debatte um die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", indem auf fehlende ökologische Inhalte und kontraproduktive Konsequenzen hingewiesen wird. Die beiden Autorinnen weisen nach, daß das Nachhaltigkeitsprinzip das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System der Ausbeutung von Mensch und Natur grundsätzlich fortführt statt durchbricht. Beispielsweise indem es auf dauerhaftes Wirtschaftswachstum und den Gebrauch von Großtechnologien (z.B. Gentechnik) setzt. Wodurch es außerdem zum Erhalt bestehender Macht- und Wirtschaftsstrukturen beiträgt, anstatt im humanitären und ökologischen Sinne ihre konsequente Reform zu verfolgen, wird präzise analysiert. Zustandekommen, Ausformulierung und bisherige Diskussion des Konzepts werden dokumentiert. Wer keiner blinden Akzeptanz des Nachhaltigkeitskonzepts verfallen will, sollte das Buch lesen.

Egon Becker (Hg.)
Soziale Ökologie und Sustainable Development (Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung, Bd. 3), 1997, Frankfurt, IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 160 Seiten, DM 29,80, ISBN 3-88939-254-7
Wer zum vorherig besprochenen Buch ergänzende Stellungnahmen sucht, kann hier zahlreiche Anregungen finden. Neben kritischen Gedanken zum Nachhaltigkeitskonzept werden u.a. Fragen der demokratischen Mitbestimmung und Gleichberechtigung der Geschlechter bei der Bearbeitung von Umweltproblemen angeschnitten. So wird an Beispielen wie des Gewässerschutzes verdeutlicht, welche Alternativen an gewaltfreien und notwendigen Systemveränderungen der aktuellen, nachhaltig geprägten, herrschaftsstabilisierenden Umweltpolitik gegenüberstehen.

Die Agenda 21 ist entstanden in einer historischen Situation, in der die sich zuspitzenden Krisenerscheinungen der Moderne in zwei wesentlichen Bereichen, soziale Gerechtigkeit und Umweltzerstörung, nicht mehr zu leugnen waren. Die Agenda 21 ist das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen Regierungen und spiegelt die weltpolitischen Machtverhältnisse, Interessen aber auch Unklarheiten des Jahres 1992 wider.

Wo man sich nicht einig war, blieb man unkonkret oder ließ etwas wegfallen. So findet sich schließlich jedwede(r) irgendwo in dem langen Text wieder. Widersprüche haben dabei System: Ökolandbau und Gentechnologie, regenerative Energieträger und Atomkraft, kooperative Selbsthilfe-Projekte und liberalisierter Welthandel. Die Widersprüche erklären sich aus nicht ausgetragenen Konflikten darüber, wie Nachhaltige Entwicklung definiert und umgesetzt werden soll. Auf der anderen Seite ist die Agenda 21, zumal als "internationaler Konsens", sehr weitgehend gegenüber dem heutigen Stand der internationalen Diskussion.

Ein Bündnis mit den Herrschenden?

Die vollständige Umsetzung der Agenda 21 zu fordern, wie dies jüngst anlässlich der UN-Sondergeneralversammlung einige NGOs getan haben, ist politisch denklich. Regierungen jedoch auf etwas festzunageln, zu dem sie sich (wenn auch nicht völkerrechtlich verbindlich) einmal verpflichtet haben, ist m.E. nichts Ungeöhnliches und auch nichts Verwerfliches. Es geht allerdings noch um etwas anderes: Die Agenda 21 ist Gegenstand eines Diskurses, bei dem der eigentliche Gegenstand, nämlich die Agenda 21 und ihr Inhalt nur eine Nebenrolle spielt – stattdessen wird im Diskurs teilweise neu definiert, was die Agenda 21 ist und ausmacht. In diesem Prozeß des "Wahrmachens" geht es um Definitionsmacht, dies umso mehr, weil die Agenda 21 widersprüchlich und unverbindlich ist – und in diesem Kampf haben Umwelt- und Entwicklungsgruppen die Nase vorn gegenüber Regierungen, die heute lieber nicht so genau wissen wollen, was sie 1992 unterschrieben haben.

Es ist eine Errungenschaft von Rio und des Nachhaltigkeits-Diskurses, daß zwei Annahmen mittlerweile allgemein geteilt werden: zum einen das Leitbild von Gerechtigkeit innerhalb und zwischen den Generationen, zum anderen die Erkenntnis, daß nachhaltige Entwicklung ein (gesamtgesellschaftlicher) Prozeß sein muß. Was unklar ist und dem Diskurs überlassen bleibt, ist die Operationalisierung dieser Normen. Und dabei geht es wiederum um Definitionsmacht – und hier liegt das entscheidende Problem ökosozialer Bewegungen! Zwar scheint der Ansatz, nachhaltige Entwicklung gesamtgesellschaftlich als "Suchprozeß" zu organisieren, am nachhaltigsten (im Sinne von Bewußtseins- und Verhaltensänderung) zu sein. Doch braucht dies einerseits Zeit, andererseits bedeutet "Prozeß" auch Konflikte: zum einen weil auch über das "Wünschenswerte" gestritten werden muß, zum anderen, weil sich die nachhaltigen Wunschvorstellungen permanent an einer Realität reiben, die eine ganz andere Zukunft versprechen. Und über diese Realität wird mit den "rules of the game" entschieden:

Es geht um Macht!

Die Herausforderung besteht also darin, gegenüber den Mächtigen unter herrschenden Verhältnissen konflikt-

und durchsetzungsfähig zu sein, andererseits aber auch den langsamen Prozeß nicht aufzugeben. Und bei letzterem wiederum besteht die Gefahr, aufgesogen zu werden von einer Vereinnahmungsstrategie der Herrschenden, die alten Wein in neuen Schläuchen verkaufen wollen – um damit ihre Hegemonie zu sichern. Gegen die "Einbindungsfalle" gibt es natürlich ein Mittel: Abgrenzung, Distanzierung und das eigenständige Etablieren eines "alternativen" Diskurses in der Zivilgesellschaft. Angesichts der Hegemonie eines schwammigen und breiten Nachhaltigkeitsdiskurses halte ich dies als alleinige Strategie jedoch für wenig aussichtsreich – zumal angesichts eines Mangels an alternativen und nicht negativ belegten Begrifflichkeiten. Stattdessen muß es beides geben: eigenständige Konzepte und Strukturen, die sich positiv gegenüber einem Weiter-So-Wirtschaftswachstum-Diskurs der Herrschenden abgrenzen und eine Politisierung des Agenda- und Nachhaltigkeits-Diskurses.

Beteiligung am Diskurs heißt dann jedoch: Beteiligung unter fairen Bedingungen und nur dort, wo es sich um einen echten Prozeß handelt: Beratende Gesprächskreise der Regierung ohne Umsetzungsoptionen gehören nicht dazu und sind Zeitverschwendung! Und auch die Agenda 21 ist dabei durchaus ein Mittel, das zielgerichtet eingesetzt werden kann: Was spricht dagegen, sich für die Umsetzung der Kapitel, die sich auf die Stärkung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen beziehen, einzufordern? Wie das geschieht, ist erneut eine Frage der Ausschöpfung von Handlungsspielraum. Das Beispiel des Kapitels 28 soll dies verdeutlichen.

Handlungsspielraum

Das Kapitel 28 der Agenda 21 wendet sich an Kommunalverwaltungen. Diese werden aufgefordert, sich bis 1996 gemeinsam mit ihren BürgerInnen einem Konsultationsprozeß unterzogen und einen Konsens hinsichtlich einer "kommunalen Agenda 21" für die Gemeinschaft erzielt zu haben. Dies ist eine der ganz wenigen Stellen in der Agenda 21, die ein Zeitziel benennt – und dies macht die "Lokale Agenda" umso mehr zu einem strategischen Mittel, um Diskussionsprozesse anzustoßen, die andernfalls nur schwer führbar wären.

Ein Lokaler Agenda-Prozeß bietet die Chance, Themen auf die lokalpolitische Tagesordnung zu setzen, die sonst unter den Tisch gekehrt werden und damit gegenüber herrschenden Diskursen aufzuwerten: soziale Gerechtigkeit, Ökologie. Zugleich können die verwandten Methoden und Verfahren altes Schubladen- und Beton-Denken aufbrechen. Lokale Akteure, die vorher kaum Gehör fanden, können politisch aufgewertet werden. Mit anderen Worten: Die Lokale Agenda schafft potentiell Handlungsspielraum. Denn wie eine LA 21 aufgestellt werden soll, steht nirgendwo geschrieben. Ob eine LA 21 "gut" oder "schlecht" ist, entscheidet sich im Konkreten. Nicht allein die Frage "ob überhaupt", sondern das "wie" einer LA 21 ist in höchstem Maße politisch. Dabei geht es um Fragen wie: Wer stößt den Agenda-Prozeß an? Wer koordi-

nerst ihn? Wer beteiligt sich oder wird beteiligt? Wer nicht? Welche Themen werden behandelt, welche ausgeblendet? Werden größere gesellschaftliche Prozesse und Machtverhältnisse berücksichtigt oder nicht? Wer moderiert den Prozeß mit welchen Methoden? Welche Wirkungsmacht hat der Prozeß und seine Akteure gegenüber herrschenden Verhältnissen? Diese Fragen lassen sich nicht pauschal beantworten – ihre Antworten müssen im konkreten Prozeß entschieden werden. Die Einigung auf ein Verfahren, das ein Maximum an echter Partizipation gewährleistet und Ergebnisse auch institutionell absichert, sollte somit am Anfang eines Prozesses stehen.

Lokale Agenda-Prozesse erfordern Kompetenz und Wissen, das in der Kommunalpolitik (einschließlich Verwaltung) bislang kaum gefordert war. Dies gibt denen, die überzeugende Vorschläge machen, Handlungsspielraum.

Hausaufgaben

Vor dem Einstieg in einen Lokalen Agenda-Prozeß sollten sich lokale Gruppen mit der Agenda 21 auseinandersetzen, sich schlau machen über Erfahrungen in anderen Kommunen und aus guten und schlechten Erfahrungen lernen – dabei lohnt es sich auch über den Tellerrand hinauszuschauen, z.B. nach England.

Agenda - voll auf den Zug aufgesprungen auch die Groß- und die Atomindustrie. Das Magazin der RWE konnten viele, viele Tausend BahnkundInnen auf ihrer Reise studieren. Nachhaltigkeit ist den Großverdienern am Atomwahnsinn laut dieser Veröffentlichung ein Herzensanliegen.



Positionen zur Agenda: Nein, aber ...

Agenda ist Täuschungsmanöver Trotzdem mitmachen

Die Agenda 21 als Aufruf zu nachhaltigem Wirtschaften, zum Wirtschaften, das die Lebensgrundlagen für uns und unsere Nachkommen erhält, wurde mit Enthusiasmus aufgenommen. Inzwischen macht sich Enttäuschung breit. Nüchtern muß folgendes festgestellt werden: Während Umweltschützer sich nach 1992, dem Jahr der Verkündung der Agenda 21, um Konzepte für nachhaltige Entwicklungen bemühten, haben gleichzeitig die Politiker in einem atemberaubenden Tempo den Investoren den Weg geebnet, jegliche Umweltzerstörung vornehmen zu dürfen, die ihnen wirtschaftlichen Nutzen bringt.

Von der Politik wurde in diesem Zeitraum das Prinzip vom "Wirtschaftsstandort Deutschland", durchgesetzt, verstanden als Prinzip des uneingeschränkten wirtschaftlichen Handelns. Die gesamte Gesetzgebung in den neunziger Jahren erfolgte aufgrund dieses Prinzips und hatte nur ein Ziel: Die Beseitigung von Vorschriften zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt. Als in 1994/95 die Deregulierungsgesetze auf den Weg gebracht wurde, scheuten sich die zuständigen Kommissionen (Schlichter- und Ludewig-Kommission) nicht, den Sinn dieser Gesetzgebung damit zu umschreiben, daß der Staat als Dienstleister für die Wirtschaft installiert werden solle.

Eigentlich hätten jetzt alle Umweltschützer, die sich für ein nachhaltiges Wirtschaften engagieren, empört aufschreien und die Frage stellen müssen, wie denn ein Staat, der nur noch der Wirtschaft verpflichtet ist, noch nachhaltiges Wirtschaften – den Erhalt der Lebensgrundlagen – durchsetzen soll.

Zweitens sollten sich ... halten in die Diskussion um das Verfahren ... Vorschläge dazu machen. Das Stichwort ... Methodenkompetenz! Erst dann, wenn das ... steht, heißt es sich zu entscheiden, ob und mit wem ... auf man sich beteiligt.

Drittens kommen Gruppen, die sich einer ökologisch-sozialen Zukunft verschrieben haben, nicht umhin, ihren Gesellschaftsentwurf eigenständig zu formulieren und Strukturen zu schaffen, die diese "Alternative" vorleben und unabhängig in der Zivilgesellschaft verankern.

Die vierte "Hausaufgabe" ist Konfliktfähigkeit: Zu bestimmten Themen gibt es nun einmal unterschiedliche, nicht-vereinbare Positionen. Solche Konflikte können nicht ausgehalten, sondern müssen ausgetragen werden. Und dabei kommt es auf gesellschaftliche Durchsetzungsfähigkeit an – und die bedarf oft ganz anderer Mittel als eines "Sich gegenseitig Zuhörens".

Und was, wenn man als Gruppe feststellt, den Ewiggestrigen auf den Leim gegangen zu sein? Die bisher gemachten 'schlechten' Erfahrungen hatten zumindest einen Effekt: die Agenda-Arbeit bringt die zusammen, die "das Gute wollen", aber bisher nicht miteinander geredet haben – und stärkt damit diejenigen, die es mit Veränderung ernst meinen.

Autor
Rasmus Grobe,
Verden

Literatur

Karl-Werner Brand, Klaus Eder, Angelika Peter
Ökologische Kommunikation in Deutschland
1997, Opladen/Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, 344 Seiten, 56 DM, ISBN 3-531-13152-4.
Wer nach Gründen dafür sucht, warum die Umweltschutzorganisationen sich via Nachhaltigkeitsdebatte derzeit so offensichtlich von Politik und Wirtschaft beeinflussen lassen, findet Antworten in diesem Buch. Die Studie untersucht den Wandel der öffentlichen ökologischen Debatte vom Unfall von Tschernobyl bis zur Konferenz von Rio und den Störfällen bei Hoechst 1993. Sie stützt sich auf die Analyse von Printmedien und Befragung von Beteiligten. Die Ergebnisse legen die hohe Fidelität auch von kritischen Organisationen auf ein Handeln von Staat und Wirtschaft sowie damit einhergehende Abhängigkeiten offen.

Autorin

Traute Kirsch,
Anti-Atom-AK des BUND

Politische Entscheidungsfreiheit gibt es da nicht mehr. Die Politiker haben mit der von ihnen in den letzten Jahren vorgenommenen Rechtsetzung grundsätzlich darauf verzichtet, die Wirtschaft zu umweltschützenden Maßnahmen zwingen zu können. Auch die Hoffnungen, mit der lokalen Agenda wesentlich zum Erhalt der Lebensgrundlagen vor Ort beitragen zu können, zerplatzen daher mittlerweile wie Seifenblasen.

Sehr aufschlußreich war da ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster, mit dem es die in Sachen Garzweiler wegen Verletzung ihrer Planungshoheit klagenden Kommunen abgewiesen hat. Das Gericht hat erklärt, die nicht zu leugnende Verletzung der Planungshoheit sei aus dem übergeordneten Interesse der öffentlichen Energieversorgung heraus hinzunehmen.

Damit ist der schöne Spruch vom globalen Denken und lokalen Handeln ad absurdum geführt und klingt wie Hohn.

Die derzeit propagierte Globalisierung beinhaltet, daß sich die Wirtschaft an einem anonymen Weltmarkt orientiert. Damit droht den Standards für Ökologie, Soziales und Löhne eine Entwicklung hin auf das in der Welt niedrigste Niveau. Die schönen Zukunftsbilder aus der Agenda 21 werden damit zur Fata Morgana. Konkrete Beispiele für erfolgreiche Agenda-Arbeit sind Einzelfälle. Sie dürfen nicht dafür blind machen, daß die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung geht. Es drängt sich der Verdacht auf, daß die Agenda 21 ein raffiniert inszeniertes Täuschungsmanöver darstellt, um von den wirklichen Zielen, die von den Politikern verwirklicht werden, abzulenken.

Stimmen zur Agenda

Die Agenda 21 ist endlich ein Gesamtkonzept, wo soziale und ökologische Belange verknüpft werden. Dieses Gesamtkonzept zu verwirklichen ist sinnvoller, als an einzelnen Mißständen zu arbeiten. Was brachte es denn schon, wenn hier mal ein Atomkraftwerk und dort ein Transport oder ein Gefeld verhindert wurde? Die Umweltzerstörung geht doch trotzdem anderswo weiter. Ich finde es sinnvoller, sich für das Gesamtkonzept der nachhaltigen Entwicklung einzusetzen.

Mann, 45-50 Jahre, Berlin

So gehört im Agenda-Prozess der Weg zum Ziel, denn Umdenken ist eine Daueraufgabe. Neu ist auch die dabei aufkommende Ethik, durch die soziale und ökologische Aspekte verknüpft gesehen werden. Das Agendathema ist damit kein einseitiges Lamentieren über ökologische Probleme, sondern beinhaltet eine allgemeine Diskussion über neue Lebensstile.

Achim Thiel in den Umweltnachrichten 75/97 des Umweltinstitutes München e.V.

Positionen zur Agenda 3: Nein!

Agenda-Fieber statt eigener Perspektiven?

Für den neuen Modetrend der "Umweltbewegung" wenden immer mehr Umweltaktive viel Zeit und Kraft auf. Andere Projekte und Aktionen stellen sie zurück, vor allem solche, die Konflikte bringen (können). Lohnt sich das? Wen und vor allem was wollen Umweltgruppen heute erreichen? Ganz normale Menschen mögen bei dem kuriosen Begriff "Agenda" erst einmal an ein neuartiges Waschmittel oder ein Medikament denken. Sie zucken aber meist mit den Schultern, verzichten darauf, nachzufragen oder sich gar für die Inhalte zu begeistern. Vielleicht tun sie gut daran, denn das Engagement der Umweltgruppen für die Agenda ist höchst fragwürdig.

90 Prozent Worthülsen und "Blabla"

Zu verschiedenen Umweltthemen sind in der Agenda 21 Entwicklungsperspektiven aufgeführt. Nur das kürzeste Kapitel der Agenda 21, das 28. von insgesamt 40, widmet sich der Umsetzung vor Ort und wurde zur Aktionsgrundlage für immer mehr Umweltgruppen überall im Land. Doch als "Lokale Agenda" agieren sie zwangsweise ohne konkrete Ziele, weil alles, was uns die Agenda 21 sagen will, nicht etwa kurz und deutlich ausgedrückt ist. Ihre VerfasserInnen haben das meiste von vorne bis hinten auf das Übelste verkläuselt und garantieren auch so (neben dem Umfang des Werkes und dem Namen), daß kaum ein normaler Mensch sich diese Wortverknotereien zu Gemüte führen wird.

Ein Beispiel gefällig?: "(...) Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Organisationen, a) b) im Rahmen des Londoner Pumping-Übereinkommen (...) darauf hinwirken, daß die Bemühungen um die Beendigung der Untersuchungen über einen Ersatz des freiwilligen Moratoriums über die Einbringung schwachradioaktiver Abfälle ins Meer durch ein Verbot unter Berücksichtigung des Vorsorgegrundsatzes beschleunigt werden, damit eine gut infor-

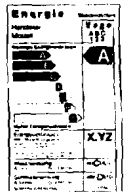
mierte und baldige Entscheidung in dieser Frage getroffen werden kann. (...)"

- Kurze Strecken lege ich mit dem Fahrrad zurück.
- Ich fahre, sooft es geht, mit Bus oder Bahn.
- Ich bilde, sooft es geht, Fahrgemeinschaften.

Nicht vergessen!

Beim Kauf eines neuen Autos/Motorrades lege ich besonderen Wert auf niedrigen Kraftstoffverbrauch.

Beim Kauf eines neuen Elektrogerätes achte ich auf niedrigen Energieverbrauch. Immer mehr Geräte tragen die abgebildeten Kennzeichen, die Ihnen bei der Auswahl behilflich sind.



Ausriß aus dem Falblatt "Meine Agenda 21" von Bundesumweltministerium, Verbraucherinitiative und kommunalen Versorgungsunternehmen: Ein neuer Name für abgegriffene, oberflächliche Umwelttips.

10 Prozent falsche Ziele

Fast scheint es, als ob die Umweltbewegten, die in Sachen Agenda 21 Bündnisse schmieden, diskutieren und Presseinformationen verfassen, selbst das Buch nicht gelesen hätten. Oder würden sie sonst so viel Kraft in ein Werk stecken, das Gentechnik und Atomenergie befürwortet? In je einem eigenen Kapitel wird hier herausgearbeitet, daß in der Gentechnik die Zukunft von Medizin und Weltenergie liegt, während ebenfalls ausführlich von der Notwendigkeit sicherer Atommülltransporte und -lagerung gesprochen wird (ohne daß auch nur ein Halbsatz zum Thema Ausstieg aus der Atomenergie zu finden ist). Atomkraftwerke sollen weltweit auf den modernsten technischen Standard gebracht werden. Und noch ein Kapitel in der Agenda mußte UmweltschützerInnen die Haare zu Berge stehen lassen: Zur Förderung der Privatwirtschaft sollen Beteiligungsrechte in UmweltschützerInnen eingeschränkt werden. Die Industrie soll bei der politischen Beteiligung bevorzugt werden, nirgends sind die Formulierungen so weitgehend wie in diesem Kapitel. Frauen,

Kinder, ArbeitnehmerInnen – ihnen allen ist ein Kapitel mit netten Sprüchen gewidmet, nur bei der Beteiligung der Industrie finden sich konkretere Positionen. Danach sollen Unternehmen zukünftig gleichberechtigt mit PolitikerInnen die Zukunft des Landes bestimmen.

Die sehr weit gehende Formulierung "gleichberechtigte Partner" (...) fällt nur bei der Privatwirtschaft auf. Kapitel 24 spricht von der "aktiven Einbeziehung der Frau". In Kapitel 25 wird gefordert, die Jugendlichen aktiv an Entscheidungsprozessen zu "beteiligen". ... Die indigenen Bevölkerungsgruppen (Kapitel 26) sollen "gefördert und gestärkt werden". Mit den NGOs soll es nach Kapitel 27 "eine möglichst intensive Kommunikation und Zusammenarbeit geben" und die Arbeitnehmer (Kapitel 29) sollen "umfassend ... beteiligt werden". Bei keiner Bevölkerungsgruppe gehen die Formulierungen so weit wie bei der Definition der Einbeziehung der Privatwirtschaft.

Lokale Bürgerbeteiligung nicht gewünscht

Daß in der Agenda ein Aufruf zu einer "Lokalen Agenda" enthalten sei, bei deren Bearbeitung die BürgerInnen gleichberechtigt mitreden sollen, ist schlicht erfunden. Tatsächlich sind die Kommunen nur aufgerufen, mit den BürgerInnen (und der Wirtschaft, das wird gleich mit benannt!) zu reden, um deren Wissen für die eigene Arbeit verfügbar zu machen. Zitat: "Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine "kommunale Agenda 21" beschließen." Von echter Mitbestimmung ist keine Rede.

UmweltschützerInnen werden beschäftigt

Die Agenda 21 enthält viele Seiten mit vielen Kapiteln mit vielen, vielen Worten. Die Agenda-Bündnisse zeichnen sich ebenfalls vor allem durch viele Worte aus. Das merken immer mehr Menschen und Medien, ohne daß die Agenda-Begeisterung bisher merklich abgenommen hätte: "Einen Aufstand muß man machen, und nicht nur von ihm reden. Bisher wurde viel geredet, unglaublich wenig gemacht, obwohl es unzählige Menschen gibt, die sich für nachhaltige Politiken und Projekte einsetzen". (Politische Ökologie 5/96)

Frankfurter Rundschau vom 24.10.95: "Die einst agilen, spontanen und die Massen mobilisierenden Umweltverbände und -initiativen drohen immer mehr zu Bürohengsten zu verkommen. Der Kleinkrieg mit Politik und Administration bindet die Kräfte..."

Alle werden verarscht!

Agenda ist ein Mythos geworden. Dafür wurde gelogen, daß sich die Balken biegen. Die Kritik von 1992 wurde ausgeblendet. Selbst die Nachfolgekongressen von 1995-97 haben keinen Verdacht geschürt, daß die Sache vielleicht grundsätzlich faul ist. Der Mythos ist Ergebnis einer Darstellung der Agenda zunächst von Seiten der Mächtigen, dann der typischen MitläuferInnen (LobbyistInnen, auch die Umweltverbände) und schließlich einer immer breiteren Szene von Menschen und Institutionen, die mit dem Begriff Agenda inzwischen gutes Geld ma-

chen: Verlage, ModeratorInnen, Bildungseinrichtungen.

Der Blick in die Hefte, die die Agenda vorstellen, ist offenbar überall vernebelt. Sonst müßte auffallen, daß fast ausnahmslos bei der Vorstellung der Inhalte nicht nur Dinge gesagt werden, die so nicht in der Agenda stehen (z.B. die Beteiligungsrechte von BürgerInnen), sondern vor allem auch die kritischen Texte einfach weggelassen werden. In der Agenda wird der Ausbau der Atom- und der Gentechnologie in zwei umfangreichen Kapiteln gefordert. In den Broschüren und Ausstellungen, die vorgeben, die Inhalte der Agenda zu beschreiben, fehlen diese Kapitel immer.

Fazit: Selber Maßstäbe setzen!

Im Zuge der Agenda-Aktivitäten vor Ort werden BürgerInnen eingeladen und häufig kommen etliche Menschen zusammen. Das ist neu, UmweltschützerInnen haben sich lange gar nicht um BürgerInnen-Beteiligung geschert. Sie haben in diesem Bereich sicher "Hausaufgaben" zu machen. Das Ziel einer breit getragenen Gesellschaftsveränderung und echten Umweltschutzes ist sicher nur mit BürgerInnen-Rechten zu erreichen. Das ist aber kein Argument für die Agenda, denn mehr Rechte für die Menschen will sie gar nicht. Allein Anhörungen und runde Diskussions-Tische sind im Rio-Papier aufgeführt. Dann machen die PolitikerInnen den Rest – oder auch nicht. BürgerInnenentscheide z.B. sind Elemente einer echten Mitbestimmung. Es gibt da gute Vorschläge und aktive Gruppen – die Agenda ist auch hierfür nicht nötig.

Bündnisarbeit ist eine gute Sache und wichtig, um Zielen näher zu kommen. Aber immer muß dann die Frage geklärt sein, ob ein Bündnis mit jedem diesem Ziel noch dienlich sein kann. Jede Umweltgruppe, die sich von Merkel für einen Arbeitskreis gewinnen läßt, der nichts erreichen soll, muß sich fragen, ob das wirklich der Weg sein kann. Jede Umweltgruppe, die die Agenda 21 hochhält, muß daran denken, daß sie damit klare Positionen gegen Gentechnik und Atomenergie verrät. Es stehen auch vernünftige Sachen in dem Rio-Papier. Aber das sind Forderungen, auf die die Umweltbewegung vorher schon gekommen ist, die sie auch vertrat, ohne dabei ein Gesamtwerk salonfähig zu machen, das ganz vielen Forderungen der Umweltbewegung total zuwider läuft.

Jeder Teil der Ökologiebewegung könnte jetzt anfangen und endlich die heilige Kuh schlachten: Wo bleiben neue Maßstäbe und wer fordert lautstark Umweltschutz ohne doppelte Moral? Es ist möglich, für eigene Ideen und Konzepte BündnispartnerInnen zu finden und gemeinsam was zu erreichen, ohne daß der Rest der Menschheit abschaltet und samt seiner Umwelt dem Dialog mit der Wirtschaft geopfert wird!



... aber immer nur ja langweilig. Die Agenda 21 bietet mindestens ebensoviel anregenden Gesprächsstoff. Let's talk about ...

Abbildung: Auch der hessischen Landesregierung ist die Agenda 21 lieb und teuer: Ein Pappbilderbuch mit 26 bunten Postkarten informiert dürftig, Unterhaltung und Farbigkeit stehen im Vordergrund.

Gekürzte Fassung eines Textes von

Jörg Bergstedt,
Institut für Ökologie
(Gießen/Marburg)

Stimmen zur Agenda

Die Agenda verbindet soziale mit ökologische Themen. Außerdem ist sie eine Chance für die bessere Finanzierung der eigenen Projekte. In den letzten Schlägen gab es einen echten Kohlschlag in der Kreuzberger Projektzone, viele Projekte waren und sind die Finanznöten gefährdet. Die Agenda bringt uns wieder mehr Zuschüsse.

Jüngerer Agendaaktivist aus Berlin-Kreuzberg

Nachhaltigkeit - eine Kritik

Sustainable Development, im deutschen Sprachgebrauch heute in der Regel mit "Nachhaltige Entwicklung" übersetzt, ist im Laufe der letzten zehn Jahre zum zentralen Leitbild internationaler Umwelt- sowie Entwicklungspolitik aufgestiegen. Diese Leitbildfunktion verdankt Sustainability vor allem der Verschränkung entwicklungstheoretischer Ansätze und globalökologischer Problemlagen, der Vereinigung von Ökonomie und Ökologie – nicht zuletzt aber auch ihrem Charakter, weniger als fest umrissenes Konzept vorzuliegen, sondern vielmehr als relativ unbestimmter Orientierungsrahmen.

Der Sustainability-Diskurs erlaubt es somit einer enormen Bandbreite politischer Akteure, ihre jeweiligen Ansätze unter dem Label "Nachhaltigkeit" zu präsentieren, seien es nun internationale Institutionen wie die Weltbank, seien es transnationale Konzerne wie Hoechst, seien es große Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) oder seien es gar lokale Basisgruppen aus dem umwelt- bzw. entwicklungspolitischen Spektrum.

Auf Basis der erstmaligen Definition von Sustainable Development im Brundtland-Bericht 1987 ("Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.")¹ ist es all diesen Akteuren möglich, sich positiv auf "Nachhaltigkeit" zu beziehen, auch wenn sie (bisweilen bzw. zunächst) etwas völlig gegensätzliches anstreben.

Haben alle gleiche Ziele?

Zwar ist der Nachhaltigkeits-Diskurs in der Phantasie der NGOs dadurch gekennzeichnet, daß die "alten" Forderungen der Neuen Sozialen Bewegungen in "neuer" Form mit Regierungen und Konzernen umgesetzt werden können, die Realität aber sieht anders aus. Schaut man sich die wesentlichen Inhalte des Diskurses einmal genauer an, so läßt sich leicht feststellen, daß die Postulierung vermeintlicher Gemeinsamkeiten im wesentlichen dazu dient, die Programme der NGOs zu entradikalisieren. Von einer quasi subversiven Strategie, die den Mächtigen in einer nicht-konfrontativen Form die "wirklichen" Inhalte von Nachhaltigkeit unterzubeln vermag, ist weit und breit nichts zu sehen.

So unterschiedlich die bislang publizierten Modelle nachhaltiger Entwicklung im Detail auch sein mögen, vor allem in der Rezeption des Brundtland-Berichts sowie im Vergleich der breiter diskutierten Studien lassen sich bezüglich der Elemente von Sustainable Development beträchtliche Übereinstimmungen finden. Dabei handelt es sich um die Problematisierung globaler Umweltzerstörung, die Notwendigkeit weltweiten Wirtschaftswachstums, die Ökologisierung der Ökonomie, die Begrenzung der Weltbevölkerung, den Transfer umweltfreundlicher Technologien, den Ausbau internationaler/bilateraler Organisationen sowie die Forderung nach zunehmenden politischen Partizipationsmöglichkeiten "ziviler" Akteure.²

In diesem Prozeß dominieren, trotz der vorgeblichen Einheit von "Umwelt und Entwicklung", die ökologischen Aspekte. Umweltpolitische Fragestellungen stehen heute sowohl in der politischen Praxis der entsprechenden UN-Konferenzen als auch in der wissenschaftlichen Diskussion um Sustainability im Vordergrund. Im

deutschsprachigen Mainstream-Diskurs, also beispielsweise im Sprachgebrauch der umwelt- sowie der entwicklungspolitischen NGOs oder der medialen Öffentlichkeit wird "Nachhaltige Entwicklung" begrifflich zumeist auf "Nachhaltigkeit" verkürzt. Auch die immer gleiche Reihenfolge der Themenfelder in der zweiten Umschreibung des Problemkomplexes, nämlich "Umwelt und Entwicklung", zeigt deutlich an, wo die Prioritäten heute in der Regel gesetzt werden. Sozialpolitische Fragestellungen etwa nehmen, wenn überhaupt, innerhalb von Sustainability-Konzepten nur einen marginalen Raum ein. Entwicklungspolitik spielt gegenüber (globaler) Umweltpolitik, trotz aller Lippenbekenntnisse lediglich eine nachgeordnete Rolle- und damit auch das Leitbild globaler Solidarität und ökonomischer Gerechtigkeit.³

Die Zurückdrängung dieses Aspekts hat innerhalb des deutschen Diskurses nicht zuletzt auch zur Marginalisierung einer herrschaftskritischen Sichtweise geführt. Innerhalb der internationalistischen und der Soli-Bewegung lagen in der Regel komplexere Gesellschaftsanalysen vor, als in der isoliert auf Naturerhalt ausgerichteten Umweltbewegung. In einem auf der NGO-Seite von der Umweltbewegung dominierten Diskurs spielten etwa kapitalismus- oder gar patriarchatskritische Positionen kaum noch eine Rolle. Dies zeigt sich charakteristisch bei der vom Wuppertal-Institut (WI) produzierten, von BUND und MISEREOR herausgegebenen Studie "Zukunftsfähiges Deutschland".⁴

Vom Kapitalismus wird geschwiegen

In der Studie ist "Kapitalismus" ein absolutes Tabuwort. Kritisiert wird lediglich "unser" Wirtschaftssystem, an dem "wir alle" gleichermaßen beteiligt zu sein scheinen. Dieser Ansatz erlaubt es der Studie, sämtlichen Ressourcenverbrauch "menschlichen Bedarfsländern" zuzuordnen, weil "Wirtschaft" in der Sicht des WI nur dazu dient, quasi gemeinnützig "unseren" Bedarf zu erfüllen. Dies führt in der Logik der Studie dazu, daß die Interessen von Politik und Wirtschaft aus dem Blickfeld geraten, etwa wenn Deutschlands Export von Rüstungsgütern den "KonsumentInnen" im Trikont zugeschlagen und damit "unsere" Umweltbilanz verbessert wird.

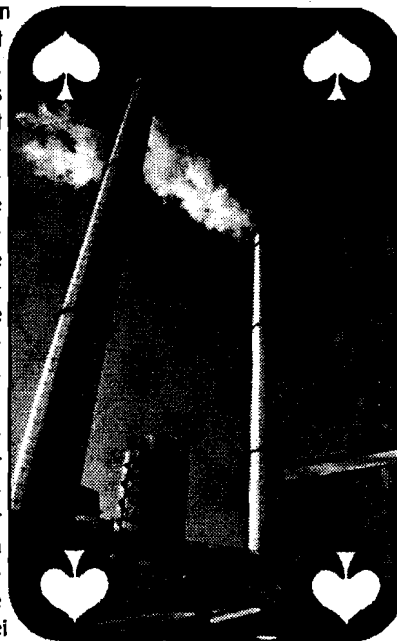
Frauen an den Öko-Herd

Das ökonomische Ziel des WI besteht darin, einen formellen Bereich zu schaffen, der einen weltmarktfähigen "Hochlohnsektor" mit einem "Niedriglohnsektor" verkoppelt, der soziale und ökologische Arbeit umfaßt und zudem um den informellen Bereich von Eigenarbeit und familiärer Reproduktion ergänzt wird. Dies muß vor allem aus patriarchatskritischer Sicht angegriffen werden, da mit

Stimmen zur Agenda

Offenbar kennst Du eine andere Agenda 21 als ich. In dem Text, den unser Kandidatbunzler (in einer schwachen Minute vermutlich) 1992 in Rio unterzeichnet hat, steht kein Wort von Gentechnik und Atom drin. Wohl aber in dem Text, den das BMU unter der Federführung von Frau Merkel dazu verzapft hat. Daß das Scheitern ist, ist klar.

Andreas aus Weimar





diesem Modell die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung weiter verfestigt würde. Das "männliche" Leitbild läge fortan in der Entwicklung umwelttechnischer Innovationen, das "weibliche" Leitbild im häuslichen Sparen. Also: "Effizienzrevolution" für die Männer, "Suffizienzrevolution" für die Frauen. Die Vorstellung der MacherInnen des WI, alle Personen würden im Laufe ihres Lebens in allen Bereichen und Sektoren tätig sein, kann man bestenfalls als naiv bezeichnen.

Allen Gerechtigkeitspostulaten zum Trotz, strebt das WI keine gerechte Weltwirtschaftsordnung an. Explizit sahen sie noch in der Vorabfassung der Studie ein "Ökologieführerschaft" für die Staaten des Nordens vor, in der Endfassung soll diesen der Schritt zur nachhaltigen Wirtschaftsweise aber immer noch damit schmackhaft gemacht werden, daß sie ihre beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt behaupten könnten. Desweiteren soll ein

Schuldenerlaß nur unter Auflagen erfolgen, bisweilen klingt auch an, daß die Trikontstaaten in weiten Teilen selbst an ihrer Misere schuld sind. Daß die Schulden illegitim sind, weil von den Banken des Nordens bereits abgeschrieben und die Eliten im Trikont zumeist von denen des Nordens gestützt bis eingesetzt werden, davon findet sich in der Studie kein Wort.

Den inhaltlichen Ansatz der Studie bringen die AutorInnen der BUKO-Stellungnahme konsequent mit dem Anliegen der Auftraggeber in Verbindung: "Die vom WI initiierte 'Zukunftsdebatte' ist ein ideologisches Scheingefecht, das nichts zur Lösung gegenwärtiger öko-sozialer Probleme beiträgt. Ziel der Studie ist vielmehr die Politikberatung der auftraggebenden Nicht-Regierungs-Organisationen BUND und Misereor, die beim WI Orientierungen für ihre Lobbypolitik nachgefragt und vertragsgemäß erhalten haben. Solche Organisationen [...] wollen politikfähig sein. Im Klartext heißt dies, daß sie nur solche Forderungen an die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger herantragen, die deren Macht- und Herrschaftsinteressen, bzw. ihr Profitstreben nicht in Frage stellen."⁵

Autor:

Oliver Geden, Berlin

- (1) Volker Hauff (Hg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Grevin 1987: S. 46
- (2) Vgl. Helga Eblinghaus/Armin Sticker: Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development. Frankfurt/M 1996: S. 69ff
- (3) Vgl. Eblinghaus/Sticker: S. 54ff
- (4) Die noch wie vor beste Kritik zur Studie findet sich in der BUKO-Stellungnahme "Zukunftsfähiges Deutschland" - ein Technokratenmärchen, die seit 1995 vielerorts abgedruckt wurde (zuletzt in: Schwerfisch (Hg.) Zeitgeist mit Gräten. Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie. Bremen 1997: S. 30-42) und auf die ich mich hier auch in wesentlichen Teilen beziehe.
- (5) BUKO-Stellungnahme: S. 33



Beispiel

Vorbildlich im ländlichen Raum?

Agenda in Dörverden

Der Kinderchor singt von Zukunft und Fröhlichkeit, eine gebastete Erdkugel dreht sich im Eingangsbereich - zu schön, um nach Umsetzung und ernsthafter Strategie zu klingen. Knapp 40 Menschen haben sich eingefunden im Schulzentrum Dörverden, um dem Auftakt der Agenda 21 im ländlichen Raum beizuwohnen.

Schon vor ein paar Jahren hatten in der Samtgemeinde Dörverden zwischen Bremen und Nienburg Menschen zusammengesessen und einige Ideen für ihren Lebensort ausgeheckt. Der Bahnhof, der täglich Züge ohne Halt an sich vorüberauschen sieht, soll wiedereröffnet werden, ein See, in dem zur Sommerzeit die Menschen zwischen Campingplätzen seit Jahren halb legal baden gehen, soll öffentlich zugänglich gemacht und erschlossen werden. Ein Jugendzentrum ist bereits verwirklicht, ein Logo für die Gemeinde im Dreieck zwischen Weser und Aller entworfen.

Schon 1995 begleitete das Büro Mensch & Region aus Hannover die Entwicklung in Dörverden, damals wurde Militär aus der Region abgezogen und ein Atomwaffenlager auf Gemeindegebiet aufgelöst. Dasselbe Büro profitiert jetzt von einer dicken Förderung: Was in Dörverden passiert, geschieht ab sofort unter dem Namen "Agenda 21". Weil die Gemeinde auch in der Vergangenheit nicht schlief, darf sie jetzt Modell für die nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum sein. Über 600 000 DM stehen für das, was nun kommen soll, im Finanzplan, das meiste kommt direkt von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. In den letzten Wochen hatten die Veranstalter regelmäßig Anzeigen in den Zeitungen geschaltet, eine Hauswurfsendung und Plakate in vielen Geschäften ergänzten die kostspielige Werbung.

Teuer ist nicht gleich gut
Die Moderatorin aus dem Büro begrüßt die Anwesenden. Im Saal befinden sich nur wenige BürgerInnen, die meisten verließen mit ihren Sprößlingen nach deren Gesangsauftritt das Haus. MandatsträgerInnen füllen die Sitzreihen, ein paar Menschen, die so wieso schon engagiert sind und bereits für ihre Gemeinde erste Maßnahmen mit angestrengt haben, kommen dazu.

Das Einführungsreferat ist kurz. Die Agenda 21 wird kurz vorgestellt, Zeit für Fragen und eine Diskussion anschließend war zwar angekündigt, wird aber dann nicht gewährt. Die Aussage des Infoblockes ist eindeutig: Die Agenda ist ein Riesenglücksfall und einfach gut, für Dörverden ist sie schlicht und einfach Geldquelle, für das Büro in Hannover sicherer Finanzier für die nächsten zwei Jahre. Mit 432000 DM fördert die größte Umweltstiftung der Republik (die Bundesregierung gründete die Stiftung mit den Milliarden aus dem Verkauf der Salzgitterwerke) die Agenda 21 in diesem Ort. Die übrigen 30 Prozent teilen sich Gemeinde, Landkreis und die Expo-Stadt Hannover. Im Einführungsreferat betont Birgit Böhm, daß das Geld nicht für Projekte, sondern für die Beratung zur Verfügung steht.

Dann sind die Anwesenden um Mithilfe gebeten: Was kann und soll sich in Dörverden ändern? Wo könnten Initiativen ansetzen? Innerhalb kurzer Zeit werden viele Moderationskarten vollgeschrieben. Zur Überbrückung der Wartezeit stellen

der engagierte Gemeinde-Umweltberater und ein Mitarbeiter des Büros Mensch & Region zwei Beispiel-Projekte vor: Die Erschließung des Badesees bei Stedeborgen und die Wiedereröffnung des Bahnhofes Dörverden. Beide haben gemeinsam, daß hier Behörden handeln und handelten. Ansatzpunkte für BürgerInnenengagement gibt es nicht (außer das des Grundstückbesitzers am See, der irgendwann einer Nutzung seiner Parzelle zustimmte).

BürgerInnen nicht mit eingeplant
Schließlich präsentieren die Profi-ModeratorInnen drei Pinnwände voller Ideen-Karten, bereits nach Rubriken sortiert. Das liest sich gut: Zu den Themen Verkehr, Frauen, Integration von AusländerInnen, Rad-Tourismus, Kultur, Treffpunkte, Gewässer, Energienutzung und Erholung sind etliche Vorschläge zusammengekommen. Eine gewisse Spannung liegt im Raum, jetzt könnte es losgehen.

Tut es aber nicht: Jetzt ist es zuende. Die Moderatorin verabschiedet die Gäste und bedankt sich für die Aufmerksamkeit. Am Ausgang liegen Listen, auf die sich BürgerInnen eintragen können, die zu Arbeitskreisen zu den Themen auf den Pinnwänden eingeladen werden möchten. Fünf, sechs Namen stehen am Schluß auf über einem Dutzend Listen. Die MandatsträgerInnen verweigern sich hier nicht. Von den wenigen BürgerInnen sind auch nur ein paar auf den Papieren zu entdecken - dafür dann gleich drei bis fünfmal...

Stimmen zur Agenda

Es ist arrogant und typisch für alte Linke, daß die Ergebnisse von internationalen Konferenzen nicht anerkannt werden. Wer die Agenda kritisiert und an den uraffen Forderungen festhält, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Es ist wichtig, über den Tellerrand zu schauen. Für viele Länder ist die Konsultation der Bevölkerung ein riesiger Fortschritt.

Ehemalige Radikalfeministin aus Berlin

Autorin:

Jutta Sundermann, Verden

Umweltprotest einkaufen?

Autor

Tilman Heller, Berlin

Für viele Umweltinitiativen ist die Agenda 21 eine neue Geldquelle. Kommunen und Länder fördern lokale Agendaprozesse auf ganz verschiedene Art. Arbeitslose UmweltaktivistInnen bekommen Stellen, Initiativgruppen erhalten Geld für ihre Arbeit. Dieser Beitrag ist nicht als Serviceleistung für arme Umweltgruppen geschrieben worden, vielmehr sollen einige Fördermöglichkeiten und ihre Zielsetzung exemplarisch dargestellt werden. "Ich säge doch nicht an dem Ast auf dem ich sitze" entgegnete eine Agenda-Koordinatorin auf die Frage, ob sie etwas kritisches zur Agenda 21 und der Verwirklichung in ihrer Kommune sagen könnte. Treffender ist es kaum auszudrücken, wohin die staatliche Förderung der Agendaarbeit führen kann.

Termine

8.5. - 10.5.1998 in Oldenburg
Mythos Agenda 21 – Was ist dran an der Nachhaltigkeit?
 Die in der Agenda 21 angestrebte nachhaltige Entwicklung ist ein Ziel, welches auf geradezu wundersame Weise Institutionen wie die Weltbank und politische Basisgruppen vereint. In diesem Seminar wollen wir den "Alleskleber" Agenda 21 näher beleuchten (30-40 DM).
 Infos: PATCHWORK
 Kaiserstraße 24
 26122 Oldenburg
 Tel.: 0441/1711
 Fax: 0441/2489661
 email: patchwork@oln.comlinkapc.org

Literatur

Umweltbundesamt
Nachhaltiges Deutschland
 (1997, E. Schmidt Verlag in Berlin, 355 S.)
 Das Buch steht im Schatten der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland". Dabei ist es wenigstens ehrlicher, denn es werden drei Szenarien beschrieben und diese auch erklärt. So wird erkennbar, welche Grenzen sie haben. Allerdings geht selbst das weitestgehende Szenario nicht auf gesellschaftliche Strukturen ein. Das vorliegende Buch ist damit das informativste innerhalb der "mainstream"-Debatte zur Nachhaltigkeit.

Schwerfisch
Zeitgeist mit Gräten
 (1997, VeltPress in Bremen, 229 S.)

Sammlung von Aufsätzen zur Nachhaltigkeitsdiskussion. Das umfassendste, kritische Buch zum Thema Nachhaltigkeit. Die Kapitel sind unabhängig voneinander, zum Teil werden Dokumente zusammengefügt. Jedes für sich ist wertvoll zu schade, daß die (auch sonst wenig öffentlichkeitsorientierten) AutorInnen einen Titel gewährt haben, der ihr Buch (fast) unverkäuflich macht.

"Kooperation statt Konfrontation" zwischen UmweltschützerInnen und Industrie ist das Motto einer Strategie; die spätestens seit dem Deutschen Umweltag 1991 in Frankfurt als gescheitert angesehen werden kann. Die Agenda 21 hat dieses Prinzip wieder auf die Tagesordnung gesetzt, das gefällt natürlich auch den Regierungen. Egal ob schwarz-gelb oder rot-grün, die Agendaarbeit wird trotz leerer Haushaltskassen fast überall gefördert.

"Diese Anschubfinanzierung soll die Agenda-Prozesse ins Rollen bringen" hofft die hessische Umweltministerin Nimsch bei der Vorstellung ihres Sechs-Millionen-Programmes für 1998 und 1999.

Das Ministerium für Umwelt- und Verkehr Baden-Württemberg stellt jährlich ca. 600.000 DM zur Verfügung. Die Mittel werden für Modellprojekte mit Kommunen, für das Erarbeiten von Leitfäden, für Workshops, Schulungen und Erstberatung eingesetzt. Gefördert wird in Bayern eine Umweltbestandsaufnahme, die anhand eines bestimmten Handbuches vorgenommen werden muß. Förderfähige Ausgaben in fast allen Ländern sind Fortbildungsveranstaltungen der am Prozeß beteiligten sowie Management und Moderation des Prozesses der Aufstellung einer Kommunalen Agenda 21.

Auffällig ist, daß der Einsatz für die Umsetzung von vorgeschlagenen Maßnahmen kaum zu den förderungsfähigen Maßnahmen gehört. Die Regierungen geraten in den Verdacht, mit den Förderungen UmweltschützerInnen hauptsächlich in den Diskutierunden beschäftigen zu wollen. Damit diese sich keine Aktionen gegen konkrete Fehlplanungen von Staat und Wirtschaft ausdenken, werden die kritischen BürgerInnen mit Hilfe der Fördermittel in die Diskussionsrunden hineingezogen. In Berlin wurden zu diesem Zweck 25 ABM-ähnliche Stellen für arbeitslose AkademikerInnen geschaffen. Aufgaben sind neben der Initiierung fehlender Aktivitäten und Bündelung von Initiativen auch die "Integration von Aktivitäten, die bisher keinen Bezug zur lokalen Agenda hatten".

Agenda als Rationalisierungsinstrument

Oft richtet das Umweltministerium eines Landes oder eine vergleichbare Behörde ein Büro für die Koordinierung von Agendainitiativen ein. In Bayern ist dies die "Agenda 21-Zentrale", auch "KommA21 Bayern" genannt. Das Land Schleswig-Holstein hat ein "Agenda 21-Büro" unter dem Dach der staatlichen Akademie für Natur und Umwelt geschaffen. In Hessen hat man die Agenda 21 wohl komplett gelesen und die Forderung des Kapitels 30 "Die Privatwirtschaft (...)" und die sie vertretenden Verbände sollen gleichberechtigte Partner bei der Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Agenda 21 sein." verwirklicht. "Die Beratung und Abwicklung wird über das RKW (Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft e.V.) in Eschborn erfolgen", so eine Pressemitteilung des hessischen Umweltministeriums.

Das Kalkül der Rationalisierer könnte aufgehen: Wenn alle UmweltschützerInnen in Agenda-21-Prozessen gebunden sind, werden die größten Umweltverschmutzer in der Deutschen Wirtschaft diejenigen MitarbeiterInnen aus den Pressstellen entlassen können, die bisher auf Angriffe aus der Umweltbewegung reagieren sollen. Die bayrischen Förderungsbedingungen schieben zu viel Bürgerengagement einen Riegel vor: Mindestanforderung für die finanzielle Unterstützung ist, daß die Gesamtverantwortung für den Agenda-Prozeß bei der Kommune liegt.

Umweltprojekte und -initiativen sollten sich gut überlegen, ob es sich lohnt, für das Geld aus den Agendatöpfen das UN-Dokument zu ihrer Arbeitsgrundlage zu machen. Geld und Arbeitsplätze führen schnell zu einer Abhängigkeit vom Staat, der sonst meistens Gegner in der Auseinandersetzung ist.



Chronologie des Agenda-Dialogs in Niedersachsen "So wird's gemacht!"

Die niedersächsische SPD-Landesregierung beginnt am 5. Dezember 1996 mit dem "Runden Tisch Agenda 21 in Niedersachsen". Interessant ist in diesem Zusammenhang die offizielle Initialzündung für den Beginn, nämlich die Präsentation der BUND- und Misereor-Studie zur gezielteren Lobbyarbeit "Zukunftsfähiges Deutschland" Anfang des Jahres in Hannover. Umweltministerin Monika Griefahn, ehemalige Greenpeace-Aktivistin und -Funktionärin, zeigt sich begeistert und mahnt die Erstellung einer Agenda 21 von der Verwaltung unter Einbeziehung der gesellschaftlich wichtigen Gruppen an.

Natürlich fängt alles schon viel früher an: Vom 6. Januar 1994 datiert ein sehr frühes Dokument der Agenda-Aktivitäten des Umweltministeriums (MU), mit dem Titel "Lösungen der Agenda 21 – Rio, 1992". Es stammt aus der Feder eines Herrn Meyer aus dem Referat 105 – EXPO, der hier eben die einschlägigen Lösungen der Agenda 21 herausgearbeitet hat. Eigentlich nicht nötig zu erwähnen, daß die konkrete Arbeit an diesem Papier am Runden Tisch zur Agenda 21

in Niedersachsen (nachfolgend mit RT abgekürzt) ausblieb. Denn die plakative Forderung an die Länder, sie "(...) müssen Wege finden, ihre Wirtschaft anzukurbeln (...)" oder an die Industrie "(...), daß der Umgang mit giftigen Chemikalien in allen Ländern standardisiert wird" hätte so viele AnhängerInnen nicht gefunden – sondern eher zu einem Schmunzeln veranlaßt. Dennoch finden sich auch Definitionen, die sich später nirgends mehr aufspüren lassen: Zum Bei-

spiel die Informationspflicht des Staates und der Länder gegenüber den BürgerInnen und der Informationspflicht zur Entscheidungsfindung über Zustand und Entwicklung der Bevölkerung, der Verstärkung der Armut, Gesundheit und Nutzungsrechte der Ressourcen sowie der Beziehungen von Gruppen in Bezug auf Umweltprobleme und einiges mehr.

Schnell gewinnt die Agenda 21 in der Verwaltung an Bedeutung. Ein interministeri-

rieller Arbeitskreis (IMA) wird einberufen, der am 16.04.1996 seine 1. Sitzung abhält. Ein Protokoll liegt uns leider nicht vor. Zugleich beginnen Gespräche des MU mit den "wichtigen Gruppen", also Umweltschülern, Gewerkschaft u.a. Auch hier gibt es keine Protokolle oder Gesprächsnotizen, die uns vorgelegt werden können, geschweige denn eine nachvollziehbare Auswahl oder Bestimmung der "wichtigen" Gruppen. Die Bedeutung der Vorgespräche sowie des IMA selbst bleibt vorerst unklar.

Am 28. Mai 1996 tagt die IMA ein zweites Mal. Wir haben mehr Glück. Das Protokoll beschreibt präzise die Gestaltung, den Ablauf, die Akteure und geplanten Vorhaben zur Erstellung einer Agenda 21. Die Rolle der wichtigen Gruppen ist minutiös beschrieben, Handlungsspielraum ist nicht erkennbar. Die IMA weiß eben schon im voraus, was der RT als Ergebnis im Dialogprozeß und mit Hilfe des Konsensverfahrens beschließen wird (sind Dialoge nicht immer ergebnisoffen?). Es ist besonders beachtenswert, daß die TeilnehmerInnen des RT, scheinbar selbstbestimmt, ein Jahr später genauso handeln, wie es in diesem Protokoll beschrieben ist. Prädikat: besonders lesenswert!

Da laut Rio-Agenda die Unterzeichnerstaaten bis Mitte 1996 die Lokalen Agenda-Prozesse auf den Weg gebracht haben sollen, dies aber bei weitem nicht der Fall ist, kommt es zu folgender Reaktion. Am 12./13. Juni 1996 findet die bundesweite Umweltministerkonferenz statt, die dementsprechend durch Beschluß

Bund und Länder auffordert, über ihre Aktivitäten zur Umsetzung der Agenda 21 bzw. die Erarbeitung eigener Agenden zu berichten. Dies wirft einen anderen Blick auf die Agenda-Aktivitäten des Landes Niedersachsen, der sich allerdings mit Imageverlusten im eigenen Land (Castor und Gipsabbau) sowie mit den bevorstehenden Wahlkampftätigkeiten in Niedersachsen (Land- und Bundestagswahl '98) vermischt.

Das nächste wichtige Datum ist der 25. Juni 1996, an dem die Vorbereitungen zum RT offiziell stattfinden. Die VertreterInnen der wichtigen Gruppen begrüßen an diesem Tag den von der Landesregierung initiierten Dialogprozeß und sagen ihre Teilnahme zu. Schon hier kristallisiert sich anhand einer vorgelegten Grafik heraus, welche Rolle die sogenannten gesellschaftlich wichtigen Gruppen spielen. Die Agenda 21 wird von der Verwaltung unter Federführung des MU verfaßt, die wichtigen Gruppen erarbeiten derweil ein Positionspapier - zu was eigentlich, wenn sie die Agenda erst zu Gesicht bekommen, als diese schon verabschiedet ist?

Bereits am 26. März 1996 ist das niedersächsische Kabinett davon unterrichtet worden, daß das MU den Umsetzungsprozeß Agenda 21 einzuleiten gedenkt. Abermals wird der Ablauf des Dialogprozesses festgeschrieben. In der Kabinettsvorlage vom 26. September 1996 "Umsetzung der Agenda 21 in Niedersachsen" ist zu lesen: "Das Programm der Landesregierung wird bedeutsame Aktivitäten des Landes beschreiben. Außerdem wird festgestellt, daß das Land bereits viele Vorhaben realisiert hat bzw. an vielen Projekten gearbeitet hat, die weitgehend den Anforderungen der Agenda 21 entsprechen." Und dann folgt der Satz: "Der Bedeutung des Rio-Prozesses entsprechend sollen einmalig die Aktivitäten und

Planungen des Landes gemeinsam beschrieben werden. Es ist nicht beabsichtigt, das Programm als dauerhaftes Instrument zu installieren." In der Rückschau ist zu fragen, was der Runde Tisch eigentlich noch soll! Staffage für die unverpflichtende Selbstbeurkundung der Landesregierung mit Hinblick auf die Landtagswahl '98? Die Agenda-Tauglichkeit von solcherart Vorhaben ist zweifelhaft!

Von den nun folgenden Sitzungsterminen des "Runden Tisches Agenda 21 in Niedersachsen" ist der zweite besonders hervorzuheben, denn hier dämmert es den wichtigen Gruppen zum ersten Mal, daß da etwas nicht stimmt mit der gleichberechtigten Teilhabe (1. Runder Tisch: 26.02.1997). Auf dieser Sitzung am 12.06.1997 wird in einer kurzen und heftigen Diskussion eingefordert, daß die Verwaltung im Schluß mit den wichtigen Gruppen eine Agenda 21 verfaßt. Die Erstellung eines Positionspapieres lehnen die Gruppen ab. Da den TeilnehmerInnen der Zeitraum von einigen Monaten zur Erstellung einer Agenda bei weitem nicht ausreichend erscheint, wird die Erstellung eines Zwischenberichts festgelegt, der dann von der eigentlichen Agenda 21 frühestens in '98 abgelöst werden soll. In dem Protokoll dieser Sitzung steht aber: "Den Berichterstattungen folgt eine ausführliche und lebhaftige Diskussion über die Dauer des Dialogprozesses, (...). Das Positionspapier wird künftig als Zwischenbericht bezeichnet. Damit wird die Absicht des Runden Tisches bekundet, den Dialog auch in 1998 fortzusetzen."

Es folgen weitere mühsame Sitzungen der mittlerweile eingerichteten Arbeitskreise "Wohnen, Siedlungswesen, Verkehr", "Produkte, Produktion, Konsum, Lebensstile", "Globalisierung und globale Verantwortung", "Bildung und Medien". Zum Thema Klima wird auf eine bereits bestehende Arbeitsgruppe zurückgegriffen, die nun ihre Aktivitäten unter dem Agenda-Banner zusammenfaßt.

Mit sieben Unterarbeitskreisen und einem über 300seitigen Abschlußbericht vom November 1997 ist der RT überfordert, die Arbeit nachvollziehen zu können, gibt trotzdem in einer kurzen Abstimmung das O.K. Der RT selbst tagt noch zu folgenden Terminen: 3. Runder Tisch: 01.09.1997, 4. Runder Tisch 5.11.1997 und 5. Runder Tisch am 27.11.1997. Während der ganzen Zeit wird die Agenda 21 kein einziges Mal zitiert oder ihrer Logik entsprechend bearbeitet. Immerhin gibt es Bemühungen, eine eigene Definition von "Nachhaltigkeit" vorzulegen, die dann allerdings dem Wortlaut des Zwischenberichts der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, 13. Wahlperiode "Schutz des Menschen und der Umwelt", entnommen ist. Der einzige Neuentwurf wird vom Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen, JANUN, vorgelegt und lediglich zur Kenntnis genommen, da die Frist für eine Weiterbearbeitung der Definition bereits abgelaufen ist.

In der Zwischenzeit tut sich auch im Landesparlament einiges zur Agenda 21, das allerdings mit den Aktivitäten des RT in seiner Offenheit der Auseinandersetzung (leider) nicht korrespondiert. In der Drucksache 13/2154 "Umsetzung der Agenda 21 in Niedersachsen" läßt sich aus dem Änderungsantrag Oktober '97 ablesen, wie Formulierungen entstehen, Absichten um-

gemünzt und "Nachhaltigkeit" weiter verwässert wird. Kleine Kostprobe: Der folgende Absatz entfällt aus dem Antrag: "Die niedersächsischen Kommunen werden gebeten, in einen Dialog mit den Bürgern, örtlichen Organisationen und Privatwirtschaft einzutreten und eine kommunale Agenda 21 aufzustellen und zu beschließen, Programme durchzuführen und zu überwachen, deren Ziel die Beteiligung von Frauen und Jugendlichen an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen ist;". Stattdessen wird laut Änderungsantrag eingefügt: "Der Landtag begrüßt die vorbildlichen Aktivitäten zur Umsetzung der Agenda 21 in vielen niedersächsischen Kommunen. Er fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Kommunen und ihren Verbänden unter finanzieller Beteiligung des Landes Möglichkeiten der Koordinierung zu finden und entsprechende Angebote zu schaffen. Die bereits gewonnenen Erfahrungen bei der Umsetzung der Agenda 21 (Haben wir da was verpaßt? Anm. d. Verf.) sollen so allen Kommunen zugänglich gemacht werden." Und selbst diese Formulierung findet keinen Konsens, die SPD erhebt Einspruch!

Es kommt wie es kommen mußte: Das Kabinett verabschiedet im Alleingang ein Landesprogramm "Agenda 21 in Niedersachsen", Bündnis 90/Die Grünen verlangen die sofortige Zurücknahme dieser "Karikatur eines Programms für eine nachhaltige Entwicklung" - umsonst. Auch dem RT wird auf seiner vierten Sitzung am 5. November das Landesprogramm unangekündigt vorgelegt. Die Reaktionen bleiben vorerst aus. Die einzige offizielle Stellungnahme kommt abermals vom Jugendumweltnetzwerk, das sowohl den Inhalt als auch die Vorgehensweise scharf kritisiert.

Am 15. Dezember '97 wird dann in einer großen Veranstaltung mit 500 geladenen und 300 erscheinenden Gästen der Zwischenbericht des RT im Kongreßzentrum Hannover der Öffentlichkeit präsentiert. Auch hier lassen es sich die Jugendlichen nicht nehmen, aus dem Landesprogramm zu zitieren, bzw. die Aussagen an der Realität zu spiegeln. Die anderen wichtigen Gruppen schweigen. Schade!

Fazit

Von Beginn an war zur "Umsetzung" der Agenda 21 in Niedersachsen geplant, die Durchführung des Dialogprozesses parallel zur Erarbeitung eines Programms zur nachhaltigen Entwicklung in Niedersachsen, eben der Agenda 21, laufen zu lassen. Das hieß vor allem, den Dialogprozeß der wichtigen Gruppen von dem Landesprogramm "Agenda 21" fernzuhalten. Der Dialog wurde in der Tat am Runden Tisch lediglich zwischen den gesellschaftlich wichtigen Gruppen und einem Referatsleiter des Umweltministeriums, Herrn Grabowski, und zeitweilig in parteiischer Moderationsrolle durch Ministerin Griefahn, geführt. Die Äußerung von Herrn Grabowski am 4. Runden Tisch kurz nach Verteilen des druckfrischen Landesprogramms, es sei naiv zu glauben, die Landesregierung würde das Programm nicht im Alleingang erstellen, spricht für sich. Der Agenda-Prozeß wird durch derartige Äußerungen sowie deren teilweise realen Hintergründe zur Farce. Es gibt in dieser Republik sicherlich positivere Beispiele für die Erstellung einer Landes-Agenda - oder doch nicht?

Autorin

Maria Gemind, Hannover

Wer sich für nähere Einzelheiten interessiert, insbesondere aus der Warte des Runden Tisches der Jugendlichen, kann dies in der "Dokumentation des Dialogprozesses Agenda 21 in Niedersachsen" nachlesen.

Zu beziehen gegen 3,- DM in Briefmarken über:
Jugendumweltnetzwerk
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
fax: 0511
39 40 415
fax: 0511-623 151
e-mail: JANUN@link-go.de



Wer die Agenda unterstützt, stärkt die Herrschenden

Die "Merkel-Truppen"

Die Agenda ist in der Umweltschutz"bewegung" inzwischen heiß umstritten. Das ist gegenüber der Situation vor einem Jahr immerhin eine Veränderung, denn bis Mitte 1997 gab es kaum überregionale Kritik. Agenda war einfach gut. Agenda-Gruppen stellten keine Anforderungen an das politische System, sondern begnügten sich freiwillig mit einigen Detailforderungen, wie Ausbeutung und Zerstörung künftig etwas freundlicher auszugestalten sind. So konnten auch die Mächtigen beruhigt dabeisein – und das war ja sogar das Ziel des Ganzen. Schon kurz nach Beginn der Agenda-Modewelle waren die PolitikerInnen mit von der Partie. Die Parteien überboten sich in Anträgen, die Ziele der Rio-Konferenz zur Grundlage der deutschen Politik zu machen. Stoßweise liegen solche Papiere sogar von den Grünen und der PDS vor: Wollen die damit auffordern, die Atom- und Gentechnik weltweit auszubauen?

Zeitschriften

ajaska Dez. 97

- Vergleich von Befreiungstheorien, etwas satirisch (S. 12–19)
- Kritik an der Agenda (S. 29–31)

Kinderinformationsdienst

4/97:
• Berichte von der Klimakonferenz der Jugend (S. 8–10)

Deutschland-Rundbrief

11/97:
• BUND zum Nationalen Umweltplan (S. 24+25)

Deutschland-Rundbrief

12/97:
• Übersicht über die Verhandlungspositionen zum Klimagipfel (S. 18–21)

Deutschland-Rundbrief

1/98:
• Ergebnisse des Klimagipfels in Kyoto (S. 13+14)

Contraste Dez. 98:

- Hintergründe zum Klimagipfel in Kyoto (S. 1.6–9)

Contraste Jan. 98:

- Kritik an der Agenda (S. 4)

Rundbrief "eine welt" 4/97

- Agenda als eigener Arbeitsschwerpunkt gewählt (S. 1.3–9)

Politische Ökologie,

Sonderheft Nr. 11

- Thema "Wege aus der Wachstumsfalle" mit einer Bestandsaufnahme und Beiträgen zu Nachhaltigkeit, Lebensstilen und Globalisierung.

Angela Merkel gründete sechs Arbeitskreise zu Themen der Nachhaltigkeitsdiskussion. In den auch als "Merkel-Arbeitskreise" bezeichneten Gruppen saßen VertreterInnen der etablierten Umweltverbände (vom WWF bis zur Grünen Liga) zusammen mit Konzern- und Politgrößen an einem schönen, vielleicht sogar symbolisch runden Tisch. Was sie sich wohl erzählten? Betriebsgeheimnisse oder die neuesten Menschenrechtsverletzungen durch die multinationalen Konzerne im Trikont? Die Ausnahmegenehmigungen von Umweltschutzauflagen oder Erfahrungsberichte, wieviel einfach die Umweltzerstörung ist, wenn man ein Öko-Audit als Feigenblatt hat? Oder redeten sie über die Enkel vom Bundeskanzler? Darüber ist wenig bekannt. Ergebnisse gibt es nicht. Aber die UmweltschützerInnen blieben eisern dabei. Mit der gleichen Ausdauer wie viele "Ökos" aus unabhängigen Gruppen Genfelder und CASTOR-Transporte blockieren, reisten die Damen und Herren des Umwelt-Establishments zu den Mächtigen nach Bonn, um an deren Agenda-Audienzen teilzunehmen. Was ihnen dabei nicht auffiel: Sie spielten das Spiel derer, die die Agenda nutzen, um von den wirklichen Problemen abzulenken. Agendaarbeit spielt denen in die Hand, die weitere Zerstörungen und Unterdrückung von Menschen durchsetzen wollen, dabei aber nicht gestört werden wollen. Agendaarbeit beschäftigt Tausende von UmweltschützerInnen, die als Protestpotential verlorengehen. Doch nicht nur das: Sie machen die Sache der Mächtigen mit, denn die vielen kleine Agendagruppen arbeiten für die Öffentlichkeitsabteilung der Regierungen. Die schmücken sich mit der Agenda (nicht mit ihren Ergebnissen, denn da gibt es kaum welche, sondern mit der Tatsache, daß so viele sich damit beschäftigen) und vernebeln damit die harte Realität. Und die lautet uneingeschränkt weiterhin: Umweltschutz und Menschenrechte haben in der herrschenden Politik keine Bedeutung. Früher wurde ein bißchen gemacht, um die Massen zu beruhigen. Heute reicht schon, in Agenda- und Nachhaltigkeitsgruppen zu reden – und schon sind alle zufrieden.

Noch nie ist den Regierenden das gelungen: Ein Schriftstück zu verabschieden (und dann auch noch ein so dickes, mit skandalösen Inhalten und kaum lesbar wegen der verschachtelten Satzkonstruktionen) und für dieses offizielle Regierungsdokument fast alle Umweltschutzgruppen (jedenfalls die etablierten, "anerkannten" Verbände) zu begeistern und zu eigenen Hilfstruppen zu machen.

Fehlende Reaktion auf die Tatsachen

Die Politik in Bonn und in den Bundesländern ist alles andere als erfreulich. Umweltschutz- und Beteiligungsstandards werden abgebaut. Der Vollzug anderer Vorschriften wird ausgesetzt – wer investieren will, hat nicht nur Narrenfreiheit, sondern wird obendrein noch umworben von den Bundes-, Landes- und KommunalpolitikerInnen. Ob für große Industriehallen mit rationelleren

Verfahren (was leider einige Arbeitsplätze kostet), Golfplätze oder Müllverbrennungsanlagen: Von den Grünen bis zur F.D.P. brechen alle in Jubel aus. Während die Menschen nur noch den Kopf darüber schütteln, daß weiter CASTOREN durchs Land geprügelt werden sollen, denken die AtomstrategInnen in Bonn schon über ganz andere Sachen nach: Neue Reaktortypen sollen entwickelt und die Gesetze so geändert werden, daß sie später ohne aufwendige überall hingebaut werden können. Mit den Verantwortlichen, die solche Politik durchsetzen, wäre eigentlich eine harte Auseinandersetzung fällig. Wo Umweltgesetze massenweise abgebaut und Beteiligungsmöglichkeiten eingeschränkt werden, kann sich Umweltschutz nicht an Runden Tischen abspielen. Das Handeln von Konzernen und PolitikerInnen macht deutlich, daß sie Umweltschutz nicht wollen. Dennoch verhalten sich BUND, NABU und viele andere so, als gäbe es Anzeichen, daß mit gutem Zureden viel zu erreichen ist. Das stimmt aber nicht: Zum einen zeigt es die reale Entwicklung (im Umweltschutz geht nichts mehr voran, daß geben sogar die etablierten UmweltschützerInnen selbst zu), zum anderen läßt sich auch aus Erfahrung sagen, daß es zur Logik von Politik gehört, Verhandlungen nur sinnvoll führen zu können, wenn ein eigenes Druckpotential vorhanden ist. Nur in wenigen Fällen reichen dazu Drohgebärden, wenn z.B. eine Umweltschutzgruppe oder Einzelpersonen Klagerechte haben und damit Verfahren mindestens verzögern können. Das wirksamste Druckpotential der Umweltbewegung war der Kampf auf der Straße. Wo PolitikerInnen Massendemonstrationen, Blockaden und öffentliche Aktionen fürchten mußten, waren Verhandlungen möglich. Dieses Potential haben die etablierten Umweltverbände leichtfertig aufgegeben. Von dem Teil der Bewegung, die solche Aktionsformen noch ausüben (vor allem die Anti-Atom-Bewegung und Widerstandsprojekte), sind sie weit entfernt. In vielen Fällen distanzieren sie sich eher, um weiter als VerhandlungspartnerInnen akzeptiert zu werden – auch wenn ihnen dann jedes Durchsetzungsmittel fehlt.

Angesichts der massiven Umweltzerstörung und des Abbaus von Umweltschutzgesetzen wäre längst schon die Zeit angebrochen, wo der Kampf wieder auf der Straße stattfinden muß. Verhandlungen sind erst dann sinnvoll, wenn ein Druckpotential besteht. Aber die etablierten UmweltschützerInnen wollen das gar nicht mehr. Während Merkel & Co. Atomgesetze und Beschleunigungsparagrafen durchpeitschen, sitzen die UmweltschützerInnen brav an den Agendatischen, die unter der Kontrolle der perfekt geschulten ModeratorInnen gezielt heiße Luft produzieren.

Lokale Agenda als PR-Gag

Die vielen Agendagruppen sind für die Regierungen aus vielen Gründen eine wahre Freude. Zum einen sind die UmweltschützerInnen einfach beschäftigt und machen dann keinen "Unsinn". Zum anderen aber können

die Mächtigen die Agenda aber als ihr Propagandainstrument einsetzen. Immerhin ist es ihr Papier, das da zur Arbeitsgrundlage von vielen Umweltschutzgruppen genommen wird, daß selbst von BUND oder Grüner Liga als Vision für das nächste Jahrhundert hochgelobt wird. Da fällt es der Bundesregierung, den Landesregierungen oder Kommunalverwaltungen leicht, die Umweltverbände an neue Regierungspropagandastellen einzusetzen. Noch ist kein Fall dieser Art bekanntgeworden, aber wenn Grüne, BUND und andere sagen, die Agenda 21 sei das Zielpapier der Zukunft, dann fordern sie Atom- und Gentechnik. Merkel&Co. lachen sich sicher schon ins Fäustchen über die fortgesetzte Orientierungslosigkeit der Umweltschutzgruppen, die sich, weil sie keine klaren Ziele mehr haben, für ein Papier engagieren, ohne es vorher gelesen zu haben. Den meisten Agenda-Gruppen, selbst den InitiatorInnen genügt das Durchblättern der Broschüren aus dem Regierungslager, um sich genug informiert zu fühlen. Die Schriften aus dem Umweltverbänden scheinen ebenfalls nur die Regierungspropaganda abzuschreiben, denn weder bei den einen noch bei den anderen sind die Kapitel zu Gen- und Atomtechnik überhaupt erwähnt. Dafür sind aber hier wie dort Dinge über die Agenda berichtet, die dort definitiv nicht vorkommen, z.B. die Legende um die "Lokale Agenda". Schon dieser Begriff fehlt (benannt wird eine "Kommunale Agenda"), aber das wäre ja nicht so schlimm. Schlicht erfunden ist die Behauptung, in der Agenda würde für diese lokale Agenda die Beteiligung der Bevölkerung eingefordert. Die tatsächlichen Formulierungen sind anders: Vom Dialog ist die Rede und von Konsultationsprozessen. Mehr nicht. Der "Mythos Agenda" entstammt Falschmeldungen über Agenda, nicht der Agenda selbst.

Für die Bundesregierung, große Konzerne und andere Mächtige aber kommt das gerade recht. Sie haben eine gute Möglichkeit gefunden, öffentlichkeitswirksam Aktivität vorzutauschen. Die Geschäftsstellen der großen Umweltverbände sind genauso wie die kleinen, lokalen Projekte und Gruppen zu PR-Abteilungen der Regierenden geworden. Sie initiieren Gruppen, die sich mit einem Regierungspapier beschäftigen. Sie werden in der Presse für dieses Papier, fordern dessen Umsetzung usw. Nie zuvor ist Regierenden das gelungen: Die UmweltschützerInnen dafür zu finden, Dinge einzufordern, die die Regierenden selbst festgeschrieben haben.

Auch dicke dabei: Die Großkonzerne

Wenn in den Fernzügen mal wieder Zeitungen aushängen, könnte eine mit Namen "agenda" dabei sein. Herausgeber ist der Atom-, Müllverbrennungs- und Baukonzern RWE. Auch BASF wirbt auf ähnliche Art und behauptet, sich der Idee nachhaltiger Entwicklung verschrieben zu haben. Die Krönung von allem dürfte die EXPO 2000 in Hannover sein, der Riesenindustrieschau, auf der die Großkonzerne die Hallen zum Paketpreis kaufen und dann bestimmen, was ausgestellt wird. Die EXPO versteht sich selbst als Agendaprojekt. Mißbrauchen sie alle eine Sache, die eigentlich gut ist? Die Antwort ist klar: Nein! Die Großkonzerne, die Regierungen und die EXPO haben die Agenda wahrscheinlich eher gelesen als die UmweltschützerInnen. Dabei haben sie gemerkt: Die Agenda ist gar kein Umweltschutzprogramm, sondern (neben 90 Prozent "Blabla") fordert neben Atom- und Gentechnik, der Option auf Müllverbrennung und neue Straßen auch die Stärkung der Privatunternehmen, vor allem der international agierenden Konzerne. Sie allein kommen in den Genuß der Formulierung, in Zukunft gleichberechtigt mit den gewählten PolitikerInnen mitbestimmen zu können. Dagegen sehen die Forderungen nach "Dialog mit den BürgerInnen" oder "Einbeziehung" von Frauen oder Jugendlichen sehr

dünn aus. Das alles ist im Interesse der Großkonzerne. Daher unterstützen sie mit Recht die Agenda. Nicht sie, sondern die UmweltschützerInnen haben nicht kapiert, worum es geht.

Insgesamt: Politik ohne Inhalte

Die wahrscheinlich schlimmste Wirkung der Agenda ist weniger konkret zu fassen. Agenda und Nachhaltigkeit (auch unter Begriffen wie "Zukunftsfähigkeit" oder "Zukunftsfähiges ..." gehandelt) sind die Symbole eines entpolitisierten Umweltschutzes. Die Zeiten, in den Umweltgruppen gesellschaftliche Änderungen forderten, sich mit Machtstrukturen und Wirtschaftssystemen auseinandersetzen und Kontakt aufnahmen zu anderen sozialen Bewegungen, scheinen seit einigen Jahren vorbei. Wo sind heute noch Stimmen zu hören, die die Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Menschenrechten bzw. Ökologie feststellen? Die Machtstrukturen aufdecken und Verantwortlichkeiten benennen? Außer wenigen Randgruppen, die von der Politik und von der Umweltbewegung ausgegrenzt werden (Widerstandsgruppen, radikale Aktionsgruppen, wenige der Projektwerkstätten, Ökolinken usw.), haben sich alle einer neuen Strategie hingegeben, dem Schmusekurs mit Wirtschaft und Politik. Zielgerichtet klappern sie nur die ganz Großen ab. An Runden Tischen wird vor allem der gemeinsame Geist beschworen. Mit Floskeln des "irgendwie sind wir alle Schuld" oder der "gemeinsamen Verantwortung" (die nicht als solches falsch sind, aber an der falschen Stelle mit falschen Zielen mißbraucht werden) gehen klare Positionen verloren. Es gibt keine Schuldigen mehr, weder Personen noch Strukturen. Alle müssen jetzt "an einem Strang ziehen", heißt es oft. Im Konkreten ist dieser Satz aber eher gleichbedeutend mit: Wir wissen nicht, was wir wollen. Und so können sich alle beruhigt zurücklehnen. Die UmweltschützerInnen haben sich engagiert und können Erfolge feiern, in dem sie als Erfolg darstellen, daß es die (ergebnislosen) Gespräche überhaupt gegeben hat. Die PolitikerInnen machen mit der Unterstützung und oft auch Initiative der wichtigen Dialoge Punkte und die Konzerne können als Nachteil höchstens die Stunden zählen, die sie an den Runden Tischen verbracht haben – ein geringer Preis dafür, daß erstmal alles weitergeht wie bisher.

Autor

Jörg Bergstedt,
Institut für Ökologie
(Gießen/Marburg)

"Business as usual" heißt die Devise. Die Agenda ändert nur ganz wenig und nur ganz im Detail. Aber sie ist zentral verantwortlich dafür, daß in diesem Lande Straßenbau, Atomkraftnutzung und vieles mehr weiter und ungestört durchgezogen werden können. Nein - nicht die Agenda, sondern die, die Agendaarbeit unterstützen ... die Hilstruppen von Merkel & Co.

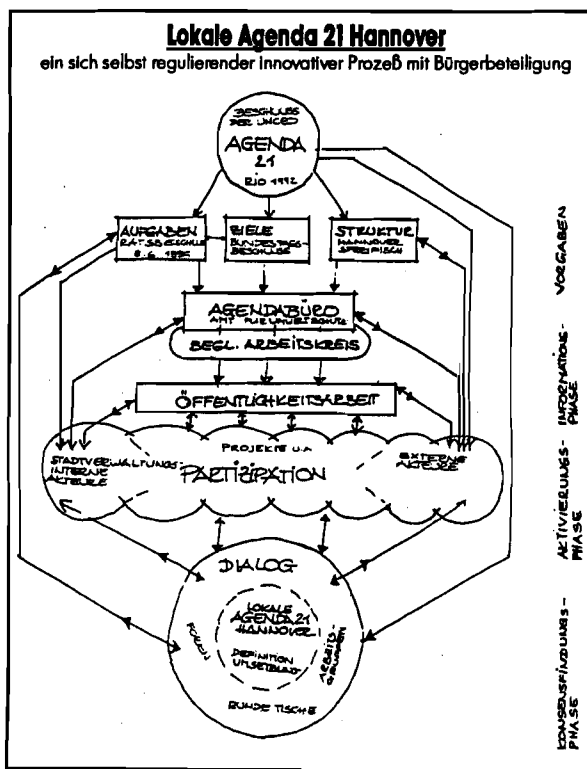


Abbildung links (aus der Selbstdarstellung der Agenda 21 Hannover)

Je nach Betrachtungsweise ist dem Titel einiges abzugewinnen: "Sich selbst regulierend" gilt zumindest in Bezug auf die Interessen derer, die bei diesem Prozeß - mit dem Blick auf den eigenen Vorteil - die Fäden ziehen. "Mit Bürgerbeteiligung" kann dann nach ein Merkmal sein, das den Verkauf des Produktes (in der Öffentlichkeit) fördert.

WAS IST EINE LOKALE AGENDA

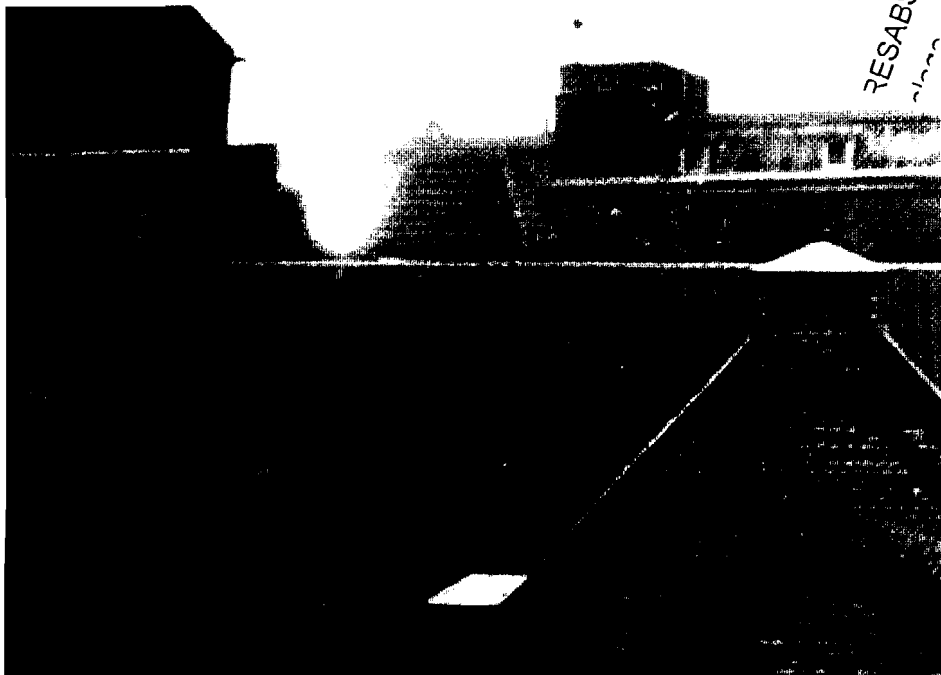
Die Agenda 21 wurde als Herzstück der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro von über 170 Staaten unterzeichnet. Die politische Sprengkraft dieses Dokumentes besteht darin, daß detaillierte Handlungsaufträge nicht nur an die Regierungen sondern auch an weitere gesellschaftliche Gruppen sowie die Bürgerinnen und Bürger adressiert sind. Die Agenda basiert auf der Annahme, daß für die Lösung der sich weiter zuspitzenden globalen Probleme, wie z.B. Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger und Umweltschmutzung, die Mitwirkung der Öffentlichkeit eine wesentliche Voraussetzung ist.

Die Kommunen werden in dem eigenen Kapitel aufgefordert, Lokale Agenden gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern zu erarbeiten. Die Lokale Agenda soll eine Vision für die ökologische, ökonomisch nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung in den Kommunen aufzeigen und dafür geeignete Maßnahmen zur Umsetzung vorschlagen.

In den Stadtbezirken Berlins, die zwar keine eigenständigen Kommunen sind, gibt es dazu bereits vielfältige Aktivitäten und Ideen. Das ist gut, denn die Stadtbezirke, die Stadtteile oder der Kiez sind für die Bürgerinnen und Bürger deutlich näher als die Kommune Berlin. Daher können sie sich mit ihren Ideen und Vorstellungen hier besser einbringen. Einige Themen wie z.B. Planung von übergeordneten Verkehrsverbindungen muß man jedoch auf der kommunalen Ebene anpacken. Daher ist es notwendig, auch eine Lokale Agenda 21 für Berlin zu erarbeiten.

Stefan Richter

RESABSCHLUSS ZUM 31. Dezember 1996



ÖFFENTLICHER ARBEITSKREIS LOKALE AGENDA 21 BERLIN

Im öffentlichen Arbeitskreis treffen sich Gruppen und Personen, die sich in Berlin bzw. in Berliner Stadtbezirken bereits intensiv mit der Lokalen Agenda auseinandersetzen, die Agendaprozesse initiieren oder die die Erarbeitung von Lokalen Agenden unterstützen. Zu den Teilnehmerinnen gehören u.a. umwelt- und entwicklungspolitische Initiativen, Kirchen, Verwaltungen, Politiker, Gewerkschaften, Lokale Agenda Koordinierungsstellen sowie zahlreiche Einzelpersonen. Ziel des Arbeitskreises ist, einen Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren herbeizuführen, kommunale Aktivitäten zu koordinieren, den Kontakt zwischen den teilnehmenden gesellschaftlichen Gruppen

herzustellen, Informationsaustausch sowie die Diskussion konkreter Themen wie z.B. mögliche Formen der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft oder die Gewinnung neuer Zielgruppen für den Agenda-Prozeß.

Der öffentliche Arbeitskreis wurde im Herbst 1995 gegründet. Er findet einmal monatlich im Haus der Demokratie statt und wird von der GRÜNEN LIGA organisiert, der nächste Termin ist der 13. 10. um 16 Uhr.

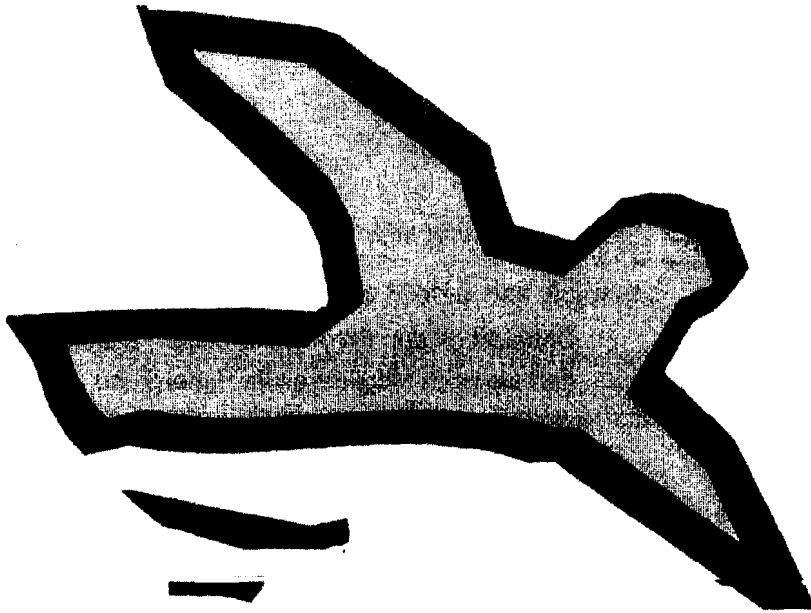
Kontakt: Stefan Richter,
Tel./ Fax. 030/4747 2931
E-Mail: gl.pankow@ipn-b.comlink.apc.org

IMPRESSUM

BERLINER BRIEFE *Monatliche zur Lokalen Agenda 21*
erscheinen monatlich
Herausgeber: Grüne Liga Berlin e.V.
V.i.S.d.P.: Leif Miller
Redaktion: Gisela Mwaungulu,
Gudrun Vizing
Layout/Grafik: Blauschmidt Graphics
Auflage: 10.000
Druck: Königsdruck
Adresse: GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin,
Tel. 44339 1-64, Fax...-33
E-Mail: gruene.liga@ipn-b.comlink.apc.org
Unterstützt von der Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Umweltschutz und
Technologie
über Reaktionen und Anregungen freut sich
die Redaktion.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, eine redaktionelle Bearbeitung von Beiträgen behalten wir uns vor.





unbedingt erforderlich, um zu der abstrakten Thematik der Agenda 21 inhaltliche, für die Gemeindebürger nachvollziehbare Bezüge herzustellen.

Um die breite gesellschaftliche Unterstützung zu dokumentieren, die ein Agenda-Prozess in der Kommune zu seiner dauerhaften Verankerung benötigt, wurde außerdem die Gründung von Agenda-Beiräten in den beiden Modell-Kommunen vorbereitet. Die Beiräte sollen Koordinationsfunktionen übernehmen und die Aufstellung eines übergreifenden Leitbildes für die nachhaltige Entwicklung der jeweiligen Gemeinde vorbereiten.

Die Agenda 21 als solche ist eines von fünf Dokumenten, die während der "Konferenz für Umwelt und Entwicklung" der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 als internationale Übereinkunft von 178 Staaten der Erde verabschiedet wurde. Sie beinhaltet Handlungsaufträge, die das Ziel haben, die weltweiten Probleme im Spannungsfeld von Umwelterstörung und wirtschaftlicher Entwicklung zu lösen. Dieses "Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert" ist von der **Leitidee des "sustainable development"** geprägt, was üblicherweise als "nachhaltige"

oder "zukunftsfähige Entwicklung" ins Deutsche übersetzt wird. Ein entscheidender **neuer** Grundgedanke der Agenda 21 ist die Verknüpfung ökologischer Probleme mit ökonomischen und sozialen Entwicklungszielen. Armut bedroht genauso wie Reichtum weltweit die ökologischen Grundlagen unserer Zivilisation. In den Industriegesellschaften müssen Wege für **ressourcenschonendes und emissionsarmes** Wirtschaften gefunden werden, die mit dem Anspruch aller Menschen dieser Erde auf einen hohen Lebensstandard verträglich sind. Dabei muß vor allem durch das Engagement aller Bürger in ihren Kommunen erreicht werden, daß auch in Zeiten öffentlicher Finanzknappheit die **Strategie der Umweltsicherung fortgeführt** wird und sie ihre hohe Priorität im politischen Handlungsraum behält.

Die Agenda 21 lebt deshalb nicht nur von einer Abstimmung auf weltpolitischer Ebene, die zuweilen äußerst schwierig ist, sondern ebenso von den Initiativen der Kommunen und der Beteiligung der Bürger. Die Kommunalverwaltungen sind in der Agenda 21 aufgefordert worden, in einen Konsultationsprozeß mit ihren Bürgern über die Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele auf kommunaler Ebene einzutreten.



Was ist »Agenda 21«?

Sicher wieder so ein Umweltthema, werden Sie sagen. Kennt man ja, ist ja auch gut. Muß eben sein. Umweltschutz, werden Sie sagen, bin ich dafür, mach ich auch mit, zum Beispiel Mülltrennung. Das ist gut für die Natur und von der lebe ja auch ich, leben wir ja alle, gewissermaßen.

Und Sie haben recht damit! Wozu dann noch eine »Agenda 21«? Klingt wie ein Gesetzbuch. (>>Nach Paragraph 28, Agenda 21, sind Sie verpflichtet.. <<) Ist es aber nicht!

Sondern?

Eine Tagesordnung!

Ha, da haben wir den Salat! Eine Tagesordnung. Wofür? Wer tagt da?

Für das 21. Jahrhundert! Für uns. Da kommen wir der Sache schon näher. Das ist ja nun schon bald, das 21. Jahrhundert.

Und? Jetzt werden Sie doch neugierig. Was steht denn nun drauf, auf dieser »Agenda 21«?

Es geht nicht mehr so weiter wie bisher.

Das stimmt. Das wissen Sie, das weiß jeder. So geht es nicht mehr weiter. Jetzt müssen die endlich mal was tun. Die da, na die, die dafür bezahlt werden, was zu tun.

Was zu tun?

Ja, was eigentlich, werden Sie

fragen. Was müssen die eigentlich tun für das 21. Jahrhundert? Na hoffentlich, denken Sie besorgt, hoffentlich wissen die, was Sie tun müssen.

Oder etwa nicht? Wer weiß es dann? Die »Agenda 21«?

tickblende

1992. Rio de Janeiro. UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung. Über 180 Teilnehmerstaaten! Ein wichtiges Thema steht an: **Wie weiter auf diesem Planeten?**

Es wird eine weltweite Tagesordnung für das 21. Jahrhundert beschlossen: die »Agenda 21«. Sie enthält detaillierte umwelt- und entwicklungspolitische Handlungsanweisungen.

Auch Deutschland verpflichtet sich, diese konkreten Ziele für eine zukunftsfähige Entwicklung zu verfolgen und durch nationale Maßnahmeprogramme zu untersetzen.

Klartext

Klar, sagen Sie, und was heißt das nun für uns? Was haben wir damit zu tun?

Eine gute Frage. Globale Handlungsrichtlinien sind sicher wichtig, schließlich leben wir alle auf demselben Planeten. Na ja, irgendwie. Aber was fangen wir hier in Bützow damit an?

Eine »lokale Agenda 21« muß her! Wir brauchen eine Tagesordnung nach der sich die Stadt, die Firmen und Betriebe, die Vereine und Verbände und jeder Einzelne richten können!

Es geht darum, all die Probleme, die uns jetzt Angst um die Zukunft machen, auf diese Tagesordnung zu setzen, Lösungswege zu finden und diese dann auch anzugehen.

Genau das brauchen wir. Das machen wir.

Wer ist wir?

Na, die Verwaltung und unsere gewählten Stadtvertreter. Die kennen sich doch damit aus.

Und die Wirtschaft, das Unternehmen-tum, findige und clevere Klein- und Mittelständler, die müssen ran! Allerdings Zeit haben die wenig.

Die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger haben genug davon, Zeit meine ich. Sorgen wohl auch. Wen wundert es. Ist eines der größten Probleme hier, die Arbeitslosigkeit.

Die gehört auf diese Agenda!

Arbeit muß her, damit mal wieder Geld ist unter den Leuten. Wenn die Leute kein Geld haben, ist nicht gut Handel zu treiben und das Angebot schrumpft.

Noch andere Dinge, die ganze Lebensqualität leidet. Die Stadt wird so auch nicht schöner, eher unattraktiver.

Und das nicht nur für Gäste unserer Stadt! Auch für uns Bürger. Die Älteren bleiben ja noch eher hier, haben sich was aufgebaut mit den Jahren.

Aber die jungen Menschen, die Jugendlichen, Lehrlinge und Berufsanfänger? Was sollen die hier ohne Arbeit, ohne Geld?

Mittendrin

Und dann, werden Sie sagen, wenn es nicht bald besser wird, kommt ja auch kein frischer Wind mehr rein. Und keine Investoren! Und dann stehen wir erst da!

Das ist ja ein Kreislauf!

Ich wette, ich habe Sie eben stöhnen hören!

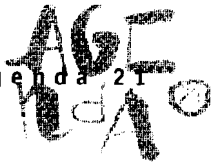
Der muß durchbrochen werden, dieser Kreislauf!

Und schon sind Sie mittendrin!

Wo?

Na, in dieser »Agenda 21«





AGENDA

AKTIONEN · VISIONEN · LEUTE · TERMINE · INFOS

Mit 100 kleinen Schritten in's nächste Jahrtausend

Die Vereinten Nationen gründeten in den 80er Jahren eine Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, die beauftragt wurde, einen Aktionsplan für das 21. Jahrhundert zu erarbeiten: die Agenda 21.

1992 unterzeichneten in Rio de Janeiro auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 179 Staaten dieses Aktionsprogramm.

„Global Denken,
Lokal Handeln“.

Die Agenda 21 umfaßt detaillierte Handlungsaufträge, die für eine nachhaltige, d. h. ökologisch, ökonomisch und sozial verträgliche Entwicklung im 21. Jahrhundert zu erfüllen sind und in alle Bereiche der Politik hineinreichen.

Schwerpunktthemen sind u. a. Armutsbekämpfung, Handel und Umwelt, Landwirtschaft und Bodenschutz, Abfall-, Klima- und Entwicklungshilfepolitik. Die Agenda soll von Industrie- und Entwicklungsländern in nationale Aktionspläne umgesetzt werden.

Damit die Realisierung nicht allein

den Regierungen überlassen bleibt, werden alle Menschen aufgefordert sich an den Entscheidungsfindungen zu beteiligen und auch selbst ihr Konsumverhalten zu überdenken. Insbesondere Frauen, Kinder und Jugendliche, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Unternehmen, Bauern, Kommunen und die Wissenschaft sind miteinzubeziehen. Das Motto lautet „Global Denken, lokal Handeln“.

Viele Probleme und Lösungsansätze, die in der Agenda 21 behandelt werden, spielen sich auf kommunaler Ebene ab. Bei der konkreten Umsetzung kommt deshalb den lokalen Behörden eine entscheidende Rolle zu. Auch die Stadt Hannover hat sich per Ratsbeschluß diesem Prozeß angeschlossen und sich verpflichtet, in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern eine lokale Agenda 21 zu erarbeiten. Dieser gemeinsame Dialog und viele kleine Schritte werden soziale Ungerechtigkeit und ökologischen Raubbau langfristig besiegen.

Hoffnung ist nicht Optimismus.

*Es ist nicht die Überzeugung, daß etwas gut ausgeht,
sondern die Gewißheit, daß etwas Sinn hat,
ohne Rücksicht darauf: wie es ausgeht.*

Vaclav Havel

INHALT

Lokale Agenda 21
Dialog mit den Händen 5-9

Schwerpunkt: Konsum

Krumme Dinger
FAIR konsumiert
Bäckerhandeln im Wandel 5-9

Saisongemüse
und kurze
Anfahrtswege
Der Bauernmarkt in Hannover 5-9

AGENDAKTIV
Komm die Erde in den
Himmel, nicht die Toten!
Buchtipps 5-8

Agenda-Spot, Tauschrausch,
Tipp und Termin

Informationen zur Agenda 21

z-Informationen zur Agenda 21

Sangslage: Die Agenda 21 und ihre Geschichte

its auf dem **Umweltgipfel in Stockholm 1972** haben VertreterInnen aus 70 ern das Umweltprogramm der Vereinten Nationen **UNEP** ins Leben gerufen. 12 e später wurde der **Umweltbericht „World conservations strategy“** (Strategie Erhaltung der Welt) vorgestellt. In der internationalen Diskussion hat sich jedoch usgestellt, daß diese Ziele nicht erreicht werden konnten, da die Frage der icklung nicht berücksichtigt wurde. Es mußte ein Ausgleich gefunden werden chen dem Schutz der Umwelt einerseits und der Befriedigung der bbedürfnisse der Menschen andererseits, unabhängig von Hautfarbe, Land, on und Geschlecht. Die Vereinten Nationen schufen deshalb eine komission für Umwelt und Entwicklung, die beauftragt wurde, **einen onspan für das 21. Jahrhundert, die Agenda 21, zu erarbeiten**. 1992 zeichnenen in Rio auf der **Konferenz für Umwelt und Entwicklung 179 en** dieses Aktionsprogramm.

Agenda 21 und ihre Inhalte

Agenda 21 umfaßt **detaillierte Handlungsaufträge**, die für eine nachhaltige gische, ökonomische und soziale Entwicklung im 21. Jahrhundert zu erfüllen und die in alle Bereiche der Politik hineinreichen sollen.

erpunkte sind u.a. **Armutsbekämpfung, Handel und Umwelt, Landwirtschaft Bodenschutz, Abfall-, Chemikalien-, Klima-, Energie- und icklungspolitik**. Die Agenda soll von möglichst vielen Industrie- und icklungsländern in nationale Aktionspläne umgesetzt werden.

iese Ziele nicht allein auf internationaler und nationaler Ebene verwirklicht en können, werden **alle Menschen** aufgefordert, sich an **den Entscheidungs- ngen zu beteiligen** und auch ihr Konsumverhalten zu überdenken. Aufgefordert usammenarbeit sind insbesondere Frauen, Kinder und Jugendliche, aber auch **staatliche Organisationen wie Umwelt- und entwicklungspolitische Gruppen** und **re wichtige gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Privatwirtschaft, enschaft und Kommunen**.

eht darum **neue Formen der Demokratie, der Gleichberechtigung und der arität mit der „Dritten Welt“ zu leben** und **neue Lebensstile zu entdecken**.

Agenda 21 in Hannover

Stadt Hannover hat sich mit einem **Ratsbeschluß** vom 8.6.1995 den Zielen der da 21 angeschlossen. Sie will gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kräften allen in Hannover lebenden Menschen in einen **Dialog** zu treten und eine **e Agenda 21** erstellen. Gemeinsam sollen Maßnahmen entwickelt werden, um **Leben in der Stadt Hannover so zu gestalten**, daß das, was lokal getan wird, al **verträglich** ist und auch unseren Kindern und Enkelkindern die nsgrundlage erhält.



Agenda-Zeitung "Münchner Stadtgespräche"

Unterwegs ... für eine l(i)ebenswerte Zukunft

Wohin mal Zukunft gemacht? Gemeinsam Zukunft gestalten, Klartext reden, Wege suchen ... so stehen die Slogans zur Agenda 21. Dennoch: Viele haben von dem weltweiten Aktionsprogramm "Agenda 21" noch nichts gehört. Doch das wird sich ändern. Agenda als Schlagwort, Begriff, Aktionsprogramm und globale Idee für den Weg ins 21. Jahrhundert beginnt bekannt zu werden. l(i) wird in Zukunft ein zentrales Umwelt- und Gesellschaftsthema sein. Noch bedarf es eines kräftigen Anschubs, um das gemeinsame Gelingen für eine l(i)ebenswerte Zukunft in Gang zu bringen. Das Umweltinstitut München e.V. engagiert sich aus diesem Grund von Beginn an im Agenda-Prozess und gibt seit Juni 1997 die Agenda-Zeitung "Münchner Stadtgespräche" heraus.

Was ist nochmal die Agenda 21?

Agenda ist ein lateinischer Begriff und heißt sinngemäß: "Was zu tun ist". Im heute üblichen Sprachgebrauch bedeutet Agenda Terminplan, Tagesordnung, Arbeits- oder Aktionsprogramm. 21 steht für das 21. Jahrhundert. Agenda 21 heißt also "Was auf dem Weg zum 21. Jahrhundert zu tun ist". Und das ist eine Aufgabe; jedenfalls nach Meinung der Staats- und Regierungschefs, die im Juni 1992 zum Gipfeltreffen in Rio de Janeiro zusammenkamen. Was genau zu tun ist, das (Über-) Leben in allen Erdteilen jetzt und zukünftig zu sichern, ist hierbei Bürgersache. Das ist das Neue an der Erstellung eines solchen umweltsozialpolitischen Handlungsprogrammes für den nächsten Jahrhundert, daß dieses unter Beteiligung der BürgerInnen geschehen soll. Dabei gehört der Agenda-Prozess der Weg zum Ziel, denn Umdenken ist eine Daueraufgabe. Neu ist auch die dabei aufkommende Ethik, durch die soziale und ökologische Aspekte verknüpft gesehen werden. Das Agendathema soll damit kein einseitiges Lamentieren über ökologische Probleme, sondern beinhaltet eine allgemeine Diskussion über neue Lebensstile.

Stadtgespräche

Agenda wird viel, zugehört in aller Regel weniger und handelt noch weniger. Ein Mensch mit handlungsorientiertem Anspruch kann da schnell frustriert sein. In der Agendaarbeit ist nicht als schneller Alleingang konzipiert, er setzt eine umfassende Kommunikation voraus. Das bedeutet: Runde Tische und Agenda-Arbeitsstätten unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte, die gemeinsam Agenda-Konzepte und Projekte für das Leben rufen; vom "Bürgerhaus", "Kantinenprojekt" "Fair-Handeln" über globale Partnerschaften bis zu lokalen Wohn- und Arbeitskonzepten. Gesprächsbereitschaft mit Vertretern ganz unterschiedlicher

Ansichten müssen dabei erlernt und Berührungspunkte überwunden werden. Vom Small-talk über Wetter- und Klimagespräche bis hin zu ernsthaften Konfliktgesprächen dürfen und sollen alle notwendigen Debatten geführt werden, auf dem Weg in eine Bürgergesellschaft.

Das Projekt Agenda 21, auch als neuer Wegbereiter der Umweltbewegung, sollte bald überall von sich reden machen. Das Umweltinstitut München e.V. engagiert sich projektbezogen zur Agenda 21 und möchte mit dem neuen Medium Münchner Stadtgespräche den Agenda-Prozess begleiten. Die Münchner Stadtgespräche berichten über Aktionen und Projekte als Beobachter des lokalen Agenda-Prozesses und fungieren als Sprachrohr aller Agenda-Engagierten.

Die beiden ersten Ausgaben der Münchner Stadtgespräche sind im Mai und Juni 1997 erschienen. Die dritte Ausgabe mit dem Schwerpunktthema Mobilität erschien im Juli und die vierte Ausgabe mit dem Schwerpunktthema Energie ist in diese Umweltnachrichten eingeleitet. Bis zum Frühjahr 1998 sind im Dezember und Februar weitere Ausgaben u.a. zur Klimakonferenz in Kyoto (Japan) geplant. Auch in Zukunft möchten wir die Münchner Stadtgespräche als einen Baustein unserer Agendaarbeit regelmäßig in unsere Umweltnachrichten einheften. Denn die Münchner Stadtgespräche sollen nicht nur den Münchnern Informationen und Diskussionsstoff liefern, sondern alle zum Weitererzählen anregen und auch andernorts Gespräche in Gang bringen über die Stadt und das Land, in dem Sie wohnen und sich wohlfühlen wollen.

Schon bald gibt es dann die Passauer Stadtgespräche, die Mühlbacher und Burghäuser, die Augsburger und Nürnberger Stadtgespräche, die Spatenhauser und ...

Let's talk about ...

Achim Thiel



Im Juni 1992 kamen Staats- und RegierungsvertreterInnen aus etwa 180 Staaten in Rio de Janeiro zum bisher größten Gipfeltreffen der Menschheitsgeschichte, dem Erdgipfel, zusammen. In der sogenannten Rio-Erklärung formulierten sie Grundsätze für unsere künftige Entwicklung. Eckpunkte sind die dauerhafte Erhaltung der Gesundheit, der Produktivität, des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Gerechtigkeit, der Beteiligung aller Betroffenen an Entscheidungen, des freien Handels und des Friedens. Um der Verwirklichung dieser Grundsätze näher zu kommen, beschlossen die RegrerungsvertreterInnen die Agenda 21, ein umfangreiches Handlungsprogramm für das 21. Jahrhundert.

Die Agenda 21 beschreibt, was Regierungen der Staaten der Welt und Verwaltungen bis hin zur Gemeinde oder Stadt tun müssen, um zu einer zukunftsorientierten, nachhaltigen Entwicklung zu gelangen. Planungen und Maßnahmen für eine dauerhaft-umweltgerechte Zukunft können aber nur erfolgreich sein, wenn wir alle unseren Teil dazu beitragen.

Die vorliegende Broschüre soll Sie darüber informieren, was die Agenda 21 ist, welche Ziele angestrebt werden und wie Sie dazu beitragen können, diese zu erreichen. Sie ist der Startschuß zur Umsetzung der Agenda 21 für Hessen.

Zum Wohle unserer Kinder und aller Menschen dieser Erde bitte ich Sie ganz herzlich um Ihre Mitarbeit bei der Gestaltung einer lebens- und liebenswerten Zukunft.

Ihre

Margarethe Nimsch
Hessische Ministerin
für Umwelt, Energie,
Jugend, Familie und Gesundheit

Aperitif

Agenda 21 - ein politisches Thema, das vielen Aktiven in der Umwelt-, Sozial- oder Entwicklungspolitik immer noch fremd ist, obwohl es erhebliche Chancen in sich birgt. Diese Broschüre möchte in der Kommune Engagierten und Interessierten in aller Kürze den Einstieg in diese Thematik erleichtern und dazu motivieren, sich aktiv in laufende Agenda 21-Prozesse einzuschalten oder einen derartigen Prozeß mit anderen zusammen zu initiieren. Deswegen versuchen wir, zum einen Langzeitperspektiven von nachhaltiger Entwicklung zu skizzieren. Zum anderen möchten wir kommunalen Akteuren aus Initiativen, Institutionen und der Verwaltung Beispiele konkreter Handlungsmöglichkeiten vorschlagen, die einige mögliche Mosaiksteine zukunftsfähiger Politik darstellen. Dabei geht es uns in allen Bereichen nicht darum, «das Rezept» zu präsentieren, sondern die Fülle der Möglichkeiten aufzuzeigen.

Die konkreten Projekte machen deutlich, daß

in vielen Kommunen bereits beispielhafte Aktivitäten in einzelnen Politikfeldern existieren. Selten sind diese allerdings eingebunden in eine längerfristige Strategie der kommunalen Entwicklung, dem ein mit der Bevölkerung diskutiertes Leitbild zugrundeliegt. Die Agenda 21 bietet genau diese Chance, zahlreiche Ansätze aus ökologischer, sozialer und entwicklungspolitischer Perspektive zu bündeln.

Möglichkeiten dafür werden sich nur eröffnen, wenn AktivistInnen aus den verschiedensten Bereichen sich für die jeweils anderen Anliegen öffnen. Die Entwicklung neuer Arbeitsformen durch Arbeitsloseninitiativen oder Nachbarschaftsläden, das Engagement für «faire Preise» für Produkte aus den Ländern des Südens und die Einrichtung eines Wochenmarktes mit Lebensmitteln aus ökologischem Anbau der Region - diese Initiativen zeigen nur in ihrer Gesamtheit Perspektiven für eine andere Wirtschaftsstruktur und einen neuen Lebensstil auf. Isoliert können sie nur eine geringe Wirksamkeit in einzelnen Nischen der Gesellschaft entfalten.

Die nötige umfassende Betrachtungsweise bringt es mit sich, daß wir v. a. versucht haben, das Spektrum der möglichen Themen

und Fragestellungen anzudeuten. Dabei haben wir bewußt auf die detaillierte Darstellung einzelner, an anderer Stelle umfassend ausgeführten Themen, wie z. B. Verkehr, Wasserwirtschaft und Naturschutz, verzichtet. Ein Anliegen war es uns dagegen, die Bereiche Arbeit, Soziales und Nord/Süd-Beziehungen stärker zu berücksichtigen, die unserer Meinung nach in den laufenden Agenda 21 - Prozessen häufig vernachlässigt werden. Im Rahmen dieser einführenden Broschüre konnten allerdings viele der in diesen Bereichen wichtigen Aspekte nur angerissen werden. Den Anspruch, alle Felder aus sozialer, entwicklungspolitischer und ökologischer Sicht zu betrachten, konnten wir nur ansatzweise umsetzen.

Trotz aller negativen Entwicklungen möchte diese Broschüre Anregungen geben und Mut machen, sich gemeinsam mit anderen einzumischen. Einzumischen für ein reiches Leben ohne soziale Not und ökologische Bedrohungen. Leben ohne Zukunftsangst!

Das Redaktionsteam

Verwort

What the hell is agenda 21?

Man hätte es der internationalen Bürokratie kaum 'zugeutraut' aber sie hat es entworfen: ein Konzept, das einer revolutionären Umwälzung gleichkommt, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Eine nachhaltige Entwicklung verlangt, daß die einzelnen Staaten weder auf Kosten der Natur, noch auf Kosten anderer Menschen und Regionen sowie zukünftiger Generationen leben. Weil sich aber die 20 Prozent der Weltbevölkerung, die in den nördlichen Industrieländern leben, ungefähr 80 Prozent aller natürlichen Ressourcen aneignen, verlangt nachhaltige Entwicklung eine spürbare Änderung der Wirtschafts- und Lebensweise vor allem in den Ländern des Nordens. Diese Notwendigkeit wurde durch die aktuelle Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie nachdrücklich bestätigt. Die UmweltforscherInnen fordern dort eine Reduktion des deutschen Verbrauchs von fossilen Brennstoffen

und nicht erneuerbaren Rohstoffen um 80 bis 90 Prozent bis zum Jahre 2050. Damit ist das gegenwärtig stark diskutierte Konzept der nachhaltigen Entwicklung auch mehr als ein reines Umweltprogramm. Denn um solche hohen Reduktionsziele zu erreichen, müssen die Zusammenhänge zwischen der gegenwärtigen Wirtschaftsweise und den ökologischen sowie sozialen Problemen berücksichtigt werden.

Auf der zweiten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro im Jahr 1992 wurde erstmals auf internationaler Ebene über den Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung, wenn auch durchaus kontrovers, debattiert. Dort prallten die widersprüchlichen Forderungen nach einem Schutz der globalen Ökosysteme unter gleichzeitiger Beibehaltung des wirtschaftlichen Wachstums in den Industrienationen und einer nachholenden Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt aufeinander. Die in Rio aufgetretenen Widersprüche und Konflikte schlugen sich auch in dem dort verabschiedeten Aktionsprogramm, der "Agenda 21", nieder. Die Agenda 21 beinhaltet Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um dem Ziel einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung näher zu kommen. Auch die Kommunen der mehr als 170 Unterzeichner-

Staaten werden aufgefordert, bis zum Jahr 1996 Aktionspläne für eine nachhaltige Entwicklung auf der lokalen Ebene aufzustellen. Im Kapitel 28 der Agenda 21 heißt es:

«... bis 1996 soll sich die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozeß unterzogen haben und einen Konsens hinsichtlich einer "kommunalen Agenda 21" für die Gemeinschaft erzielt haben.»



Daran ist bemerkenswert, daß die Unterzeichnerstaaten die Aufstellung eines lokalen Aktionsprogramms, einer lokalen Agenda 21, nicht als einen reinen Verwaltungsakt ansehen, sondern die Partizipation der BürgerInnen als notwendiges Moment einfordern. Hierauf können sich AktivistInnen berufen, die an einer Umsetzung nachhaltigerer Entwicklung vor Ort arbeiten, insbesondere bei mangelnder Unterstützung

von Seiten der kommunalen Verwaltungen. Seither haben sich Aktive in über 1200 Städten weltweit auf den mitunter steinigen Weg gemacht, die Entwicklung ihres Gemeinwesens in eine tragfähigere Richtung zu lenken.

Trotz ihrer großen Vielfalt lassen sich drei wiederkehrende Elemente in den Agenda-Prozessen identifizieren: Ein Konsultationsprozeß, die Aufstellung von Aktionsprogrammen sowie die Durchführung konkreter Maßnahmen. Vom Anspruch her wird in den Konsultationsprozessen versucht, möglichst viele gesellschaftliche Gruppen zu integrieren. Ziel dieser Diskussionsprozesse kann zum Beispiel die Aushandlung von gemeinsamen Entwicklungsleitbildern für die eigene Kommune sein. Formal bilden sich häufig unter dem Dach eines gemeinsamen Forums eine Reihe von Arbeitsgruppen, in denen einzelne Themen intensiver bearbeitet werden. Des öfteren kommen Verfahren der Konfliktvermittlung und der BürgerInnenbeteiligung zum Einsatz, seien es Mediationsverfahren, Zukunftswerkstätten oder Planungszellen. In einer Reihe von Kommunen werden Aktionsprogramme erarbeitet, die konkrete Maßnahmen in einzelnen Handlungsfeldern benennen und entsprechende Zeitpläne beinhalten.

Nun wird eine zukunftsfähigere Entwicklung weder durch die einmalige Erarbeitung eines Entwicklungsleitbildes für eine Stadt, noch durch die einmalige Aufstellung und Abarbeitung eines Aktionsprogramms zu erreichen sein. Vielmehr wird eine Lokale Agenda 21 als ein dauerhafter Prozeß konzipiert werden müssen. Ein Entwicklungsleitbild ist nicht unumstößlich, sondern muß immer wieder zur Disposition gestellt werden. Auch ein Aktionsprogramm wird sich modifizieren lassen müssen, um neu auftretende Probleme bearbeiten zu können.

Allen Lokale Agenda 21-AktivistInnen ist gemein, daß sie sich in einen gesellschaftlichen Aushandlungsprozeß mit offenem Ausgang begeben. Diejenigen Akteure, die sich einen Wandel der gegenwärtigen Wirtschafts- und Lebensweise in Richtung auf eine zukunftsfähigere Entwicklung wünschen, werden mit VertreterInnen gesellschaftlicher Gruppen konfrontiert, deren Interessen nicht mit einer solchen wünschenswerten Entwicklung harmonieren. Welche Chancen bestehen, daß EntscheidungsträgerInnen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft überhaupt in einen Diskurs mit den BürgerInnen eintreten, daß sie ihre Entscheidungen an einem artikulierten Willen der Bevölkerung orientieren, oder daß sie gar

Teile ihrer Entscheidungsbefugnisse an die Bevölkerung vor Ort zurückverlagern, läßt sich nicht im voraus bestimmen. Die Möglichkeit herauszufinden, was sich mit Hilfe einer Lokalen Agenda 21 erreichen läßt, sollte angesichts der sich verschärfenden Umwelt- und Entwicklungsprobleme dennoch unbedingt genutzt werden.

Was ist
Agenda 21?

MEHR LEISTUNG, MEHR FORTSCHRITT, MEHR VERANTWORTUNG

Heft 2/1997

agenda

DAS RWE MAGAZIN

**Wie RWE
die Jugend
fördert**

Dream-Team-Wettbewerb '97:
Auszubildende der RWE Energie AG
entwickelten eine Über-
wachungsanlage für die Mosel



Der Erdgipfel

UNCED-Nachbetrachtungen

Die Ministerpräsidentin von Norwegen und Vorsitzende der nach ihr benannten Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft“, Gro Harlem Brundtland, hat das Ergebnis der UNCED-Konferenz von Rio in ihrer Ansprache während der Schlußsitzung auf „den Punkt“ gebracht: „We owe the world to be frank about what we have achieved here in Rio: progress in many fields, too little progress in most fields and no progress at all in some fields“ („Wir schulden der Welt ein freimütiges Bekenntnis darüber, was wir hier in Rio erreicht haben: Fortschritte in vielen Gebieten, zu wenig Fortschritte in den meisten Gebieten und überhaupt kein Fortschritt in einigen Sachgebieten“).

Mit dieser prägnanten Aussage hat Gro Harlem Brundtland kurz, aber umfassend das Ergebnis dieser wohl aufwendigsten und bisher teilnehmerstärksten UNO-Konferenz skizziert. In Rio waren 170 Staaten nicht nur mit ihren Umweltministern, sondern zum großen Teil zusätzlich ihren Regierungs- und Staatschefs vertreten. Diese Demonstration allgemeinen Staatsinteresses zum Thema „Umweltsituation des Planeten“ ist allein schon ohne jeden Zweifel als großer Erfolg zu verbuchen: Noch nie hatte eine Konferenz der Vereinten Nationen eine solche Beteiligung zu verzeichnen. 30 000 bis 35 000 Teilnehmer an der UNCED, darunter rund 7000 Vertreter der Medien — wahrlich eine einmalige Versammlung.

Jeder der 163 anwesenden Umweltminister hatte während der ersten drei Konferenztage jeweils eine Redezeit von 15 Minuten, in der er die Umweltverhältnisse seines Landes und dessen Erwartungen an die Konferenz darlegen konnte. Die Staats- und Regierungschefs konnten dann während der letzten zwei Tage der Konferenz ihre An- und Absichten zu den Verhandlungsthemen darstellen.

Parallel zu diesen Plenarveranstaltungen wurden in mehreren gleichzeitig tagenden Arbeitsgruppen Sachverhalte behandelt, die auch am Ende der allerletzten Vorbereitungskonferenz für Rio noch strittig waren.

Jedenfalls: Niemand, der lesen oder auch Fernsehberichte am Bildschirm verfolgen kann, darf nach Rio noch behaupten, er habe den wirklichen Ernst der globalen Umweltkrise mangels Kenntnis der Sachverhalte nicht richtig einschätzen können. Eine solche „Entschuldigung“ für umweltschädliches Verhalten kann heute niemand mehr geltend machen, besonders nicht Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft.

Die Rahmenkonvention zum Klimaschutz wurde in Rio verabschiedet, leider ohne verbindliche Festlegung der Reduktions-



ziele und ohne Festlegung konkreter Termine, an denen diese Ziele erreicht werden sollen. Dies ist unbefriedigend und nur zurückzuführen auf den harten Widerstand der USA, die sich bis zuletzt gegen eine solche Daten-Festschreibung sträubten.

Trotzdem: Die Klimakonvention beinhaltet weit mehr Verpflichtungen als bisher in der Öffentlichkeit berichtet. Zum Beispiel verpflichteten sich alle Vertragsstaaten, also sowohl die Entwicklungsländer (EL) als auch die Industrieländer (IL), unter anderem

- zur Durchführung einer nationalen „Treibhausgas-Inventur“,
- zur Entwicklung von nationalen Programmen und Maßnahmen zur Minde-

rung von Treibhausgasemissionen und zum Schutz und zur Erweiterung von „Treibhausgas-Senken“,

- zur nationalen Berichterstattung über getroffene oder beabsichtigte Maßnahmen an die Vertragsstaatenkonferenz sowie
- zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Verbreitung von Technologien zur Treibhausgasminderung.

Dies ist sicher mehr, als so mancher bei der Unterzeichnung angenommen hat, und verlangt von den Staaten während der nächsten Jahre allerhand Maßnahmen. Allein die Durchführung nationaler „Treibhausgas-Inventuren“ wird schätzungsweise 100 Millionen US-\$ kosten — eine Summe, die die Entwicklungsländer allerdings als Unterstützungsgelder von den Industriestaaten erwarten.

Im übrigen hoffen die „Nicht-staatlichen Organisationen“ (NGOs), daß den in Rio abgeschlossenen Konventionen, die nicht voll den ansich notwendigen Festlegungen entsprechen, ein ähnliches Schicksal zuteil wird wie den damals abgeschlossenen Protokollen zum Schutz des Ozonschildes: Auf die ungenügenden Festlegungen von Montreal folgten sehr schnell Folgekonferenzen — und dann auch eine wesentliche Verschärfung der ursprünglichen Beschlüsse.

Bei der Konvention zur Erhaltung der Artenvielfalt („Biodiversity Convention“) war der hauptsächliche Streitpunkt zwischen den EL und IL die Gentechnologie. Diese mußte auf Wunsch der EL in die Konvention einbezogen werden. Die EL verlangten kategorisch, daß die IL für Tier- und Pflanzenarten, die in EL beheimatet sind, bei der Nutzung zur gentechnologischen Forschung und Anwendung entsprechend zu bezahlen und auch einschlägigen Technologietransfer zu leisten hätten. Es gelang jedoch, eine Kompromiß-Formulierung zu finden.

Am unbefriedigsten ist das Ergebnis Rios bezüglich verbindlicher Abmachungen zum Schutz der Wälder. Es war das Ziel der IL, besonders auch von Deutschland und den USA, in Rio zumindest eine Erklärung zum Schutz der Wälder zu erreichen, in der der Abschluß einer verbindlichen Konvention innerhalb von zwei Jahren nach der UNCED hätte festgeschrieben werden sollen. Dies ist nicht gelungen, was höchst bedauerlich ist. Durch intensive Bemühungen des Bundesumweltministers Klaus Töpfer gelang es, Sozusagen in letzter Minute, wenigstens die Formulierung „by all possible means“ in die Schlußerklärung hineinzuschreiben. Durch diesen Passus jedenfalls wurde eine zukünftige Konvention nicht ausge-

Knut Schümann
Diplom-Ökologe

Imstedt 27
22083 Hamburg
Tel: 040/229 15 28
e-mail: K.Schümann@t-online.de

FAX an
BBU-Geschäftsstelle
Antrag an den BBU-Bundesvorstand

Der Vorstand möge beschließen:
Der BBU unterstützt auch weiterhin Initiativen zur Förderung von Agenda 21 Prozessen.

Begründung:
Die 1992 in Rio verabschiedete Agenda 21 (zu deutsch. Tagesordnung für das 21. Jahrhundert) beginnt mit den einleitenden Worten: "die Menschheit steht an einem entscheidenden Punkt in ihrer Geschichte". Hintergrund ist die Tatsache, daß bei gleichbleibendem Lebens-, Arbeits-, Konsum- und Produktionsverhalten die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen sich im Verlaufe des 21. Jahrhunderts erschöpfen werden. Das Dokument Agenda 21 diagnostiziert 1992, daß Verteilungskämpfe zwischen Norden und Süden, sowie innerhalb von Gesellschaften zu immer größerer Ungleichheit zwischen den Menschen führen. Die Agenda 21 thematisiert damit Zielkonflikte zwischen Umweltschutz, wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit. Und das auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Die Unterschrift von 170 Regierungen unter das Dokument führte
a) zu einer Re-Etablierung des Themas nachhaltige Entwicklung" und damit auch zu der Chance von umwelt- und entwicklungspolitischen Gruppen des linken Spektrums mit ihren Positionen innerhalb lokaler Agenda 21 Prozesse wieder wahrgenommen zu werden
b) zu einer Gegenbewegung seitens der herrschenden Klassen in den Industriestaaten, welche seit 1992 beständig die Einsichten der Präambel der Agenda 21 leugnen und sich statt dessen auf singuläre Punkte wie „Förderung der Privatwirtschaft“ konzentrieren, ohne die Zielkonflikte, die hieraus erwachsen zu thematisieren,

Die Agenda 21 ist in ihren Ausführungen auch widersprüchlich bzw. sie formuliert Thesen, die für den BBU nicht tragbar sind. Ein Beispiel ist die Forderung nach einem nachhaltigen Umgang mit radioaktiven Abfällen -den kann es natürlich nicht geben, Die Bedeutung einer „Tagesordnung für das 21. Jahrhundert“ liegt aber auch nicht in den Buchstaben an die wir alle glauben wie an die Bibel, sondern in den Prozessen die eine Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung auslöst. Agenda 21 Prozesse sind Plattformen auf denen u.a. der Kampf um die Definition des Begriffes der Nachhaltigkeit ausgetragen wird. Ein Beispiel:

Nach der Verabschiedung der Agenda 21 entsteht in den Niederlanden eine Studie mit dem Ziel zu ermitteln, um wieviel der CO₂-Ausstoß in den Niederlanden reduziert werden müsste, um einen nachhaltigen Emmissionsgrad sicherzustellen. Ergebnis: 80% bis zum Jahr 2010. Das wäre gleichbedeutend mit dem Ende der holländischen Industriegesellschaft.

Es geht eben nicht um ein bißchen mehr Umweltschutz, ein bißchen mehr soziale Gerechtigkeit oder ein wenig anderes Wirtschaften. Es geht bei Agenda 21 Prozessen

schlossen. Vielleicht stehen die Chancen für eine zukünftige Waldschutz-Konvention doch nicht so schlecht: Immerhin haben während der Konferenz zahlreiche afrikanische Staaten nachdrücklich eine Konvention zur Bekämpfung der weiteren Wüstenbildung („Desertification Convention“) gefordert. Da es aber keinen besseren Schutz gegen die Ausdehnung der Wüsten gibt als intakte Wälder, könnte man sich hier eine Koppelung beider Anliegen vorstellen. Außerdem ist schwer nachvollziehbar, welche Beiträge — sieht man von finanziellen einmal ab — die Industriestaaten gegen die Ausbreitung der Wüsten leisten sollen. Hierbei geht es ganz primär um Verhaltensänderungen der betroffenen Bevölkerungen und um konkrete Maßnahmen vor Ort.

Als Voraussetzung für die Ratifizierung der Klimakonvention waren 50 Unterschriften erforderlich. Bis zum Konferenzende allerdings hatten bereits 152 Staaten die Klimakonvention unterzeichnet. Für die „Biodiversity Convention“ waren 30 Unterschriften notwendig, bis zum Konferenzende hatten 130 Staaten bereits diese Konvention gezeichnet. Auch das ist ein großer Erfolg. Die Ratifizierungen durch die Parlamente können in den Vertragsstaaten praktisch sofort beginnen.

Außerdem wurde die Rio-Deklaration mit 27 Grundsätzen zu „umweltgerechtem Verhalten und nachhaltiger Entwicklung“ verabschiedet.

Sehr wichtig ist die Agenda 21, die auf etwa 800 Seiten 115 Programme enthält, durch die eine umweltgerechte Entwicklung in den Entwicklungsländern erreicht werden soll. Allerdings: Die Agenda 21 ist nur eine Absichtserklärung und keine völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung wie die Konventionen.

Ausgiebig wurde in Rio über die Finanzierung dieser Maßnahmen verhandelt. Denn um zu befriedigenden Ergebnissen zu kommen, ist es notwendig, die Entwicklungshilfe-Finanzmittel der Industriestaaten von derzeit 55 Milliarden Dollar auf 110 Milliarden Dollar pro Jahr zu steigern. Um diese Summe zu erreichen, müßten die Industriestaaten jährlich mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts (BSP) für diesen Zweck bereitstellen. Doch zu einem solchen Einsatz haben sich bisher nur Dänemark, die Niederlande und Frankreich bereit erklärt. „Einsame Spitze“ ist übrigens Norwegen, das bereits seit vielen Jahren 1,1 Prozent seines BSP einzahlt. Deutschland liegt zur Zeit bei 0,4 Prozent, wofür als Begründung unsere großen finanziellen Belastungen für die neuen Bundesländer und die osteuropäischen Staaten angegeben wird. Die USA zahlen zur Zeit nur den beschämend geringen Betrag von 0,2 Prozent ihres BSP. Es sind also enorme Anstrengungen erforderlich, um die Finan-

zierung der Agenda 21 und der Konventionen zu gewährleisten.

Sehr bedeutungsvoll ist der Beschluß der Konferenz, eine eigenständige Kommission für die Umsetzung der Agenda 21 bzw. deren Kontrolle einzusetzen. Sie wird voraussichtlich dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) zugeordnet werden. Sie wurde verpflichtet, der Vollversammlung der Vereinten Nationen direkt Bericht zu erstatten.

Äußers, bedauerlich war, daß die USA in Rio als der große Störfaktor aufgetreten sind. Kurz gesagt: Durch seinen hartnäckigen Widerstand hat Präsident Bush erreicht, daß die Klimakonvention ohne verbindliche Vorgaben verabschiedet werden mußte. Seine Begründung lautete, daß sie ihm „zu weit ginge“. Außerdem haben die USA als einzige der Industriestaaten die Artenvielfalt-Konvention nicht gezeichnet — diesmal mit der Begründung, „diese Konvention ginge nicht weit genug“. Bezüglich des Wälderschutzes hat Präsident Bush betont, daß derlei Abmachungen aus seiner Sicht wohl das wichtigste bei UNCED seien; allerdings schlug er bilaterale Lösungen vor und bot — für den Fall, daß auf seinen Vorschlag eingegangen werden würde — hierfür gleich 150 Millionen Dollar an. Was viele Delegierte als Affront ansahen: Wer bilaterale Maßnahmen vorschlägt, hindert selbstverständlich Fortschritte für internationale Vereinbarungen.

Die eigentliche Arbeit beginnt sicher erst jetzt. Es war von vorneherein illusionär, anzunehmen, daß am Ende einer zwölf-tägigen Konferenz völlig befriedigende Maßnahmen zur Lösung der globalen Umweltkrise, die sich in Jahrzehnten entwickelt hat, gefunden und beschlossen werden würden. So hat beispielsweise auch die KSZE nicht in zwei Wochen zum Erfolg geführt. Vertrauensbildende Maßnahmen, wie sie damals zwischen West und Ost vereinbart wurden, sind nun nach Rio zwischen Nord und Süd gefordert. Die größte Gefahr für die Konferenz von Rio bestand in einer möglichen harten Konfrontation zwischen den Entwicklungs- und Industrieländern. Eine solche wäre allerdings eine Katastrophe gewesen und hätte alle Erfolge von UNCED in Frage gestellt. Doch dazu ist es glücklicherweise nicht gekommen, und auch dies muß als ganz großer Erfolg gewertet werden.

Nun müssen die Konventionen praktiziert, die Agenda 21 mit Leben erfüllt werden. Zahlreiche Nachfolgekonferenzen werden erforderlich sein, mehrere sind schon anberaumt. So hat Deutschland bereits zur ersten Vertragsstaatenkonferenz der Klimakonvention für das Jahr 1993 eingeladen und die Türkei zu einer großen Konferenz zum Schutz von

Feuchtgebieten. Auch andere Länder haben bereits Interesse bekundet.

Gro Harlem Brundtland schloß ihre Rede mit folgenden Sätzen: „When we arrive at our final consensus here in Rio, we will have taken neither a small step, nor a giant leap. But the direction of where we are heading will have been set“ („Wenn wir am Ende unserer Konferenz hier in Rio angelangt sind, werden wir weder einen kurzen Schritt noch einen riesigen Sprung gemacht haben. Aber die Richtung, in der wir voranschreiten werden, wird gegeben sein“).

Die Konferenz von Rio hat den hoffnungsvollen Anstoß gegeben, daß die vom Menschen verursachte Umweltkrise unseres Planeten beherrschbar und überwunden worden kann. Doch es bedarf nun wirklich höchster Anstrengungen.

Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt
DNR-Präsident

Von Nord bis Süd

Der grenzüberschreitende Dialog auf dem Deutschen Umwelttag 1992

Ozonloch, Treibhauseffekt, Wassermangel, Bevölkerungsexplosion — auch nach dem Umweltgipfel von Rio sind wirksame Lösungen nicht in Sicht. Ein Grund mehr für eine intensive Auseinandersetzung mit den globalen Umwelt-Themen auf dem Deutschen Umwelttag 1992 und eine Nachbereitung aus nationaler Sicht.

Was hat im Juni eigentlich in Rio stattgefunden: eine Konferenz der goldenen Füllfederhalter oder ein grandioser Gipfel zur Rettung des Planeten? Die UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) wird in zahlreichen Veranstaltungen auf dem Deutschen Umwelttag 1992 (DUT) kritisch ausgewertet.

Nicht zuletzt werden auch die zentralen Aspekte des Nord-Süd-Konflikts, die in Rio höchstens am Rande auftauchten, beim DUT ausführlich zur Sprache gebracht. So zum Beispiel:

- Chemikalien- und Müllexport,
- Pestizideinsatz in der Dritten Welt,
- Bevölkerungswachstum, Umweltkrise und die Rolle der Frau

Saarbrücken erhielt in Rio UNO-Umweltpreis

Im Rahmen der UNO-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro wurde der Stadt Saarbrücken der UNO-Umweltpreis für ein umweltschonendes Energieversorgungskonzept verliehen. Grundlage des von der UNO prämierten Konzeptes ist neben der Energieeinsparung und der Nutzung regenerativer Energien auch der Einsatz fortschrittlicher Kraftwerks-Technologie. Von weltweit 150 Bewerberstädten kamen 25 in die engere Wahl. Von diesen wiederum wurden 12 für verschiedene Umweltförderungsprogramme prämiert. Darunter waren aus Europa neben Saarbrücken noch das britische Leicester und Storström in Dänemark.

2

immer auch um die Vision einer radikal anderen Gesellschaft. Solche Visionen zu formulieren ist Aufgabe des BBU und zwar dort wo sie öffentlich wahrgenommen werden. Ein Rückzug aus der Agenda 21 Szene bringt uns vielleicht in die Lage „bessere Agenden 21“ zu formulieren, dies allerdings nur im kleinen Zirkel Gleichgesinnter und um den Preis der politischen Bedeutungslosigkeit.

Hamburg 6. Dezember 1997

Agenda 21 ist kein Beitrag zum Umweltschutz

Der BBU hält die Agenda 21 nicht als sinnvollen Beitrag zu einer Stärkung des Umweltschutzes und steht daher einer Verwendung des Textes bzw. des Begriffes für lokale und überregionale Umweltschutzaktivitäten ablehnend gegenüber.

Der Titel "Agenda 21" steht für das Abschlußdokument der UN-Umweltkonferenz in Rio 1992. Es wurde verabschiedet von über 170 Regierungschefs in den Vereinten Nationen, darunter auch Bundeskanzler Helmut Kohl und der, amerikanische Präsident George Bush. Schon aus dieser Zusammensetzung ist nicht zu erwarten gewesen, daß tatsächliche Fortschritte im Umweltschutz erreicht bzw. in einem zukünftig umzusetzenden Papier festgehalten würden. Dazu ist es auch nicht gekommen, vielmehr stellten die Ergebnisse der Konferenz eine große Enttäuschung dar, was 1992 auch in den Medienberichten uneingeschränkt so bewertet wurde.

Die Agenda 21 ist ein umfangreiches Werk, das zu verschiedenen Themengebieten Stellung bezieht. Prägend ist der von der ersten bis zu letzten Seite durchgehende, unverbindliche Stil, aus dem sich kaum Ableitungen für konkretes Handeln machen lassen. Zu gar keinem Punkt sind konkrete Forderungen oder Positionen aufgestellt worden mit Ausnahme folgender drei:

- Zur Nutzung der Atompolitik fordert die Agenda einen sorgsam Umgang mit dem Atommüll und verzichtet auf jede kritische Position zu Atomkraftnutzung. Mit der Aussage zum Umgang mit Atommüll impliziert die Agenda aber eine Weiternutzung der Atomenergie.
- Die Gentechnologie wird als wichtige Zukunftstechnologie beschrieben und ein umfangreicher Ausbau in allen Bereichen gefordert.
- Die Stärkung der Privatwirtschaft, insbesondere eine weltweite Deregulierung bestehender Beschränkungen wird angemahnt.

Mit diesen drei Forderungen stellt die Agenda 21 genau die drei Bereiche, in denen aktuell die größten Umweltkonflikte bestehen, ausschließlich in einer Weise dar, die Umweltforderungen entgegenlaufen. In allen anderen Bereichen ist die Agenda unverbindlich, d.h. sie ist als Basis für konkrete Handlungen untauglich.

Die Forderung nach der Aufstellung von lokalen Agenden bzw. lokale "Agendaprozesse" finden sich ebenfalls in der Agenda 21. Das entsprechende Kapitel ist das kürzeste und ebenfalls unverbindlich formuliert. Daß durch die lokalen Agenden lokal konkrete Umweltschutzziele und bessere Beteiligungsrechte erzielt werden sollen, ist so konkret in der Agenda 21 nicht beschrieben. Diese Ableitungen entspringen der Phantasie lokaler und überregionaler Gruppen, die Agenda 21 als Umweltschutzpapier schönzureden.

Daß die Agenda 21 für Atom- und Gentechnologie sowie die Stärkung der internationalen Privatwirtschaft ohne Rahmenbedingungen' einer umweltfreundlichen und menschengerechten Wirtschaftsweise eintritt, ist schon in jedem Einzelpunkt ausreichend, um sie nicht als Arbeitsgrundlage für die Umweltschutzarbeit zu verwerten. Ideen, sich aus dem Gesamtpapier nur die "weniger schlechten" Kapitel (richtig gute gibt es nicht) herauszuschneiden, widersprechen jedem politischen Denken und relativieren die Agenda in einer Art, wie es nicht sinnvoll ist. Sinnvoll ist vielmehr, die Agenda als ein Papier der herrschenden Industrie- und Politikkreise zu brandmarken und deutlich zu machen, daß eine Erklärung, die Atom- und Gentechnologie befürwortet, niemals Arbeitsgrundlage im Umweltschutz sein kann.

Die Behauptungen, lokale Arbeitsgruppen, die unter dem Namen "Agenda" andere Arbeitsinhalte erarbeiten als in der Agenda 21 zu finden sind, würden die Agenda verändern, sind unsinnig, weil das Dokument "Agenda 21" unveränderbar bleibt.

Die Agenda 21 ist ein Instrument der Mächtigen und derer, die Umwelt und Menschen ausbeuten wollen. UmweltschützerInnen sollten sich nicht zu deren Gehilfen machen, sondern ihre Zeit und Kraft nutzen, um mit klaren Positionen für den Schutz von Mensch und Umwelt einzutreten.

Der BBU hält alle Bemühungen, unter dem Namen Agenda zu arbeiten, für eine Unterstützung der Agenda 21 insgesamt und daher für eine Stärkung der Atom-, Gen- und insgesamt der Großindustrie. Statt sich ohne klare Rechte an die Tische der Mächtigen zu setzen, sollten UmweltschützerInnen wieder eigene Kraft entwickeln und gegen den Raubbau an Menschlichkeit und Natur kämpfen.

Lokale Agenda 21: Chance oder Irrweg?

Spannung verhiß die Diskussion der beiden Agenda-Arbeitskreise zur Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler Ebene.

Zur Erinnerung: 1992 verabschiedeten der Welt-Umweltgipfel in Rio die Agenda 21, frei übersetzt: die Tagesordnung für das 21. Jahrhundert.

Mit der Umsetzung des Agenda-Prozesses auf lokaler Ebene setzte sich die Arbeitsgruppe von Petra auseinander und diskutierte gestern nachmittag mit Jörg und Otto aus dem Anti-Agenda-AK über den Sinn und Unsinn der „Lokalen Agenda“.

Agenda für Atom und Gene

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, ob es sich für Umweltgruppen lohnt, an einem solchen „Agenda-Prozeß“ teilzunehmen. Für Jörg stellt sich diese Frage schon deshalb nicht, weil er sich mit der Agenda 21 nicht identifizieren kann. Insbesondere die Aussagen der Agenda zur Atom- und Gentechnologie könne er nicht teilen. Von daher sei es politisch unklug, sich hinter der Agenda zu sammeln. Damit würde man letztendlich nur die Merkel stärken, die in Deutschland für die Umsetzung der Agenda zuständig sei. Otto kritisierte, daß die Rechte der NGO's nicht abgesichert seien und auch das Ziel nicht klar sei. Handelt es sich eventuell doch um ein Mittel, die Umweltgruppen zu beschäftigen und so letztendlich ruhigzustellen? Oder besteht nicht auch die Gefahr, daß mensch am runden Tisch Teil des örtlichen Klüngels wurde?

die Situation vor Ort betrachten

Für Petra stellte sich die grundsätzliche Frage nicht so sehr. Für sie ist die Situation auf der kommunalen Ebene wichtig. Die lokale Agenda dürfe kein Selbstzweck sein, sondern müsse auch politisch gewollt sein. Ist dies der Fall, dann sollte diese Chance

genutzt werden. Ihrer Meinung nach bringt die lokale Agenda eine stärkere Verknüpfung der Umwelt- und Entwicklungsgruppen und sei ein Lernfeld, um Demokratie zu praktizieren. Mit der Agenda 21 müsse die Bevölkerung mobilisiert werden. So könnte die Regierung gezwungen werden, ihre Verpflichtungen z.B. im Klimaschutz einzuhalten.

Konsens ist Nonsense?

Spannend wurde die Diskussion, als es wieder mal um die Frage ging, ob direkte Aktionen und „Kampf“ mehr bringen als konsensuale Diskussionsrunden, wie sie in den Agenda-Foren vorherrschen. Hier teilten sich die Meinungen. Einige meinten, beides zusammen ist nötig; Die Chance, die die Agenda jetzt bietet, müsse genutzt werden. Die andere Meinung war, daß die lokalen Gruppen zur Zeit nur

verlieren könnten, da es zumeist an aktionsfähigkeit fehle. Jörg: „Wir dackeln auf die zu.“ Wichtig sei es, eigene Machtinstrumente zu haben (z.B. eigene Medien und Kommunikationsmittel), nur dann könne ausreichend Druck ausgeübt werden.

Am Ende der Diskussion überwog die Skepsis dem Instrument der lokalen Agenda gegenüber. Gleichzeitig war aber auch der Wunsch spürbar, die eigenen Konzepte endlich umzusetzen und die Agenda als Vehikel hierfür zu nutzen. Dieses Widerspruchs waren sich die DiskussionsteilnehmerInnen aber durchaus bewußt. Diese Debatte wird sicherlich weitergeführt werden müssen. Freuen wir uns also auf eines der nächsten HUIs, das den Schwerpunkt lokale Agenda haben wird







**Eine Broschüre
der Projektstelle
lokale Agenda 21 der
GRÜNEN LIGA Berlin
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
Tel.: 44 33 81-0**

Berliner

BEISPIELE

Gute Nachrichten zur Lokalen Agenda 21



Benutzen Sie leere Rückseiten!

Lichtenberger Ausstellung zur abfallarmen Verwaltung informiert und motiviert

Verzweifelt starrt „Tussi“ auf eine riesige Entsorgungsrechnung, neben ihr steht eine große Abfalltonne voller Müll. Auf dem nächsten Bild sieht ihr Gesicht schon wesentlich zufriedener aus. Sie hat jetzt drei kleinere Tonnen für die Mülltrennung und auch eine niedrigere Rechnung. „Die Kosten sind der Türöffner.“ Dieser Tatsache bewußt, hat Rainer Schubert, Abfallwirtschaftsleiter im Bezirksamt Lichtenberg, die Ausstellung „Die umweltfreundliche & abfallarme Verwaltung“ getextet und gestaltet. Jede der sechs Thementafeln macht an kurzen prägnanten



Die gemeinsame

Ausstellung vom Bezirksamt Lichtenberg und der ÖTV ist als Wanderausstellung konzipiert. Die sieben Tafeln können in fünf Varianten gehängt oder gestellt werden. Die Ausstellung ist fast ständig ausgebaut, Krankenkassen, Sparkassen, die Handwerkskammer, Bezirksämter u.v.a. haben sie sich schon ins Haus geholt.

Zeichnung von Petra Steffens

Seit 1994 bemüht sich das Bezirksamt, durch Abfallvermeidung, Verwertung und Schadstoffentfrachtung der Abfälle Haushaltsmittel einzusparen. Durch ein komplexes System von Maßnahmen, das bereits bei der Beschaffung beginnt und nicht bei Mülltrennung endet, wurden die Entsorgungskosten 1995 um mehr als 5%, 1996 um fast 30% reduziert. Dabei wurde nachgewiesen, daß auch in der öffentlichen Verwaltung ein betriebswirtschaftliches Controlling der Abfallwirtschaft die Betriebskosten senken kann.



Aus: Konzept zur abfallarmen Verwaltung für das Jahr 1996

..... Entsprechende Reserven und Potenzen sind im Bezirksamt Lichtenberg noch lange nicht ausgeschöpft. Werden jedoch die eingeschlagenen Wege weiterhin konsequent beschritten und mit weiteren Maßnahmen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene ergänzt, so ist auch im Bereich der Abfallvermeidung eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft möglich, die nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Existenz auf diesem einzigartigen Planeten ermöglicht.

Beispielen deutlich, wie Geld bisher ausgegeben bzw. durch Abfallvermeidung und richtigen Umgang gespart werden könnte. „Tussi“ durchlebt dabei den Vorher-Nachher-Effekt. So zeigt die Tafel Elektroenergie, daß eine Stunde Standby-Schaltung am Kopierer soviel Strom wie 200 Kopien verbraucht, die „Abfallvermeidungstafel“, daß 60% der Fotokopien innerhalb von vier Wochen zu Abfall werden.

In der Rubrik „Auf den Weg gemacht“ belegen Beispiele aus dem Bezirk, daß Kosteneinsparungen wirklich möglich sind: das „Haus der Kinder“ hat in neun Monaten durch Abfalltrennung und -Vermeidung, wie z.B. die Aufstellung von Mehrweggetränkeautomaten, ca. 40% eingespart; das Dienstgebäude des Bezirkes, in dem auch Rainer Schubert sitzt, konnte seinen Biomüll durch Eigenkompostierung pro Jahr zu ca. 200 kg Kompost abbauen.

Mit vielen „verwaltungsgerechten“ Ratschlägen, wie „Für repräsentative Schreiben gibt es auch entfärbtes Recyclingpapier.“ oder „Verzichten Sie auf Papierhandtücher! Zu Hause benutzt sie auch niemand.“, sollen die MitarbeiterInnen der Verwaltung gleichzeitig informiert und

in den richtigen Zusammenhang, ohne es nicht geht, weiß der Rainer Schubert. Auf einen anderen wichtigen Zusammenhang geht die Begleitbroschüre zur Ausstellung ein: Für jedes Thema zeigt sie noch einmal, auch in Ratgeberform, „Wege für die Umwelt“ auf. Dabei wird dem Verwaltungsangestellten, der die Broschüre zum Nachschlagen nutzt, deutlich, daß kostensparendes und umweltgerechtes Verhalten oft identisch sind.

Gefragt nach dem „Nachnutzungseffekt“ der Ausstellung, nennt Rainer Schubert ein Beispiel aus dem Bezirksamt: Beim Neukauf der Faxgeräte wurden die alten Geräte mit Thermopapier gegen Geräte mit Normalpapier getauscht. Diese sind zwar teurer in der Anschaffung, im Unterhalt aber wesentlich billiger. Thermopapier kostet nicht nur viel mehr als Normalpapier, durch seinen hohen Anteil an Chemikalien ist auch die Entsorgung problematisch.

Ansonsten verweist Schubert auf die vielen kleinen Schritte, die nicht immer gleich sichtbar werden, und darauf, daß die Ausstellung ein Teil vom Abfallwirtschaftskonzept des Bezirksamts sei.

Daß dieses Konzept erfolgreich greift und dem Bezirk 1996 über 485.000 Mark allein an Entsorgungskosten eingespart hat, liegt wohl auch daran, daß sich Lichtenberg als erster der Berliner Bezirke einen Abfallwirtschaftskoordinator geleistet hat. „Durch die Einrichtung dieser Stabsstelle konnte erreicht werden, daß Entsorgungskosten nicht länger als statische Betriebskosten mit unvermeidbarem Finanzvolumen angesehen wurden“, sagt der Abfallwirtschaftsbericht 1996. „Die Kosten als Türöffner“, das wurde woni Rainer Schubert sagen.

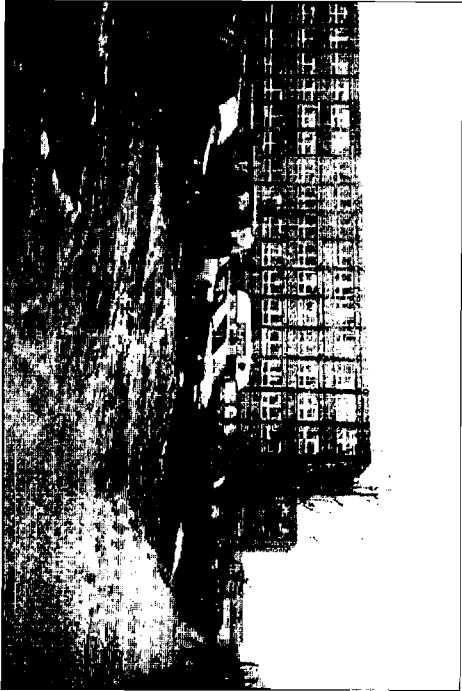


Kontakt:
Abfallwirtschaftskoordinator,
Umweltamt Lichtenberg
Rainer Schubert
Tel.: 030/513 97 69/74

Reader Agenda 21 51

WIE WIR UNS BEWEGEN

VORHER
Klingenthaler Straße,
Februar 1996:
Fahrzeuge nutzen den
Fußweg, um auf einer
Grünfläche zu parken



WIE WIR UNS

NACHHER
Klingenthaler Straße,
Oktober 1997



rie



DIE LOKALE AGENDA NUR EIN APIERTIGER ?

Teil 2 des Interviews mit Fr. Schönhoff von der Projektgruppe Lokale Agenda Köpenick

BB: Wo liegen die Probleme in Köpenick, dem Vorzeigebispiel?

Im August 96 wurde ein erster Arbeitsentwurf "Lokale Agenda 21 Köpenick" der Öffentlichkeit vorgestellt. Der 230 Seiten dicke Entwurf ist nicht bürgerfreundlich. Er stellt nur eine Sammlung von Ideen aus den verschiedenen Bereichen, im Köpenicker Modell Säulen (Öffentlichkeit, Kirchen, Verwaltung) genannt, dar. Wir haben zumindest authentisch und unverändert die Zuarbeiten zusammengefaßt. Jetzt wäre es erforderlich gewesen, diesen Maßnahmenkatalog aus den Arbeitskreisen, Verwaltungen, kirchlichen Gruppen zu vergleichen. Diese Ideen müssen konkretisiert werden, z.B. wo soll es Projekte zu umweltgerechtem Wohnen geben, wie soll das Radwegkonzept aussehen, so daß wirklich köpenickspezifisch diese allgemeinen Handlungsfelder konkretisiert werden und auf Finanzierungsquellen und Umsetzungspotentiale untersucht werden. Das ist nicht erfolgt. Dieser Entwurf enthielt einen programmatischen Teil, in dem wir darauf hingewiesen haben, daß der nächste Schritt zu einer wirklichen Agenda eine mehrstufige Kon-

sensfindung über die wichtigsten Maßnahmen sein muß. Zunächst innerhalb des Bezirksamtes. Aber endlich auch auf Senatsebene sowie zwischen Bezirk und Senat, weil wichtige Handlungsfelder der Lokalen Agenda wie Energiewirtschaft, Verkehr, Wasserwirtschaft, Tourismus gar nicht in der Entscheidungsbefugnis des Bezirkes liegen. In einigen Senatsverwaltungen konnten wir nicht einmal Ansprechpartner zur Agenda finden. Der Agendaprozess läuft grundsätzlich außerhalb des Verwaltungshandelns ab, gehört also nicht zu den Ordnungsaufgaben. Wir sind angewiesen auf das freiwillige Engagement, sowohl der Angestellten auf Bezirksamtsebene als auch beim Senat.

Der dritte Konsensfindungsprozess muß zwischen Verwaltung und Öffentlichkeit stattfinden, also mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen, Initiativen. Das verlangt neue Dialogformen: Zukunftswerkstätten, die Spaß machen, Foren, Workshops, wo die Bürger wirklich aufhorchen.

BB: Wie sieht der zweite Arbeitsentwurf denn nun aus?

Bei einem Umfang von 80 Seiten auch

n sehr bürgerfreundlich. Und wieder ist Verantwortung völlig offen. Oft ist daß die Ideen von LKZ- oder ABM beibern in Fleißarbeit ausführlich wert wurden, daß aber keinerlei und Verbindlichkeit dahintersteht. nicht geklärt mit den Stadträtern, kövir das so machen, oder welche C gibt es zur Umsetzung. Ideen v hingeschrieben, ohne daß sie in A ssen diskutiert wurden. Also auch nu Ideensammlung, über die man no relang diskutieren kann, aber es n in einer solchen Form, daß es n Bürger vom Ofen weglocke

BB: Also ist die Agenda bislang nur geduldiges Papier?

Leider werden die vielen Ideen nicht gewertet, es müßten doch Prioritäten gesetzt werden. Außerdem kommen die Vorschläge zu 90% aus der Verwaltung und nur zu 10% aus den Arbeitsgruppen und aus der Kirche. Beim ersten Entwurf war das noch anders, da kamen Forderungen noch zu etwa gleichen Teilen von den drei Säulen und vor allem war nachvollziehbar, wer sie aufgestellt hat. Jetzt sind zwar methodisch die Handlungsfelder getrennt, aber ein Kapitel "Lebensstile" fin'det sich nicht mehr, obwohl wir es massiv gefordert hatten. Dabei denke ich, wenn von Rio etwas zu verwirklichen ist, dann beim Lebensstil.

Agenda in Tempelhof blockiert

Erst auf Druck einer Bürgerinitiative konnte sich die BVV in Tempelhof Ende 96 überhaupt durchringen, einen Beschluß zur Unterstützung und Förderung der Erstellung einer Lokalen Agenda 21 zu fassen. Ein Unterausschuß wurde gebildet, dem je ein Mitglied der BVV-Fraktionen und die vier Arbeitskreissprecher angehören.

Für die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit der vier Arbeitskreise sollten zwei ABM-Kräfte zur Verfügung stehen - doch da war die Rechnung ohne den Baustadtrat Klaus-Ulrich Reipert gemacht, der sich weigerte, für die KollegInnen einen Raum zur Verfügung zu stellen. Als dieser dann von engagierten BürgerInnen bei den Tierschützern in Lichtenrade gefunden war, dauerte es bis zur Vertragsunterzeichnung noch weitere drei Wochen. Durch die Verzögerung der Angelegenheit von drei Monaten insgesamt war inzwischen eine ABM-Kraft anderweitig vergeben worden. Die vom Senat geförderte Stelle wurde durch den Stadtrat für Bauen und Umwelt dem Umweltamt einverleibt...

Damit nun aber in der Öffentlichkeit der

Schein gewahrt bleibt, versucht die CDU sich quasi an die Spitze zu setzen und hat die Bildung eines Ausschusses Lokale Agenda mit allen Rechten vorgeschlagen, dessen Mitglieder aus 6 CDU-, 2 SPD-, 1 Bündnis 90/Grünen-Bezirksverordneten und 3 Bürgerdeputierten bestehen soll. Damit wäre die direkte Bürgerbeteiligung am Agenda-Prozess praktisch ausgeschlossen.

Der größte Fauxpas ist aber sicher der generelle Maulkorb, der den Bezirksamtsmitarbeitern verpaßt wurde. Ohne Einverständnis des Stadtrates für Bauen und Umwelt darf Bürgern zur Lokalen Agenda keinerlei Auskunft erteilt werden...

Also fragen Sie ihren Baustadtrat!

gv

Tempelhofer Agenda-Arbeitskreise
AK Öffentlichkeitsarbeit, Gert Julius,
Tel. 7538782
AK Naturschutz, Verkehr, Stadtplanung, Detlef Wendland,
Tel. 7528408
AK Abfall, Energie, Wirtschaft, Torsten Heinecke, Tel.
0172/9015523
AK Soziales, Siglinde Dürr
Tel. 7114825

IMPRESSUM

BERLINER BRIEFE

Nachrichten zur Lokalen Agenda
erscheinen monatlich

Herausgeber:

GRÜNE LIGA Berlin e.V.

V.i.S.d.P.: Leif Müller

Redaktion: Gisela Mwaungulu,
Gudrun Vinzing

Layout/Grafik:

Blauschmidt Graphics

Auflage: 10.000

Druck: Königsdruck

auf 100% Recycling-Papier

Adresse:

GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Prenzlauer Allee 230, 1040.5 Berlin

Tel. 443391-64, Fax...-33

E-Mail: grueene.liga@ipn-b.comlink

Unterstützt von der Senatsverwaltung für S
wicklung, Umweltschutz und Technologie

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
dingt die Meinung der Redaktion wieder, eine
nelle Bearbeitung von Beiträgen behalten wir

IMPRESSUM

agenda 21 berlin

Allzweckwaffe Agenda 21 produziert bislang nur heiße Luft

Erstes »Agenda Forum« ein Feuerwerk aus Worthülsen und Sprechblasen - »Es werden auch Theoretiker gebraucht« - Von »Frauensachen« und »den- anderen«

Vor Jahren war die zentrale Problemstellung vieler Plauderrunden im heimischen Raum, wie Mittelhessen eine eigene Identität entwickeln könnte. Abgelöst wurde diese Frage von öffentlichen Erörterungen zum Wirtschaftsstandort Mittelhessen oder zum Bündnis für Arbeit in der Region Kulturschaffende und Vertreter der Bündlungsbehörde vom Landgraf-Philipp-Platz räumten ihre Plätze auf den Podien für IHK, Gewerkschaften und Politik. Zuletzt war auch die Entwicklung der Kriminalität ein ausgewählter Gesprächsstoff für manches Experten-Kränzchen. Der neueste Renner scheint alle bis jetzt dagewesenen Plauder-Hits in den Schatten zu stellen. Die Rede ist von der Lokalen Agenda 21, in der Spötter nicht anderes als einen Robinson-Club zur Animation von Umweltmuffeln sehen. Andere wittern hinter der Flut der Erörterungen eine gigantische PR-Kampagne der Grünen, die das Thema Umwelt wieder mehr in den Vordergrund rücken wollen.

Wie dem auch sei: Beim ersten Gießener »Agenda-Forum« am Mittwoch im vollbesetzten Kerkrazezimmer der Kongreßhalle ist die Übermacht der grünen Parteigänger fast erdrückend, und auch die stadtbekanntesten Animatoure sind alle da: Wissenschaftsladen, Greenpeace, Stadt-Auto; NABU, BUND, Dritte-Welt- und Fraueninitiativen, das ZAUG, Ausländerbeirat und die SPD. Aber auch die CDU hat Vertreter entsandt, denn schließlich hat der Kanzler das sechs Jahre alte Rio-Papier mitunterzeichnet. Zudem sieht man Vertreter der Wohnbau, der Kirchen, der

AWO, aus städtischen Ämtern und dem RP eingeladen hat die Stadt, deren Oberbürgermeister auch das erste Wort hat. Man spürt's sofort: Das ist nicht unbedingt die Welt des Manfred Mutz, der sogleich vor allzu »idealistischen Formulierungen« warnt und sich schon bald in einer von ihm selbst vorgeschlagenen - Pause absetzt.

Jetzt spricht Peter Bartelheimer, der im Spätherbst des vergangenen Jahres die »Voruntersuchungen« zum »Agenda-Prozeß« durchführte, zu dem demnächst per Stadtverordnetenbeschluß der Startschuß gegeben werden soll. Bartelheimer berichtet von »47 Gesprächskontakten« mit 113 Personen, darunter 38 Frauen. »Die Frauenquote wurde nicht erreicht«, stellt der Vortragende fest. Bei vielen der weiblichen Anwesenden sieht man lange Gesichter. Die Gesprächspartner werden in Gruppen unterteilt: Gesprochen wurde mit »Enthusiastinnen«, »politischen Routiniers der neuen Chancen«, »kundigen Skeptikern auf hohem intellektuellem Niveau« und »Defensivspielern«.

Zu letztgenannter Gruppe wurde sicherlich der CDU-Fraktionsvorsitzende Dieter Gail gehören. Sozusagen mit dem Rücken zur Wand lassen er und zwei weitere Stadtverordnete der Union das Wortgetöse über sich ergehen. Fremd ist der Wortschwall dem Pädagogen Gail aber nicht: »Wie im Studienseminar«, erinnert er sich. Em paar Meter weiter sitzt sein Pendant von der SPD. Ob spöttisch oder anerkennend gemeint; Jurist Dr. Wulf Linder findet, »man merkt, daß das hier von Wissenschaftlern gemacht wird«.

Neben ihm folgt Jürgen Adams, Personalratsvorsitzender der Stadtverwaltung, der Veranstaltung mit unbewegter Miene.

Vorne wird jetzt die Frage nach den in den Interviews angesprochenen »konkreten Themen« beantwortet. So will man die Allzweckwaffe Agenda 21 sogar gegen die Arbeitslosigkeit in Stellung bringen, auch die »Migration« - ein »zentraler Übersetzungsdienst wird vorgeschlagen« - ist ein Thema, die Frauen sind's sowieso. Der »Agenda-Prozeß« sei »stark Frauensache. aber auch mit den anderen muß man reden«, heißt es. Daß der Verkehr und die Erdatmosphäre aufgezehlt wurden, versteht sich von selbst. »Befreiung der Innenstadt vom Individualverkehr«, habe eine Forderung gelaute. In den Reihen der Animatoure brandet Jubel auf.

Konkrete Vorschläge kommen jetzt auch aus dem Saal: Verkehrsleitsystem, Energieschutzprogramm, Einkaufswegweiser, Regionalvermarktung, ein »Tauschmarkt für Arbeit« und eine »Kampagne saubere Textilien« werden vorgeschlagen. Viele bekommen Beifall, aber nicht alle. FWG-Stadtrat Gerhard Kühn beispielsweise, der »endlich die kostenlose Sperrmüllabfuhr« für Gießen einfordert.

Ob Kühn nicht global genuggedacht hat? »Was richtet mein Einkauf in den Entwicklungsländern an?« müsse man und frau sich immer fragen, mahnt eine Anwesende alle anderen.

Und immer wieder diese Worte: Vernetzungsprojekt, Projektmanagement, Delegationsprinzip, Frauenplenum, Leitbildgruppe, Agenda-

Rat, Kriterienkatalog, Frauenlandschaft, aktivierende Untersuchung und so weiter »Es werden auch Theoretiker gebraucht«, heißt es zwischendurch. Sie scheinen durchaus schon am Werk zu sein.

Bei der Diskussion um die praktische Umsetzung der Agenda werden »Angste« formuliert, die die Moderatoren »extrem gut verstehen« können. Der Agendaprozeß dürfe nicht zur Beute derjenigen werden, die ohnehin immer alles machen in Gießen. Die Stadt, vielmehr die Gießener Steuerzahler, sollen nur zwei Stellen und Sachmittel zur Verfügung stellen. alles zusammen wohl um die 300 000 Mark pro Jahr. Ansonsten bitte Autonomie. Von der stärkeren Einbindung »lokaler Nicht-Regierungsorganisationen« ist die Rede. Wer ist gemeint? Die »Fuffis«, der VfB 1900, die Heimatvereinigung Schiffenberg, die GFV vielleicht? Wer auch immer in welchem Gremium etwas macht, »50 Prozent« Frauen müssen dabei sein, betont zudem die SPD-Stadtvordnete Inge Bietz.

Deren »Frauenpower« ist es schließlich zu verdanken, daß es gegen 22.15 Uhr zum ersten Beschluß auf dem Weg zu einer »zukunftsbeständigen Stadtentwicklung Gießens im 21. Jahrhundert« kommt. Es wird ein Vorbereitungsgremium ins Leben gerufen, das das nächste Agenda-Forum vorbereiten soll. Bei so viel Entscheidungsfreude tut die Feststellung auch nicht mehr weh, daß am Mittwoch abend reichlich von jenem Stoff produziert worden ist, dem 1992 in Rio der Kampf angesagt wurde: heiße Luft. (mó)

Die Ergebnisse von Rio genügen nicht, doch man muß auf ihnen aufbauen

Seit dem UN-Erdgipfel sind drei Monate vergangen — und es ist Zeit, die Strategien für die globale ökologische Wende weiterzuentwickeln

Von Lothar Brock

Rio!

Die Bundesregierung spricht von einem Erfolg. Internationale Umweltverbände wie Greenpeace oder die „Freunde der Erde“ aber beklagen, daß eine historische Chance verpaßt worden sei, daß die Politik sich auf globaler Ebene dem Druck wachsender Wirtschaftsinteressen gebeugt habe. Kann der UN-Erdgipfel in Rio als Zwischenstation auf dem Weg zu einer neuen Weltumwelt- und Entwicklungspolitik betrachtet werden, oder war er ein bloßes Spektakel, das mehr zur Umweltbelastung als zur Lösung von Umweltproblemen beigetragen hat?

Aber der Club of Rome vor mehr als 20 Jahren die gegenwärtige Weltumweltdebatte eröffnete, stand die Gefahr einer Erschöpfung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen im Vordergrund der Aufmerksamkeit. Die Verknappung der Ressourcen, so die damaligen Vorstellungen, würde zu militänten Verteilungskonflikten und schließlich zum Zusammenbruch der auf Wachstum beruhenden Weltwirtschaft führen. Dieses Krisenszenario hat seit Beginn der 80er Jahre erheblich an Überzeugungskraft verloren. Nicht eine Verknappung, sondern ein Überangebot nicht erneuerbarer Ressourcen einschließlich des Öl ist heute das Problem. Dessen ungeachtet hat sich die vom Club of Rome angesprochene Grundsatzzentrale zugespitzt: die durch Menschen herbeigeführte Zerstörung ihrer eigenen natürlichen Lebensgrundlagen. Dabei geht es heute vor allem um die erneuerbaren Ressourcen, deren Selbsterneuerung durch Übernutzung in Frage gestellt wird. Gemeint sind Boden, Wasser, Atmosphäre, die Artenvielfalt und ein zuträgliches Klima, kurz, die sogenannten Weltgemeinschaftsgüter.

Der Schutz dieser Lebensgrundlagen kann weder durch bloßen Wachstumsverzicht noch allein durch bessere Umwelttechniken bewerkstelligt werden. Erforderlich ist ein politischer, wirtschaftlicher und sozialer Wandel, der eine langfristig tragfähige Entwicklung aller Gesellschaften einleiten würde. Dies war die Argumentationslinie des Brundtland-Berichtes von 1986, die zur Konzipierung der zweiten Weltumweltkonferenz als Konferenz für Umwelt und Entwicklung betrug. Dieser konzeptionelle Fortschritt fand in Rio nur ein geringes Echo.

In Rio wurden eine Rahmenkonvention zum Schutz des Klimas, eine Konvention zum Erhalt der biologischen Vielfalt, eine Grundsatzerklärung über die Bewirtschaftung und den Schutz der Wälder, die Rio-Deklaration über Umwelt und Entwicklung sowie die voluminöse „Agenda 21“ verabschiedet, die als Konkretisierung umweltpolitischer Aufgaben und als Aktionsprogramm fungieren soll.

Die Verhandlungen zum Klimaschutz blieben am weitesten hinter den Erwartungsniveau zurück. Zwar ist die globale Klimaveränderung durch die Vereinbarung als wichtiger Punkt auf der Tagesordnung der internationalen Umweltpolitik festgeschrieben worden, es wurden aber beinahe keine konkreten Vorgaben für die Stabilisierung und Reduzierung des Ausstoßes klimawirksamer Gase formuliert. Statt neue Visionen für einen wirksamen Klimaschutz zu entwerfen, ist „Rio“ hinter vorhandene Ansätze auf regionaler und nationaler Ebene zurückgefallen. Für das klimapolitische Debakel in Rio waren die USA, aber nicht nur sie verantwortlich. Noch härter führten sich die arabischen Ölimporteure auf. Auch die EG-Staaten konnten sich nur mit Mühe dazu durchringen, ihren Minimalkonsens über die Stabilisierung der CO₂-Emissionen bis zum Jahre 3000 auf dem Niveau von 1990 zu bekräftigen. Und was die weit fortschrittlichere Selbstverpflichtung der Bundesregierung zur Re-

duzierung des Schadstoffausstoßes anbetrifft, so war und ist der Vorwurf der Heuchelei, den die USA in Rio erhoben, nicht ganz von der Hand zu weisen. Die neue Verkehrspolitik wird zu einer weiteren Erhöhung statt zu einer Reduzierung der CO₂-Emissionen führen.

Mit der Konvention zum Artenschutz wird ebenfalls umweltpolitisches Neuland betreten. Aber auch hier bleibt das Ergebnis weit hinter den Erwartungen, in diesem Falle besonders der Entwicklungsländer, zurück. Unter dem Druck der Bush-Regierung und der US-Gentechnik-Industrie blieb es bei vagen Formulierungen, die für sich genommen kaum eine Handhabe bieten, um eine gerechte Verteilung der aus der Nutzung biologischer Ressourcen gewonnenen wirtschaftlichen Vorteile sicherzustellen.

Die Waldzerstörung erkennt die Bedeutung der Wälder in ökonomischer und ökologischer Hinsicht sowie als Lebens-

raum für zahlreiche Menschen an und ist seit einer Reihe von Prinzipien für deren „Management, Erhaltung und tragfähige Entwicklung“ auf. Als erstes Prinzip wird jedoch wie in der Rio-Deklaration das „soveräne Recht der Staaten auf Ausbeutung ihrer Ressourcen in Einklang mit der eigenen nationalen Umweltpolitik“ bekräftigt. Konkrete Folgerungen für die Umsetzung der damit verbundenen Pflichten sowie des Prinzipienkatalogs scheiterten am Widerstand von Entwicklungsländern wie Indien und Malaysia.

Die Rio-Erklärung ist das bescheidene Überbleibsel des ambitionierten Vorhabens, eine verbindliche Erdscharta zu verabschieden. Immerhin erkennt sie das Recht auf Entwicklung (PRINZIP 3) an und plädiert für eine partizipatorische Umweltpolitik auf rechtsstaatlicher Grundlage (Prinzip 10). Unter Prinzip 7 wird die besondere Verantwortung der Industrieländer für die globalen Umweltproble-

me schätzlichen und ordnungspolitischen Konsequenzen zu veranlassen.

So ist im Vorfeld der Rio-Konferenz die alte Debatte über eine Neuordnung der Weltwirtschaft wiederbelebt worden. Die Entwicklungsländer fordern einen spürbaren Schuldenabbau und eine Umkehrung der seit 1964 für die Dritte Welt negativen Kapitalflüsse, eine Verbesserung der Exportchancen für verarbeitete Produkte aus der Dritten Welt, einen Zugang zu Umwelttechnologien und eine stärkere Beteiligung an weltwirtschaftlichen Entscheidungsprozessen. Sie argumentieren, daß ohne entsprechende Zugeständnisse der Industrieländer die von diesen propagierten Maßnahmen zum Umweltschutz darauf hinausläufen, eine Modernisierung der Entwicklungsländer zu blockieren.

Eine solche Argumentation ist keineswegs an den Haaren herbeigezogen, wie sich zum Beispiel in der Debatte über

Im Westen vorherrschen und über die der US-Präsident stellvertretend für alle Industrieländer in Rio feststellte: „Unser Lebensstil steht nicht zur Verhandlung“. Die Crux ist, daß die oberste dieser Lebensstile heute mehr denn je das Ziel der Entwicklung auf Seiten der Drittweltländer ist.

So gesehen besteht bisher auch auf Seiten der Entwicklungsländer kein politisch durchsetzungsfähiges Interesse an einer neuen Synthese von Umwelt und Entwicklung. Es dominiert vielmehr das — legitime — Interesse, einer Abwälzung ökologischer Kosten des westlichen Industriesystems auf die Dritte Welt entgegenzuwirken und den eigenen ökologischen Spielraum für die Übernahme eben dieses Industriesystems (durch ökologische Sonderkonditionen für nachholende Entwicklung) zu erweitern. Dieses Ziel haben sie in Rio ebenso wenig erreicht wie die Mobilisierung neuer finanzieller Ressourcen. Der umweltpolitische Hebel erwies sich als noch kürzer als vor zwanzig Jahren der Hebel der Rohstoff-Kartellpolitik. Daß die Industrieländer noch nicht einmal bereit waren, sich auf eine Frist einzulassen, bis zu der die (seit Beginn der 70er Jahre bestehende) Verpflichtung zur Aufwendung von 0,7 Prozent Bruttoinlandsprodukt für die Entwicklungszusammenarbeit erfüllt werden soll, ist entwicklungspolitisch ziemlich unerheblich, dokumentiert aber recht eindrucksvoll das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen Nord und Süd.

Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wurden in die Vorbereitung und Durchführung der Rio-Konferenz in starkem Maße einbezogen als dies je auf einer internationalen Konferenz der Fall gewesen ist. Ob damit trotz aller Frustrationen die Tür zu einer neuen Phase der Weltumweltpolitik geöffnet worden ist, darüber wird unter den NGOs selbst gestritten. Die einen beklagen, daß eine historische Chance verpaßt worden sei, die anderen setzen auf den Prozesscharakter der Umweltdiplomatie und berufen sich dabei auf die Erfahrungen mit der KSZE oder dem Verbot der FCKW-Ozonkiller.

Alle Beteiligten NGOs sind sich einig, daß es nach den enttäuschenden Ergebnissen von Rio um so mehr auf die Nachfolgeaktivitäten ankommt. Die NGOs haben eine entscheidende Rolle zu spielen, um ein Einschleifen des Rio-Prozesses zu verhindern. Sie werden damit ja doch nur insoweit Erfolg haben, wie der Spielraum von Politik und Industrie für die Abwälzung von Umweltproblemen auf andere sich spürbar verringert. Die Ansichten hierzu, die sich über die Jahre bilden können, sind die besten Ergebnisse von Rio stützenden Hinweisgeber.

Der Autor ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt.



Vom 18. bis 22. September findet in Frankfurt am Main der Deutsche Umweltag statt. 100000 Teilnehmer werden zu diesem Öko-Kirchentag erwartet, der die Perspektiven der nun schon 20 Jahre alten Ökologiebewegung erweitern soll. Eingeladen ist deshalb ein breites gesellschaftliches Spektrum: Umweltverbände, Unternehmer, Parteien, Initiativen — und der Bürger. Die FR stellt Themen-Schwerpunkte der Großveranstaltung in einer Serie auf der Umweltseite jeweils in der Diensttagsausgabe und am 18. September in einer achtseitigen Beilage vor. Im heutigen Beitrag geht es um die Umsetzung der Beschlüsse des Rio-Erdgipfels.

festgestellt. Die Formulierungen über den Zusammenhang zwischen Krieg und Umweltzerstörung bleiben hinter der Stockholmer Erklärung von 1972 zurück. Gegen eine weitergehende Befassung der Konferenz mit Militärfragen traten vor allem die USA auf. Auch weltwirtschaftliche Fragen blieben auf der Konferenz Beispiel die Pharma-Industrie unter anderem wie Fragen des Bevölkerungswachstums weitgehend ausgeklammert.

Ein entscheidendes Manko der Rio-Konferenz bestand darin, daß der Zusammenhang von Umwelt und Entwicklungstragen von den Beiliegten weitgehend als taktische Problemverknüpfung abgehandelt wurde. Aus der Sicht der OECD-Länder sollte die Einbeziehung von Entwicklungsfragen dazu dienen, die umweltpolitische Kooperationsbereitschaft der Entwicklungsländer zu erhöhen. Die Entwicklungsländer hoffen offenbar, die westlichen Industrieländer mit Hilfe des Umweltbelaus zu wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Konsequenzen zu veranlassen.

den Schutz der Regenwälder und der Arten zeigt offensichtlich haben die Industrieländer ein Interesse daran, sich den natürlichen Ressourcen der Dritten Welt dadurch zu sichern, daß diese zu Gemeinschaftsgütern erklären. Die Produkte aber, die zum Beispiel die Pharma-Industrie unter anderem wie Fragen des Bevölkerungswachstums weitgehend ausgeklammert.

Jenseits solcher Einzelkonflikte wird heute immer deutlicher, daß die globalen Umweltfragen letztlich nur in Zusammenhang mit einer Neuordnung der Weltwirtschaft zu lösen sein werden. Eine solche Neuordnung müßte auch mit je-

Argus Media GmbH • Telefon 07 11/ 5 75 31 - 0 • Telefax 07 11/ 5 75 31 11

3800 Bo 003

Frankfurter Rundschau

5000 Frankfurt

08-09-1992 Nr:

He 3a 0 T Erscheinen/Jahr: 0

Auflage: 196132

Ges. Aufl. VB: 196132

Ges. Aufl. WK: 190013

Jugend Umwelt Projektwerkstatt !

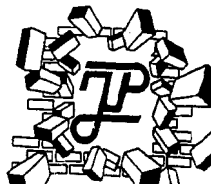
Am Bürgerpark 2/ 23843 Bad Oldesloe

Tel. : 04531/ 45 12 FAX: 04531/7116

Das Bessere Müllkonzept

Hansdorferweg 10/22946 Siek

Tel.: 04107/7473



Presseinformation:

Start des Bingo-Lottos in Schleswig-Holstein:

Typisch Agenda 21 – Umweltlotto kontra Umweltschutz



Nun ist es soweit: das Bingo-Umweltlotto strahlt heute seine erste live Sendung aus. Kaum zu glauben, aber doch wahr: als erster Hauptpreis wird gleich ein nagelneues Auto präsentiert. Nicht etwas ein 3-Liter-Auto oder Solarmobil ist zu gewinnen, nein ein echter »NewBeetle«, mit 7,5 Liter Spritverbrauch auf 100 Km, mußte es sein. Auch die folgenden Preise lassen sich sehen: Reisen - nicht etwa in den Nationalpark Wattenmeer, nein, Fernreisen in die Karibik, natürlich mit dem Flugzeug. Wo bleibt da der entwicklungspolitische Anspruch?

Da wundert es kaum, daß in den Vergaberichtlinien des Umweltlottos die Präambel der Agenda 21 gewählt wurde und sämtliche Förderung im Sinne der Agenda 21 stattfinden soll. Die Agenda 21 ist das Abschlußdokument der Rio Umweltkonferenz, die 1992 noch von allen Umweltverbänden als Flop bezeichnet wurde. Umweltschutz im Sinne der Agenda 21 ist auch die Nutzung von Gentechnik in der Landwirtschaft. Dies wird ausführlich in einem ganzen Kapitel in der Agenda 21 erläutert, leider wird dies häufig verschwiegen. Auch die Verbrennung von Müll oder der weitere Ausbau der Atomkraft wird in der Agenda 21 gefordert. In der Agenda finden sich alle wieder, ob nun Umweltschützer oder -Zerstörer das ist dabei egal.

Aber nicht genug, daß die umwelt- und entwicklungspolitischen Inhalte des Bingo-Lottos sehr fragwürdig sind. Auch die Besetzung des Vergaberates und des Gremiums, welches die Vergaberichtlinien erarbeitet hat, ist scheinbar im Sinne der Agenda 21: Alle sagen zwar, die Agenda 21 fordere die Beteiligung der Bevölkerung in einer lokalen Agenda 21, doch in Wirklichkeit wird nur eine Beteiligung von Funktionären gefordert und genau dies ist auch beim Umweltlotto geschehen. Beide genannten Gremien sind durch PolitikerInnen und Geschäftsführer bzw. Vorsitzende großer Umwelt- und Entwicklungsverbände besetzt. Trotz mehrmaliger Bitte wurden weder kleine Umweltgruppen und Initiativen noch Jugendliche berücksichtigt. Selbst Frauen wurden anfangs vergessen, was jetzt aber wohl noch korrigiert werden soll.

In Schleswig-Holstein wird die Umweltschutzarbeit durch zahlreiche kleine Umweltgruppen und Initiativen seit Jahren vorangebracht. Insbesondere Jugendliche haben immer wieder durch Aktionen und Projekte an das Umweltbewußtsein der Menschen appelliert. Es ist daher nicht nachzuvollziehen, warum diese Gruppen in den Vergabegremien nicht berücksichtigt werden, obwohl dies ursprünglich geplant war. In Niedersachsen dagegen werden kleinere Gruppen und Initiativen berücksichtigt. Das vom Umweltministerium hervorgebrachte Argument, die kleinen Gruppen und Initiativen müßten sich erst einmal vernetzen, um in den Gremien berücksichtigt zu werden, geben wir hiermit zurück. Für die großen Umweltverbände und Parteien gilt dieses Argument nicht, hier wird scheinbar gezielt ausgegrenzt!

Insgesamt schade, daß eine ansich gute Sache für den Umweltschutz eher kontraproduktiv wirkt. Wir appellieren daher, das Umweltlotto insgesamt neu zu konzipieren, damit es auch seinem umwelt- und entwicklungspolitischen Anspruch gerecht wird. Wir rufen alle kleinen Gruppen, Initiativen und Projekte dazu auf, mit uns gemeinsam ein Mitentscheidungsrecht zu fordern. Dies sollte schriftlich beim Umweltministerium eingereicht werden oder auf der Sitzung am 15.1.1999 um 18⁰⁰ Uhr, Zimmer 468 im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Adolf-Westpfahl-Str. 4, 24143 Kiel vorgebracht werden.

Weitere Informationen zur Kritik an der Agenda 21 und dem Umweltlotto können auch über die JUP!, Am Bürgerpark 2, 23843 Bad Oldesloe, 04531/4512, Fax: 04531/7116, eMail: JUP-OD@Lynet.de erfragt werden.

Über eine Veröffentlichung würden wir uns freuen, mit freundlichen Grüßen

Jörn Hartje

- JUP -

Klaus Koch

DAS BESSERE MÜLLKONZEPT – SH –

Förderverein des Jugendumweltnetzes Storman / Lauenburg / Lübeck e.V.
Raiffeisenbank Bad Oldesloe / Kto.-Nr. 61948 / BLZ 230 611 37
Kreissparkasse Storman / Kto.-Nr. 15843 / BLZ 230 516 10



Die Liebe der Männer zu nachhaltigen Zahlen

Eine Betrachtung der Wuppertal-Studie aus feministischer Sicht

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" hat in der Umweltszene viel Aufsehen erregt. Im folgenden Diskussionsbeitrag werden zwei Kritikpunkte begründet. Erstens das Auseinanderreißen von technischen Produktionskonzepten und Konsumorientierungen, zweitens die fehlende geschlechtsspezifische Differenzierung von Zielen, Wegen und Startbedingungen zukünftiger Entwicklung.

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" wurde im Auftrag von BUND und Misereor vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie erstellt. Sie ist im Kontext der umweltpolitischen Initiative für ein "Sustainable Europe", die der niederländische Umweltverband "Friends of the Earth" mit seiner Studie "Sustainable Netherlands" (1993) in Gang gebracht hat. Ich möchte meinen Überlegungen vorausschicken, daß ich diese Initiative für äußerst sinnvoll, politisch intelligent angelegt und argumentativ überzeugend halte. Insgesamt sehe ich auch die vom Wuppertal-Institut realisierte Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" (ZD 1996) als einen wertvollen Beitrag für diese Kampagne und als wichtigen Impuls für die umweltpolitische Diskussion in Deutschland an. Meine Kritikpunkte an der Studie sind deshalb nicht als "Position zur Studie" zu begreifen, sondern als Argumente, die in die Diskussion eingreifen und zu einer Konkretisierung der politischen Perspektiven beitragen sollen.

Effizienz und Suffizienz werden auseinandergerissen

Für problematisch halte ich zwei Grundlinien der Studie, die strukturell eine frauenpolitische Perspektive auf die "Zukunftsfähigkeit Deutschlands" ausblenden. Das ist zum einen – das habe ich bereits an anderer Stelle ausführlicher dargestellt (Schultz 1995) das Aufspalten in eine quantitative und in eine qualitative Perspektive der Zukunftsgestaltung. Diese werden gemäß des Wuppertaler Ansatzes als Effizienzperspektive und Suffizienzperspektive dargelegt (ZD: 13) und in der Studie als die beiden getrennten Perspektiven einer ressourcensparenden, technischen Gestaltung einerseits und einer verbrauchssparenden, moralischen und sozial-ästhetischen Gestaltung andererseits konkretisiert. Damit werden die für ein "zukunftsfähiges Deutschland" in der Studie selbst dargelegten Verbindungslinien und Interdependenzen zwischen Effizienz und Suffizienz künst-

lich getrennt. Ob Car Sharing, Ökologischer Landbau oder Ökologische Produktpolitik: sie alle erfordern sowohl neue, effizientere Produktionskonzepte als auch neue, effizientere sozial-ökologische Praktiken und Konsumtionsweisen. Ein Kernpunkt aller Zukunftsperspektiven ist deshalb die Konkretisierung der Berührungspunkte und Schnittstellen von neuen ressourcensparenden Technologien und neuen sozialen Produktions- und Umgangsformen. Eine wertmoralische Orientierung auf Konsumverzicht der EndverbraucherInnen kann dabei eine Rolle unter anderen spielen, letztlich geht es aber nicht um Orientierungen, sondern um neue gesellschaftliche Strukturen, Praktiken und Verhaltensweisen.

Dafür müssen sowohl die "Orientierungen" von Frauen als auch ihre Kompetenzen und Fähigkeiten, die sie in strukturell von den Männern unterschiedenen Formen der Realisierung von Zeit, Geld, politischer und wirtschaftli-



cher Macht, von sozialer und räumlicher Mobilität, von Kinderwunsch und körperlicher Integrität gewinnen, erst einmal systematisch erforscht werden. Das geschieht in der feministischen Forschung, die aber in der Studie (einschließlich der im Wuppertal-Institut betriebenen feministischen Verkehrs- und Konsumforschung) komplett nicht vorkommt.

Wird die soziale Perspektive auf eine Frage neuer Konsumorientierungen reduziert, statt auf eine Frage neuer sozialer Praktiken, dann bleiben Hausarbeit, Familienarbeit, Haushaltsproduktion und alle mit dem Konsum in unserer Gesellschaft verbundenen Formen der geschlechtsspezifischen Arbeits- und Verantwortungsteilung von vornherein ausgeblendet. Das Aufspalten von Effizienz und Suffizienz entsprechend der gesellschaftlichen Zuordnung zu Produktion und Konsumtion programmiert strukturell die Gefahr einer Verschiebung von ökologischen Verantwortungen auf den sog. Privatbereich, der von vielen Deutschen noch immer als "Verantwortungsbereich der Frauen" begriffen wird. Der Anspruch der Studie, eine "sozial-ökologische Umorientierung der Gesellschaft" aufzuzeigen (ZD:22), ist deshalb aus frauropolitischen Sicht nicht erfüllt.

Geschlechterverhältnis bleibt ausgeblendet

Mein zweiter Einwand gegen die Anlage der Studie betrifft die methodische Bestimmung von Zielen und Wegen der Zukunftsgestaltung Deutschlands unter Ausblendung der gesamten sozialstrukturellen Ausgangsbedingungen: Wenn es das Anliegen der Studie ist, die "Weichen" für die Zukunft umzustellen (ZD:19), dann muß nicht nur klar sein, wo der Weg hingehen soll, sondern auch, wo — für wen — die Startposition liegt. In der inzwischen bereits Bibliotheken füllenden Frauenforschung sind die unterschiedlichen Ausgangspositionen von Frauen und Männern detailliert beschrieben worden. Sie lassen sich in dem schlichten Satz zusammenfassen: Die Gegenwartsituation und Zukunftserwartung von Frauen ist weltweit — zum Nachteil der Frauen — eine andere als die von Männern. Diese Feststellung mit allen daraus folgenden Konsequenzen für die Bestimmung von Wegen und Zielen eines zukunftsfähigen Deutschlands vermisste ich entschieden in der Studie.

Ist die zahlenmäßig-quantitative Bestimmung von Zukunftsperspektiven aus Statistiken der Naturverbräuche nicht ein neues, gut bezahltes Hobby von

Männern? In Vorwegnahme meiner folgenden Argumente möchte ich diese Frage ohne jede Einschränkung mit einem klaren Nein beantworten. Ich halte nationale Umweltbilanzen analog zu betriebs- oder produktbezogenen Ökobilanzen für sinnvoll. Wie bei der Produktlinienanalyse und dem partizipatorischen Modell des Öko-Audit müßte die nationale Ökobilanz aber auch im Hinblick auf soziale Perspektiven und auf politische Partizipation erweitert werden. Im Gegensatz zur Studie "Sustainable Netherlands", die von Anfang an politisch und partizipativ angelegt war — Gewerkschaften und politische Parteien waren an der Formulierung des Hauptteils beteiligt —, ist die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" weder eindeutig politisch-partizipativ angelegt noch stringent wissenschaftlich. Für die Erarbeitung von nationalen Umweltbilanzen ist für die Zukunft eine partizipative Grundanlage zu fordern. Feministinnen müssen mit ihrem Know How bei der Bestandsaufnahme und Frauenorganisationen bei der Bewertung der Daten beteiligt werden.

Das Übergewicht der Zahlen ...

Seit fast zwei Jahrzehnten versuchen weltweit Ökologinnen und ökologisch argumentierende Ökonomen im Namen der Erhaltung des Planeten Erde die Natur zu bilanzieren. Darum geht es auch in den ersten beiden Kapiteln der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland". Zu fragen ist nicht nur aus einer feministischen Perspektive nach dem Sinn dieses wissenschaftlichen Großprojektes: Ist die Errechnung und statistisch-graphische Darstellung von global und national hoch aggregierten Verbrauchs- und Emissionsmengen von Stoffen und Materialien, von Energie, Böden und Wasser sinnvoll? Was bewirkt die dabei stattfindende Reduktion von Naturqualitäten auf Zahlenquantitäten? Was blendet sie aus? Trägt diese Art der Naturbilanzierung nicht letztlich zu einem neuen Schub der Abwertung aller gesellschaftlichen Praxisformen bei, die nicht dem Rechenprinzip gehorchen und mit Begriffen wie lokale Verankerung, alltägliche Lebensgestaltung, Subsistenzwirtschaft, Körpererfahrung und Sinnlichkeit verknüpft sind?

Dieses Problem sehen die AutorInnen der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" auch. Die Wuppertaler "lösen" es, indem sie der Macht der Zahlen von (noch tolerierbaren) Stoffverbräuchen und Stoffeintragungen acht — zum Teil sehr unterschiedlich ausgeführte —

"Leitbilder" als eine qualitative Perspektive zur Seite stellen (Kapitel 4). Sie begründen dieses Vorgehen explizit aus der Abstraktionsmacht der Zahlen, die sie für eine problematische Form der Zukunftsantizipation halten: "Es ist zugleich die Stärke und die Schwäche der stofflich-quantitativen Darstellung, daß sie die Komplexität des historischen Moments auf die Differenz zwischen einer Ist- und einer Sollmenge konzentriert. Um zu Aussagen diesen Typs zu kommen, ist eine doppelte Reduktionsleistung erforderlich. Zum einen wird vom Gesellschaftlichen, also dem Ineinander von Institution, Macht und Bedeutung, in das jeder Umgang mit der Natur eingelassen ist, abstrahiert, mit der Folge, daß die Umweltproblematik als Naturkrise und nicht als Gesellschaftskrise erscheint. Und zum anderen sieht diese Darstellung von der Mannigfaltigkeit der Naturvorgänge und -erscheinungen ab und hebt statt dessen deren gemeinsame, meßbare Substrate — Energie, Stoffe, Fläche — heraus." (ZD:15) Die AutorInnen ziehen daraus die Konsequenz, daß die Darlegung der quantitativen Reduktionsziele überführt werden müsse in eine Darlegung qualitativer Zielvorstellungen, "sonst bliebe die Studie in der Expertenfalle hängen: zwar Grenzwerte zu ermitteln, aber nichts für die Teilnahme der Bürger tun zu können. Denn die Menschen möchten nicht nur müssen, sie möchten auch wollen dürfen." (ebenda)

Nun ist das Feld dessen, was die Menschen müssen, wollen und dürfen ein äußerst schwieriges, wie schon Karl Valentin wußte: "Mögen hätten wir schon wollen, aber trauen haben wir uns nicht dürfen." Was welche Menschen mögen oder nicht mögen, was sie wollen, aber nicht können, oder was sie müssen, obwohl sie nicht wollen — das zu untersuchen, ist ein Kernfeld der Sozialwissenschaften. Auch darüber gibt es nachhaltige Zahlen. Eine statistische oder kategoriale Bestandsaufnahme dieser gesellschaftlich-sozialen Befindlichkeiten erspart sich jedoch die Studie. Werden bei den Naturverbräuchen Ist-Soll-Zustände quantitativ in Beziehung gesetzt, so werden bei den gesellschaftlich-sozialen Perspektiven Ist-Zustände gar nicht erst in ihren unterschiedlichen Relationen ermittelt. Statt dessen wird räsoniert über "vorkonsumistische Haltungen wie Sparsamkeit, Vorsorge und Besitzpflege" dieses unbekanntem Herrn Neuer Konsument und darüber, daß ein "ökologisches Verhalten nicht nur auf post-materialistische, sondern auch auf prä-materialistische [??] Wertorientierungen" zurückgehe. (ZD:212f.) Dabei kommt die Möglichkeit einer



"neuen Konsumentin" gar nicht erst in den Blick, und schon gar nicht die Frage, wie es denn eine "neue Konsumentin" anstellen soll, all diese nichtmaterialistischen Orientierungen mit so profanen Aufgaben wie Kinderversorgung, Nahrungszubereitung und den in Kapitel 3 eigentlich sehr gut systematisierten Bereichen der Bedarfsdeckung zu vereinbaren.

... soll durch Leitbilder kompensiert werden

In den acht Leitbildern werden mehr oder weniger direkt "Akteure in unterschiedlichen sozialen Feldern" (ZD: 152) angesprochen, ohne zu klären, wer solche ... chen

Handlungsmöglichkeiten und mit welchen Handlungsgrenzen ist — und warum. Die acht Leitbilder wenden sich an "Unternehmer, Konsumenten, öffentliche Versorger, Gesetzgeber, Städter, Bürger in ländlichen Gebieten, entwicklungspolitisch Engagierte". (ZD:152) Daß nicht eine einzige Frau dabei aufgezählt wird, ist kein sprachlicher Lapsus, sondern entspricht auch dem dargestellten Inhalt der "Leitbilder": Frauen werden damit weder angesprochen noch ist ihre gesellschaftliche Situation berücksichtigt. Mit einer Fokussierung auf "die Verbraucherin" käme die Frage nach den geschlechtsspezifischen und sozialstrukturellen Unterschieden ins Blickfeld: beispielsweise der eklatante

Über- und Mehrkonsum an Fleisch von Männern im Vergleich zu Frauen, den eine österreichische Untersuchung (Döcker u.a. 1994) aufgezeigt hat. Werden solche Fakten bei der Ausmalung von positiven Zukunftsvisionen mit Systematik nicht erwähnt, können auch keine unterschiedlichen Perspektiven für Männer und Frauen in den Blick kommen, wie sie für das Bedarfsfeld "Nahrung" und für die Zielperspektive eines ökologischen Landbaus unabdingbar wären. Die differenzierungslose Kritik am zu großen Fleischkonsum der Deutschen tut niemandem weh und zeigt mit ihrer Beliebigkeit auch keine konkreten Umsetzungsperspektiven auf.

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" zeigt — gerade weil sie sich dem

Problem der reduktiven Abstraktion durch global berechnete Zahlenvorgaben stellt — das Dilemma des Umgangs mit den Zahlen in aller Deutlichkeit. Das Problem der Studie liegt nicht darin, daß über Zahlenbeispiele globale Zusammenhänge visualisiert werden: Gerade die Explikation von Umweltzielen und die Darstellung deutscher Umweltverbräuche im Hinblick auf den Maßstab internationaler Gerechtigkeit überzeugen deshalb, weil die dort dargestellten Zahlenbeispiele "für sich sprechen" — beispielsweise bei der Errechnung von "ökologischen Rucksäcken" (bezogen auf Bodenverluste durch Erosion), welche deutsche Importe an landwirtschaftlichen Rohstoffen in den Ländern des Südens hinterlassen. (ZD: 133ff.) Auch die Veranschaulichung der Anteile, welche die Länder des Südens im Verhältnis zu den sog. Industrieländern an der Schädigung der globalen Gemeinschaftsgüter Atmosphäre, Ozonhülle und Ozeane haben, finde ich sehr überzeugend (ZD: 126, ZD: 130). Was fehlt, ist eine Ableitung dieser Daten aus gesellschaftlich-strukturellen und sozialstrukturellen Trends, die auch in Datenform vorliegen.

So ist in der Studie nicht einmal expliziert, auf welche antizipierte Bevölkerungsentwicklung sich die berechneten Stoffverbräuche fürs Jahr 2010 bzw. 2050 beziehen. Wie können "Naturverbräuche" hochgerechnet werden, wenn nicht klar ist, wieviele Menschen es geben wird, die etwas verbrauchen werden? Daß es sinnvoll ist, eine Darstellung der "Zukunftsfähigkeit" mit solchen sozialstatistischen und sozialstrukturellen Prognosen zu beginnen, zeigt eine Studie des Öko-Instituts über "Schleswig-Holstein im Jahr 2010". Methodisch gehen die AutorInnen dieser Studie umgekehrt vor: Sie schließen nicht von Trends des Umweltverbrauchs auf soziale Soll-Zustände, sondern von demographischen, gesellschaftlichen, strukturellen und Lebensstil-Trends auf den Umweltverbrauch. (Öko-Institut 1995) Bezogen auf diese Trends legen sie dann die zu erwartenden Umweltverbräuche dar, die sie — wie die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" in Kapitel 3 — auch auf sogenannte Bedarfswelder beziehen (Wohnen, Ernährung etc.). Als Trends zeigen sie unter anderem: die eklatante Zunahme des Anteils alter Menschen, verstärkte Einwanderungsquoten und damit einhergehende ethnisch-kulturelle Ausdifferenzierung der Bevölkerung, die Pluralisierung der Lebensformen und Verkleinerung der Haushaltsgrößen, eine weitere Tertiärisierung der Produktion, das Auseinanderdriften in Arm und Reich. Diese Trends werden nicht nur das Konsum-

verhalten der EndverbraucherInnen, sondern auch die Herstellungs- und Vermarktungsstrukturen in Deutschland 2010 entscheidend bestimmen.

Der Verzicht auf eine gesellschaftstheoretische Bestimmung und statistisch-numerische Darstellung von sozialen Ist-Zuständen bildet in der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" einen systematischen "blinden Fleck", der ein Einfallstor für ein feuilletonistisches Gerede über pauschale normative Orientierungen ist, die hinsichtlich ihrer geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Auswirkungen kritisch zu hinterfragen sind.

Ausblick

Bei aller Kritik finde ich die an verschiedenen Stellen in der Studie eingestreuten Überlegungen für eine **Regionalisierung** der Produktions-, Vermarktungs- und Konsumtionsstrukturen bei partieller Offenheit für Weltmarktbeziehungen (ZD: 78, 119, 134, 136, 236ff., 394) hingegen für eine frauenpolitische Perspektive auf "Zukunftsfähigkeit" interessant. Diese Überlegungen müßten systematisiert und im Hinblick auf die Darstellung von gesellschaftlichen Trends und Umweltverbräuchen für eingegrenzte Regionen weiter ausgeführt werden. Eine solche Regionalisierungsperspektive bedarf freilich noch Überlegungen im Hinblick auf die Möglichkeiten einer "Brechung" der zunehmenden Globalisierung. Bezogen auf Länder der "Dritten Welt" kann diese politische Perspektive regionale (Subsistenz-) Produktions- und Vermarktungszusammenhänge stärken, in denen Frauen noch Macht haben, nicht von Grundbesitz enteignet und durch die Institutionen der Weltmarktagenten entmachtet sind.

Aber auch für Deutschland halte ich eine Perspektive auf Regionalisierung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen für eine Chance, daß Frauen in den dabei entstehenden neuen regionalen VerbraucherInnen-HerstellerInnen-Netzen entscheidende Gestaltungsmacht und Verfügungsgewalt bekommen. Wird eine solche politische Perspektive des Empowerments von Frauen auch mit einer Erweiterung der Gestaltungsmacht in den Chefetagen der wissenschaftlich-technischen und politi-

schen Macht verbunden, dann sind die Männer vielleicht auch eher "motiviert", sich an der Altenpflege und Hausarbeit, an der Konsumarbeit und der Kinderversorgung zu beteiligen. Erst dann ändern sich auch die nachhaltigen Zahlen, deren Veröffentlichung ich begrüße. Deshalb möchte ich abschließend wenigstens eine zitieren: "Bei Ehepaaren mit Kindern unter sechs Jahren beansprucht die Kinderbetreuung durchschnittlich gut ein Drittel der gesamten unbezahlten Arbeit. Erwerbstätige Ehefrauen wenden für die Betreuung ihres Nachwuchses unter sechs Jahren mit zweieinviertel Stunden mehr als doppelt so viel Zeit auf wie erwerbstätige Männer, nichterwerbstätige Ehefrauen mit etwa dreieinhalb Stunden sogar mehr als das Dreifache." (Statistisches Bundesamt 1994: 15)

Irmgard Schultz

Anmerkung

1) Warum so disparate Soll-Setzungen wie "Rechtes Maß für Raum und Zeit", "Eine grüne Marktagenda", "Von linearen zu zyklischen Produktionsprozessen", "Gut leben statt viel haben" als "Leitbilder" bezeichnet werden, bleibt das Geheimnis der AutorInnen. Weder sind in diesen acht Slogans Zukunftsvisionen zu Bildern verdichtet, wie etwa im Leitbild der "Kreislaufwirtschaft", noch wird auf das vorbildhafte Verhalten/Leben einer Person verwiesen, wie etwa auf das Leitbild Ghandi.

Literatur

Döcker, Ulrike u.a. 1994: Fetter, schwerer, schneller, mehr. Mythen und Fakten vom Essen und Trinken. Institut für Kulturstudien/Österreichisches Ökologie-Institut, Wien

Öko-Institut, Büro Darmstadt, Christoph Ewen u.a. 1996: Umweltauswirkungen des demographischen, sozialen und kulturellen Wandels in Schleswig-Holstein.

Schultz, Irmgard 1995: Leitbilder der Konsumpolitik. in: Westkamp, Cornelia (Hg.): Ökologischer Konsum. Berlin

ZD 1996: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Herausgegeben von BUND und Misereor, Basel

Statistisches Bundesamt 1994: Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung Deutschlands. Wiesbaden, S. 15

□ Irmgard Schultz ist Mitarbeiterin am Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt. Kürzlich haben sie und Ines Weller das Buch "Gender & Environment — Ökologie und die Gestaltungsmacht von Frauen" (Frankfurt 1995, IKO-Verlag) herausgegeben. Den vorliegenden Text haben wir aus der Zeitschrift "Wechselwirkung" nachgedruckt.



Literaturliste zur Nachhaltigkeits-Debatte

Nachfolgend gibt's einige Bücher zum Thema Nachhaltigkeit, Ökologische Steuerreform oder angrenzende Themen. Leider gibt es kaum Literatur, die sich mit diesen Themen kritisch auseinandersetzen. Dies fängt schon beim Papier an, alle verwenden weißes Papier, obwohl Recyclingpapier sicher nachhaltiger wäre. Die original Agenda sowie weitere Pro-Broschüren können beim Bundesministerium für Umwelt/Kennedyallee 10/53175 Bonn kostenlos bestellt werden. Die ersten fünf Bücher sind empfehlenswert, weil sie auch Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte zulassen!

K. Burmeister u.a.

"Zukunftsfähige Gesellschaft – Demokratische Entscheidungen für eine dauerhaft tragfähige Gesellschaft"

(Bonn 1997, Stiftung Mitarbeit, 236 S., 12.- DM)

Eines der wenigen Bücher, welches sich kritisch mit dem Themenbereich "Nachhaltigkeit" auseinandersetzt. Vor allem die bestehenden Wirtschaftszusammenhänge werden kritisiert, leider werden aber auch keine eichten Alternativen genannt. Wer sich mit der Nachhaltigkeitsdebatte auseinandersetzen will und von den Lobhuldigungen in der Presse und Literatur nicht überzeugt (vielleicht auch gerade wenn ihr davon überzeugt seid) ist sollte dieses Buch lesen.

J. Bergstedt

"Agenda, Expo, Sponsoring"

(Frankfurt 1998, IKO Verlag, 400 S., 39,80 DM)

Diese kritische Bestandsaufnahme der Umweltbewegung ist ziemlich deprimierend. Es wäre schön, wenn die Umweltbewegung die Kritik nicht einfach abblocken würde, sondern eine konstruktive Diskussion beginnen würde. Dies ist auch mit dem zweiten Band über Diskussion und Perspektiven geplant. Schade ist, daß gute Ansätze in den Buch gar nicht erwähnt werden, so bleibt bei der Lektüre doch ein sehr deprimierender Gesamteindruck, was der Autor wohl auch beabsichtigt.

C. Spehr

"Die Ökofalle – Nachhaltigkeit und Krise"

(Wien 1996, Promedia, 240 S., 34.- DM)

Eines der wenigen Bücher, welches sich kritisch mit der Nachhaltigkeitsdebatte auseinandersetzt. Besonders gut an dem Buch ist aufgefallen, daß der Autor auch Alternativvorschläge macht, die allerdings relativ allgemein bleiben und weiterer Konkretisierung bedürften. Insgesamt aber ein sehr zu empfehlendes Buch.

H. Eblinghaus/A. Stickler

"Nachhaltigkeit und Macht – Zur Kritik von Sustainable Development"

(Frankfurt 1996, IKO, 240 S., 29,80 DM)

Eines der wenigen wissenschaftlich fundierten Bücher zur Kritik an der Agenda. Eine wirklich lohnenswerte Lektüre für alle, die sich nicht der allgemeinen Agenda-Euphorie hingeben wollen. Besonders interessant sind die Ausführungen über Geschichte und Entstehung des Nachhaltigkeitsgedanken, hier werden wahrlich interessante Zusammenhänge deutlich.

Schwertfisch

"Zeitgeist mit Gräten – Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie"

(Bremen 1997, YatiPress, 230 S.)

Eine interessante Mischung aus Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte und linker Ökologie-Vorstellungen. Auch die Aufmachung und Sprache ist nicht langweilig wissenschaftlich, sondern engagiert und regt zur Diskussion an.

M. Cames

"Effizienzrevolution in der Energiewirtschaft und nachhaltige Entwicklung"

(Berlin 1996, Öko-Institut, 43 S.)

Diese Studie betrachtet die von den NachhaltigkeitsfanatikerInnen propagierte "Effizienzrevolution" relativ kritisch, wobei der Autor gegenüber der Nachhaltigkeitsdebatte keine Kritik äußert.

Verein zur Weiterbildung in Wissenschaft und Forschung

"Handbuch Zukunftsfähige Entwicklung – Experten und Institutionen"

(Bonn 1997, Lemmens, 310 S.)

Wie bei fast allen Büchern zum Thema führt auch hier E.U. von Weizsäcker in die Thematik ein. Danach gibt es ein sehr umfangreiches Verzeichnis von Experten und Institutionen, die sich mit "Zukunftsfähiger Entwicklung" beschäftigen. Es werden jeweils die Schwerpunkte und Projekte der einzelnen Personen bzw. Institutionen beschrieben.

Kommunale Umwelt-Aktion/Deutscher Städte- und Gemeindebund

"Kommunale Agenda 21 – Rathaus und Klimaschutz"

(Hannover 1997, Deutscher Städte- und Gemeindebund, 175 S., 19,80 DM)

Diese Broschüre bezieht zwar deutlich Position für die Agenda 21, besteht aber hauptsächlich aus guten Beispielen von Umweltschutz in Städten und Gemeinden. Diese Beispiele geben eine gute Übersicht von Möglichen Maßnahmen auch unabhängig von der Agenda. Am Ende des Bandes werden sehr ausführlich diverse Fördermöglichkeiten auf allen Ebenen aufgeführt. Insofern ist diese Broschüre auch für UmweltschützerInnen, die nichts von der Agenda halten, als Arbeitshilfe geeignet.

"Rettungsaktion Planet Erde – Kinder der Welt zum Weltgipfel von Rio"

(Meyers Lexikonverlag 1994, 96S.)

Nach einigen Vorworten kommen hier Kinder aus aller Welt zu Wort und Bild. Jeweils werden die Handlungsaufforderungen der Agenda 21 mit Texten und wirklichen künstlerischen Bildern und Fotos der Kinder in kurzen Kapiteln zusammengestellt. Ein guter Einstieg nicht nur für Kinder in das Thema.

Peter Weinbrenner

"Wege zu einem globalen umwelt- und sozialverträglichen Konsum – aufgezeigt an der Produktlinienanalyse eines Lebensmittels"

(Stiftung Verbraucherinstitut Berlin 1996, 96S.)

Unter vier Großkapiteln wird eines der Diskussion über den Fruchtjoghurt als ein ökologisches Lebensmittel gewidmet. Eingeordnet wird das ganze in die jetzige Zeit als Ende einer Industriegesellschaft, in die Agenda 21 und in nachhaltiges Wirtschaften, in Produkt-Ökobilanz und umweltverträgliches Sozialverhalten.

S. Ferenschild u.a.

"Weltkursbuch – Globale Auswirkungen eines »Zukunftsfähigen Deutschlands« - Hinweise und Tipps für unser alltägliches Handeln"

(Basel 1998, Birkhäuser, 209 S.)

Dieses Buch geht davon aus, das eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Überwindung von Armut in der Dritten Welt der Umweltschutz in den Industrieländern ist. Das Buch versucht die Wuppertal-Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" um entwicklungspolitische Aspekte zu ergänzen. Leider werden auch hier kaum grundsätzliche politische Fragen angesprochen.

C. Becker u.a.

"Tourismus und nachhaltige Entwicklung"

(Darmstadt 1996, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 173 S.)

Besonders der Sanfte Tourismus wird häufig als Zauberformel für die nachhaltige Entwicklung in der ländlichen Region gesehen. Sicher liegen hier auch einige Möglichkeiten, um Schutz von Natur und Umwelt finanziell tragfähig zu machen. Allerdings sollte dies auch nicht zu große Hoffnungen wecken, denn am ende steht immer die Profitvermehrung um jeden Preis (siehe Auseinandersetzungen um Nationalparke in Deutschland). Leider wird das zuletzt genannte Thema im Buch nicht einmal angerissen.

E.U. von Weizsäcker u.a.

"Faktor Vier – Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch"

(München 1995, Doerner Knauer, 351 S.)

Der Untertitel dieses Buches macht schon deutlich, worum es den Autoren geht: "Konsum ist O.K., solange er die Natur nicht oder weniger zerstört". Vehement wird der These widersprochen Umweltschutz wäre mit gewissen Einschränkungen verbunden. Wer das glauben mag sollte es lesen.

Stiftung Verbraucherinstitut

"Nachhaltiger Konsum – Welchen Beitrag kann die umweltbezogene Verbrauchearbeit leisten?"

(Berlin 1996, Stiftung Verbraucherinstitut, Carotstr. 5, 10587 Berlin, 113 S.)

Diese Dokumentation des gleichnamigen Workshops gibt die schon bekannten Thesen zum Sustainable Development unkritisch wieder. Besonders auffällig ist auch der Schwerpunkt auf der "persönlichen Agenda". Hier wird die Verantwortung der Großunternehmen fast

vollkommen auf jede/n einzelne/n aufgeteilt. Ein weiterer Tagungsband "Nachhaltiger Konsum – aber wie?" aus dem Jahre 1995 kann unter gleicher Adresse bestellt werden.

**Verbraucher-Zentrale NRW
"Herausforderung Sustainability"**

(Düsseldorf 1997, Verbraucher-Zentrale NRW, Adersstr. 78, 40215 Düsseldorf, 160 S., 1,50 DM + Porto)

Auch diese Broschüre ist eine Dokumentation einer Fachtagung, die durch das Wuppertal-Institut geprägt wurde und somit kritische Töne zum Nachhaltigkeitsgedanken nicht erwarten ließ. Immerhin lassen sich einige sinnvolle Ansätze in diesem Band finden, warum diese aber unter dem Sustainable-Siegel segeln bleibt unklar.

Dritte Welt Haus Bielefeld/BUND/Misereor (Hrsg.)

Entwicklung Deutschland - Umkehr zu einer global zukunftsfähigen Entwicklung. Ein Schaubilderbuch

(Hammer 1997, 190 S., 19,80 DM)

Dieses übersichtliche Buch basiert auf der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie. Auf jeder Doppelseite wird ein Thema mit Graphiken und kurzem Text angegangen. Das erste der drei Großkapitel berichtet über Luxus, das zweite über staatlichen und allgemeinen Umbau, das dritte über private Möglichkeiten der "Zukunftsfähigkeit". Auch ein alphabetisch geordnetes Verzeichnis nach Themen läßt schnell eine passende Doppelseite für die Schule oder eine Diskussion finden.

E. Becker

"Soziale Ökologie und Sustainable Development"

(Frankfurt 1997, IKO, 160 S., 29,80)

Die Autoren versuchen in diesem Buch das Konzept des »Sustainable Development« zu konkretisieren. Dabei kommen relativ sinnvolle Ergebnisse heraus. Leider wird nicht hinterfragt, warum diese auf der Hand liegenden Ergebnisse nicht umgesetzt werden.

J. Brinkmann u.a.

"Nachhaltigkeit und Hochschulentwicklung"

(Dortmund 1997, Projekt Verlag, 156 S., 24,- DM)

Dieses Buch gibt einige positive Beispiele, wie die Agenda an Hochschulen umgesetzt werden kann. Leider fehlt auch hier jegliche Kritik an den Inhalten der Agenda. Insgesamt aber trotzdem ein ganz guter Leitfaden für Umweltschutz an Hochschulen.

M. Born

"Handlungsleitfaden zur Entwicklung eines kommunalen Nachhaltigkeitsindikatorensystems im Rahmen der lokalen Agenda 21"

(Bremen 1997, econtur, 66 S., 22,- DM)

In diesem Heft geht es um die Ermittlung von Daten im Rahmen der Agenda. Es werden auch zahlreiche Beispiele genannt und praktische Hinweise gegeben. Einen Handlungsleitfaden für die Umsetzung der Agenda ist dies aber nicht.

Stiftung Leben und Umwelt

"Wer - Was - Wo? - Agenda 21 in Niedersachsen"

(Hannover 1997, Stiftung Leben & Umwelt, 64 S., 5,- DM)

Eine kleine Adressensammlung mit allen wichtigen Adressen in Zusammenhang mit der Agenda 21. Kurze Beschreibungen ergänzen die Adressen und erleichtern die Orientierung.

Umweltbundesamt

"Nachhaltiges Deutschland"

(Berlin 1997, E. Schmidt Verlag, 354 S.)

Diese Studie des UBA zeigt, wie Deutschland mit und ohne nachhaltige Entwicklung aussehen wird. Es stellt jeweils drei Szenarien auf:

1. Status Szenario bei der Fortschreibung des jetzigen Zustandes
2. Effizienz Szenario Verbesserungen durch technische Effizienz
3. Bewußtseins Szenario Bewußtseinswandel zusätzlich zu technischer Effizienz

Natürlich bringt das dritte Szenario die meiste Wirkung in Sachen Umweltschutz, jedoch ist auf jeden Fall bemerkenswert, daß technische Effizienz in vielen Fällen alleine nicht ausreicht. Die einzelnen Themen werden recht konkret behandelt und mit Zahlen belegt. Leider fehlen einige wichtige Themen, wie Atomkraft und Gentechnik.

C. Krebs u.a.

"Die Ökologische Steuerreform"

(Basel 1998, Birkhäuser, 218 S.)

Dieses Buch bietet eine gute Einführung in das Thema ökologische Steuerreform. Allerdings fordert es auch eine Ermäßigung der Energiesteuer für besonders energieträchtige Produktionszweige, was eigendlich dem Sinn einer ökologischen Steuerreform widerspricht, weil sie ja gerade die besonders den hohen Energieverbrauch verringern helfen soll. Damit liegt das Buch auf einer Linie mit dem Konzept der Ökologischen Steuerreform des DNR und leider weit hinter den ursprünglichen Plänen zur Ökologischen Steuerreform.

W. Bode (Hrsg.)

"Naturnahe Waldwirtschaft - Prozeßschutz oder biologische Nachhaltigkeit"

(Holz 1997, Deukalion, 400 S.)

Ein auf dem ersten Blick eher marginaler Unterschied "Prozeßschutz oder biologische Nachhaltigkeit" hat die Natur- und Umweltschutzver-

bände in der letzten Zeit wie kein anderes Thema entzweit. So kommt es, daß es zwei verschiedene Zertifikationen für naturnahe erzeugtes Holz gibt. Dieses Buch vertritt ganz klar die Position des NABU's (biologische Nachhaltigkeit) und setzt sich sehr kritisch mit der Position von z.B. Greenpeace und BUND (Prozeßschutz) auseinander. Dabei tritt etwas in den Hintergrund, daß das "Prozeßschutz"-Modell mit Sicherheit das weitergehendere in Richtung naturnahe Waldwirtschaft ist und das "Nachhaltigkeits"-Konzept eigentlich nur die bisherige Ausbeutung der Wälder etwas naturverträglicher macht, um sich ein Öko-Mäntelchen umzuhängen, aber gleichbleibende wirtschaftliche Erträge zu erwirtschaften.

C. Ax

"Das Handwerk der Zukunft"

(Basel 1997, Birkhäuser, 264 S., 39,80 DM)

Die Autorin sucht nach Möglichkeiten, die Nachhaltigkeit im Kleinen jenseits der Industrie und Globalisierung umzusetzen. Hierbei hat Sie das Handwerk als entscheidenden Motor ausgemacht. Warum sie sich damit unbedingt der Nachhaltigkeitsdiskussion anschließen mußte bleibt allerdings offen, denn ihre Forderungen erhebt die Umweltbewegung schon seit Jahren. Insgesamt aber ein Lichtblick in dem Meer von industriefreundlichen "Nachhaltigkeitsspanphleten"

Umweltberatung Nordost

"Nachhaltige Aktionen"

(München 1997, Politische Ökologie, 64 S., 24,80)

Abgesehen vom Preis ist dieses Sonderheft relativ sinnvoll, weil es positive Beispiele vorstellt und nicht nur abgehoben über das Thema Nachhaltigkeit labert. In der politischen Ökologie sind bereits einige Artikel und Schwerpunkttheft zum Thema "Nachhaltigkeit" erschienen.

Greenpeace

"Der Preis der Energie"

(München 1995, Beck, 230 S.)

Ein Buch, war die Ökologische Steuerreform auf deren ökologischen und Ökonomischen Folgen hin untersucht und zu einer positiven Bewertung kommt. Soziale Folgen werden allerdings nicht behandelt. Auch die Frage, ob die Öko-Steuerreform unser Wirtschaftssystem wirklich ökologisieren könnte wird ausgeklammert.

Edelgard Bulmahn u.a.

"Jenseits von Öko-Steuern"

(1995, epw-Verlag, 230 S., 35,- DM)

Dieses vom Titel ganz interessant klingende Buch behandelt den Ökologischen Umbau der Wirtschaft und kritisiert zumindest die Scheinheiligkeit, daß Öko-Steuern dies alleine bewirken könnten. Die Hinweise zum Ökologischen Umbau sind allerdings auch sehr stark von den Argumenten nachhaltiger Entwicklung geprägt.

H. Girardet

"Das Zeitalter der Städte - Neue Wege für eine Nachhaltige Stadtentwicklung"

(Holz 1996, Deukalion, 190 S.)

Die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt heute in Städten und Städte können sich aus sich heraus kaum Nachhaltig weiterentwickeln. Daher ist auch etwas vermessen bei etwas Begründung oder autofreien Siedlungen (die auch Flächen versiegeln) von Nachhaltiger Stadtentwicklung zu sprechen. Zumal gutgemeint Projekte meist in den Kinderschuh steckenbleiben, weil viele Menschen sich eben doch nicht von ihrem geliebten Auto trennen können.

Hier werden die Probleme von Städten sehr gut analysiert und einige positive Beispiele gegeben (z.B. Christiania). Leider wird Kritik am bestehenden Wirtschaftssystem auf die Zinspolitik reduziert, was im übrigen auf freiwirtschaftlichen Denkmustern beruht. Trotzdem ein ganz interessantes Buch.

C.-A. Fechner

"Zukunftsfähiges Deutschland - Das jüngste Gericht"

(1996, focus-film, Video)

Der Film macht mit Archivbildern einen Ausflug in die Geschichte der Industriegesellschaft. Zeigt die Probleme der Gegenwart und macht die Linse weit auf für die Visionen für eine bessere Zukunft. Genauso ist auch die gleichnamige Studie vom BUND aufgebaut. So wie in der Studie fehlt auch im Film eine wirklich kritische Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Systemfragen. Im Film kommt noch hinzu, daß keine einzige Frau zu Wort kommt und Ernst-Ulrich von Weizsäcker ungestraft einen Ökorat nach monarchistischen Vorbildern fordert ...

Evangelische Akademie Baden

"Zukunft für die Erde"

(Banden 1998, Evangelische Akademie Baden, Band 1-3, 175S./225 S./110 S., 18,-/24,-/12,- DM)

Im ersten Band wird "Sustainable Development" erklärt im zweiten Band wird die Ökologische Krise dargestellt und im dritten Band wird die Bevölkerungsgröße diskutiert. Nachhaltigkeit wird durchweg positiv dargestellt und es gibt keine Kritik an der BUND-Studie.

H.G. Kastenholz u.a.

"Nachhaltige Entwicklung"

(Heidelberg 1996, Springer, 253 S., 48.- DM)

Immerhin erkennt dieses Buch an, daß unter nachhaltiger Entwicklung sehr Unterschiedliches zu verstehen ist und will den Begriff mit positiven Inhalten füllen. Dies gelingt allerdings auch nur bedingt, denn bei der Frage der Umsetzbarkeit bleiben die Autoren genauso wie die BUND-Studie stehen.

Rat von Sachverständigen für Umweltfragen
"Umweltgutachten 1996 – Zur Umsetzung einer Dauerhaft Umweltgerechten Entwicklung"

(Stuttgart 1996, Metzler-Poeschel, 467 S., 68.- DM)

Dieses Gutachten behandelt eigentlich alle Felder der Umweltpolitik der Bundesregierung und betrachtet diese kritisch. Fast überall kommt es zu verhaltener Kritik. Aber anstatt die Systeme, wie Öko-Audit oder die Selbstverpflichtung der Wirtschaft grundsätzlich als ungeeignet zu bewerten, werden Reformvorschläge gemacht, deren Wirksamkeit zu bezweifeln ist.

Rat von Sachverständigen für Umweltfragen
"Sondergutachten: Konzepte einer dauerhaft umweltgerechten Nutzung ländlicher Räume"

(Stuttgart 1996, Metzler-Poeschel, 130 S., 32.- DM)

Dieses Sondergutachten beschäftigt sich mit den besonderen Erfordernissen für die ländlichen Räume. Das Gutachten orientiert sich an der bestehenden Gesetzgebung und übt sehr verhalten Kritik. Leider wird selbst diese Kritik kaum umgesetzt.

R. Kreibich

"Nachhaltige Entwicklung"

(Weinheim 1996, Beltz, 224 S.)

Dieses Buch bietet einen guten Überblick über "Nachhaltige Entwicklung". Vor allem die Auflistung der weltweiten Verträge zum Thema sind sehr sinnvoll. Einer kritischen Betrachtung wird das Leitbild der Nachhaltigkeit allerdings nicht unterzogen.

R. Riedl

"Die Ursachen des Wachstums – unsere Chancen zur Umkehr"

(Wien 1996, Kremayr & Scheriau, 300 S., 53.80 DM)

"Die Grenzen des Wachstums", vor zwei Jahrzehnten vom "Club of Rome" publiziert, war ein Weiterfolg. Verändert hat sich dagegen nichts: Das Wirtschaftswachstum ist weiterhin exponentiell angestiegen und damit auch der Ressourcenverbrauch und die Umweltzerstörung. Insgesamt nimmt das Buch das Wachstum der Wirtschaft als praktisch naturgegeben hin und weiß als Lösung auch nur die "nachhaltige Entwicklung".

W. Hunke (Hrsg.)

"Zukunftsfähige Medizin"

(Basel 1996, Birkhäuser, 133 S.)

Den Autoren dieses Buches geht es um die Suche nach einer menschengerechten Medizin. Alternative Heilmethoden werden allerdings nur am Rande behandelt. Das Buch ist aus einer gleichnamigen Tagung des Wuppertal Instituts entstanden.

W. Benkert

"Wo bleiben die Umweltabgaben"

(Marburg 1995, Metropolis, 260 S.)

Das Buch behandelt umfassend den Bereich Umweltabgaben und Ökosteuern. Das Buch betrachtet vor allem die politischen Voraussetzungen für die Umsetzung von Umweltabgaben und versucht, Hindernisse für die Umsetzung aus dem Weg zu räumen.

Wuppertal Institut

"Zukunftsfähiges Deutschland"

(Basel 1996, Birkhäuser, 450 S.)

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" zeigt eindeutig auf, daß unsere Industriegesellschaft nicht in gleicher Weise wie bisher Ressourcen verbrauchen kann. Leider zeigt das Gutachten nur wenig wirklich neue Ideen für die Bewältigung der globalen Umweltprobleme auf und beschränkt sich auf Vorschläge, die bestehende Herrschaftsstrukturen technisch modernisieren

Broschüren zum Thema Nachhaltigkeit

R. Strobach

"Die Agenda 21 und die Versuche der Umsetzung in den Kommunen"

(Hannover 1996, Bürgerinitiative Umweltschutz, Stephanusstr. 25, 30449 Hannover, 22 S.)

Eine der wenigen kritischen Broschüren zum Thema Agenda. Es werden alle Kapitel der Agenda kurz beschrieben und dabei auch kurz kritisiert. Die Broschüre bietet eine gute Grundlage für die Bewertung der Agenda und liefert viele Argumente bei der Diskussion um die Agenda.

T. Langner

"Umweltbildung und Lokale Agenda 21"

(Pöglitz 1997, Umweltbüro Nord, Angeroder Str. 1, 18461 Pöglitz, 32 S., 10.- DM) Schon bekannte Umweltprojekte an schulen wie das "fifty/fifty"-Projekt werden in Zusammenhang mit der Agenda gestellt. Die Broschüre bietet wenig neues und keine kritische Auseinandersetzung mit der Agenda.

H. Leitschuh-Fecht

"Lust auf Zukunft – Nachhaltige Entwicklung – die sozial-ökologische Erneuerung der Gesellschaft"

(Bonn 1997, SPD-Bundestagsfraktion, 117 S.)

Dies ist eine vergleichsweise gut recherchierte Broschüre, leider setzt die Autorin Nachhaltigkeit und Agenda 21 gleich. Eine kritische Hinterfragung der Agenda fehlt auch hier vollständig.

Forum Umwelt und Entwicklung

Reihe: Fünf Jahre nach dem Erdgipfel**"Finanzierung von Umwelt und Entwicklung"****"Umwelt und Entwicklung eine Bilanz"**

(Bonn 1997, Forum Umwelt und Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, 28/32 S., kostenlos)

Forum Umwelt & Entwicklung

"Lokale Agenda 21"

(Bonn 1997, Forum Umwelt & Entwicklung, 44 S., kostenlos)

Ein ganz sinnvoller Leitfaden für den Umweltschutz in der Gemeinde auch unabhängig von der Agenda. Es wird nicht klar wozu eigentlich die Agenda benötigt wird, weil alle beschriebenen Beispiele gibt es auch ohne Agenda. Eine kritische Auseinandersetzung mit bestimmten Zielen der Agenda, wie Gentechnik oder Atomkraft, suchen wir natürlich wieder mal vergeblich.

Ministerium für Natur und Umwelt

"Gemeinsam für eine nachhaltige Entwicklung in Schleswig-Holstein – Tagungsband zur Auftaktveranstaltung"

(Kiel 1996, Ministerium für Umwelt Schleswig-Holstein, 41 S.)

Interessant ist schon alleine, daß das Datum der Auftaktveranstaltung zur Agenda in Schleswig-Holstein 4 Jahre nach der Konferenz in Rio stattfindet, wo eigentlich schon lange die lokalen Agenden aufgestellt sein sollten. Der Inhalt dieses Tagungsbands ist dann auch eine reine Aneinanderreihung der Beiträge, die scheinbar schon vorhandene Aktivitäten in Zusammenhang mit der Agenda stellten. Nach dem Motto in Schleswig-Holstein ist ja alles so toll wir haben ja quasi schon die Agenda umgesetzt.

Deutsches Institut für Urbanistik

"Lokale Agenda 21 – Dokumentation eines Erfahrungsaustauschs"

(Köln 1996, Deutsches Institut für Urbanistik, ca. 100 S.)

Es werden am Anfang einige allgemeine Umfragen zur Agenda vorgestellt und dann anhand einiger Beispiele den aktuellen Stand der Agenda erläutert.

T. Fues

"Rio Plus 10"

(Bonn 1997, Stiftung Entwicklung und Frieden, Gotenstr. 152, 53175 Bonn, 11 S.) Englische Broschüre über die Auswirkungen der Rio Konferenz. Sie ist sehr auf die internationalen Institutionen fixiert.

K. Soyey, P. Ackermann

"Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg"

(1997, Brandenburgisches Umweltforschungszentrum, 150 S.)

Diese Broschüre beschreibt, wie eine nachhaltige Entwicklung in Brandenburg aussehen könnte. Echte Alternativen werden aber nicht aufgezeigt.

Projektwerkstatt Umwelt & Entwicklung

"Die Dose-Jeans-Papier-Story!"

(Hannover 1997, PW Umwelt & Entwicklung, 50 S.)

Die Broschüre stellt die Zusammenhänge zwischen Luxusartikeln, wie Hosen, Dosen und Papierkonsum und Entwicklungsfragen her. Sie bietet einen schnellen Einstieg in das Thema.

M. Tischer

"Nachhaltige Regionalentwicklung und interregionaler Handel"

(Trier 1995, Uni Trier, 87 S., 20.- DM)

Hier wird eine nachhaltige Regionalentwicklung propagiert. Eine Broschüre, die wenig neues bringt.

Wüstenrot Stiftung

"Ökologisch nachhaltige Entwicklung des Bauens"

(Ludwigsburg 1996, Taurus Institut, ni Trier, 54286 Trier, 240 S.)

Diese Broschüre bietet einen Überblick, was beim Bauen an nachhaltiger Entwicklung möglich ist. Im zweiten Teil werden dann diverse Projekte vorgestellt, wobei es sich meist um Neubauten auf der grünen Wiese handelte, was dann so nachhaltig daran ist bleibt unbeantwortet.

W. Jung u.a.

"Zukunftsfähiges Wirtschaften im Raum Aachen"

(Aachen 1997, Stiftung Kathy Beys, Pf 370148, 52035 Aachen, 233 S., 25,- DM)
Diese Studie entwirft eine nachhaltige Wirtschaftsweise für den Raum Aachen, die natürlich auch auf andere Regionen übertragen werden kann.

Stiftung Verbraucher Institut

"Welternährungssituation und nachhaltiger Konsum"

(Berlin 1996, Stiftung Verbraucher Institut, 200 S.)

Auch der Verbraucher kann sich nach Meinung der AutorInnen selber für einen nachhaltigen Konsum einsetzen.

Anja Knaus/Ortwin Renn

Den Gipfel vor Augen

(Marburg 1998, metropolis Verlag, 450 S. plus CD)

Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft – so lautet der Untertitel. Im Buch werden die Strategien und Grundlagen der Nachhaltigkeit recht umfassend dargestellt. Damit bietet das Buch einen guten Überblick, allerdings einen recht unkritischen. Ein Stück weit wirkt es wie das „Zukunftsfähige Deutschland“ selbst: Einzelideen, vor allem technik- und planungsorientiert, aber keine Auseinandersetzung mit politischen Rahmenbedingungen

Christian Ude u.a.

Zukunftsfähiges München

(München 1998, ökom Verlag, 214 S.)

Ein schönes Buch, geschrieben von 70 AutorInnen aus München. Viele Ideen werden vorgestellt. Insofern ist das Buch eine Fundgrube für alle, die Projektideen suchen. Ein Entwurf eines zukunftsfähigen Münchens ist es allerdings nicht, denn das würde mehr bedeuten als lauter Kleinmaßnahmen ohne Kritik der Verhältnisse insgesamt. Symptomatisch wirkt das Ende: Ein Ex-Siemens-Manager schreibt: „Der Weg ist das Ziel“. Vielleicht eher: Das Ziel ist weg?

Independent Commission on Population and Quality of Life

Visionen für eine bessere Lebensqualität

(Basel 1998, Birkhäuser Verlag, 421 S., 39,80 DM)

Eine internationale Kommission, eingesetzt und beeinflusst von großen Industriestaaten bis zur Weltbank, sollte Lösungsansätze für das zukünftige Leben entwerfen. Warum dabei die Bevölkerungsentwicklung zum Fokus wurde, ist im Buch nicht erkenntlich. Zwar wird nicht die ganz platte These von der Umweltverschmutzung als Folge zu vieler Menschen vertreten, jedoch fehlen dem Buch grundlegende Analysen der herrschenden Gesellschaft und Gegenmodelle – also ein typisches Buch zur Nachhaltigkeitsdebatte.

Richard Häusler u.a.

Lokale Agenda 21 – Zukunft braucht Beteiligung

(Bonn 1998, Wissenschaftsladen, 152 S.)

Ein Buch für alle die den Prozeß Agenda durchführen oder steuern wollen. Im Mittelpunkt stehen Vorschläge für die Moderation und Gruppenprozesse. Dabei werden sowohl Details beschrieben wie auch ganze Methoden, z.B. das Open Space oder die Planungszelle. Das Buch wird vor allem ModeratorInnen helfen, zeigt aber auch, daß Agenda-Arbeit vor allem der Prozeß ist, Ergebnisse dagegen nebensächlich erscheinen.

Im Anhang finden sich Adressen für Moderationen.

Elisabeth Meyer-Engelke

Beispiele nachhaltiger Regionalentwicklung – Empfehlungen für den ländlichen Raum

(Düsseldorf 1998, Raabe-Verlag, 412 S.)

Landwirtschaft, Tourismus, Verkehr, Abfall, Abwasser und Energie sind die Themen der im ersten Teil des Buches niedergeschriebenen Grundlagen nachhaltiger Regionalentwicklung mit vielen Hinweisen zu den Grundlagen und Zielen.

Im zweiten Teil werden etliche Beispiele vorgestellt, leider in ziemlich übersichtlicher und schematischer Gliederung, die Bewertungen kaum möglich machen. Die Nennung von Kontaktadressen erleichtert die weitere Recherche.

M. Linz

Spannungsbogen – „Zukunftsfähiges Deutschland“ in der Kritik

(Basel 1998, Birkhäuser Verlag, 75 S., 19,80 DM)

Ein guter und kurzer Überblick über die Kritik an der Studie, sowohl positive wie auch negative, bei letzterer sowohl der aus der Wirtschaft wie auch der aus emanzipatorischen Gruppen.

Birgit Breuel

Agenda 21

(1999, Campus Verlag in Frankfurt, 252 S., 36 DM)

Ausgerechnet Birgit Breuel ... die Chefin der Expo 2000 schreibt in diesem Buch, das in der Expo-Buch-Reihe erscheint, was sie von der Agenda 21 hält. Und als wäre das noch nicht der Perversion genug, treten lauter WissenschaftlerInnen und PublizistInnen mit Beiträgen im Buch auf, die eigentlich lieber auf Distanz zum Herrschafts- und Technikfetischismus der Expo gehen sollten. Zu allem Überfluß macht die Frankfurter Rundschau in allen Expo-Büchern Werbung. Richtig hat Breuel erkannt, daß die Agenda im Kern ein neoliberales Konzept ist. Folglich läßt sie sich wie die anderen AutorInnen vor allem über effizienteres Wirtschaften und eine Modernisierung der Apparate aus.

Erhard O. Müller u.a.

Der Runde Tisch zur Nachhaltigen Entwicklung

(1999, Eigenverlag in Berlin, 57 S., kostenlos)

Darstellung des Runden Tisches und erster Erfahrungen. Schon die Zusammensetzung bietet bemerkenswerte Anschauung, was unter dem Deckmantel der Agenda und Nachhaltigkeit abgeht: Neben wenigen Ökos wie der Grünen Liga finden sich staatliche Stellen (4 von 14) und knallharte IndustrievertreterInnen (5 von 14) als klare Mehrheit. Doch auf Herrschaftsfragen und Ideen für tatsächliche Beteiligungsrechte geht das Heft gar nicht ein. Es ist eine gute und übersichtliche Broschüre zu einer falschen Sache.

Zukunft der Erde – Erde der Zukunft

(1998, Misereor in Aachen, 156 S., A4-Mappe)

Die Mappe bietet konkrete Anregungen, sich mit der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ bzw. dem Nachhaltigkeitsthema insgesamt in der Jugendarbeit auseinanderzusetzen. Neben dem Hauptteil, konkreten Tips, gibt es auch einen Anhang mit politischen Hintergründen – und die sind zum Glück einiges besser als die Studie.

Volker Teichert, Hans Diefenbacher u.a.

Lokale Agenda 21 in der Praxis

(1998, FEST in Heidelberg, 295 S.)

Im Kern bietet das Buch eine Vielzahl konkreter Anregungen für politische Beschlüsse und Aktivitäten von lokalen Wirtschaftssystemen bis zu umweltgerechter Produktion oder Mobilität. Das macht den Wert des Buches aus und dürfte eine der besten Sammlungen kommunaler Handlungsvorschläge darstellen. Einleitung und als Abschluß finden sich theoretische Einlassungen. Warum jedoch das Ganze in den Bezug zu der inhaltlich fatalen und gerade zur Organisation von Nichthandeln genutzten Agenda 21 gestellt wurde, bleibt unverständlich. In der Literaturliste tauschen agendakritische Bücher nicht auf.

Socrates

Agenda 21

(1997/98, Heimvolkshochschule Stephansstift in Hannover, 2 Bände)

Das erste Handbuch stellt eine minutiöse Anleitung zur Durchführung der Agenda in der Kommune dar, ergänzt durch wenige Beispiele aus verschiedenen europäischen Ländern. Dieses letzte steht dann im zweiten Band im Mittelpunkt, wobei hier weniger lokale Beispiele als vielmehr überregionale Entwürfe, Netzwerke usw. Die Bände sind präzise und enthalten wertvolle technische Informationen. Allerdings fehlt ihnen jeglicher kritischer Blick – obwohl inzwischen die Kritik an der Agenda allgemein bekannt sein dürfte. Dennoch ein Buch zu machen, in denen nicht einmal auf die Existenz der Kritik oder entsprechende Literatur hingewiesen wird, ist unverschämt.

John Gordon

Nach dem Erdipfel von Rio de Janeiro – eine Zwischenbilanz

(1994, Birkhäuser in Basel, 112 S., 19,80 DM)

Für eine aktuelle Bilanz ist das Buch zu alt. Interessant kann es trotzdem sein, zeigt es doch das Stimmungstief im Jahr 1993. Der Band dokumentiert eine Nachfolgetagung im Jahr 1993 in London.

Ernst-Ulrich von Weizsäcker

Das Jahrhundert der Umwelt

(1999, Campus-Verlag in Frankfurt, 235 S., 36 DM)

In der Expo-Buch-Reihe zu Zukunftskonzepten ist erwartungsgemäß Expo-Funktionär Weizsäcker der Herausgeber des Umweltbuches. Als AutorInnen treten weitere Personen aus der mainstream-ökologischen Diskussion auf. Dort ist Umweltschutz reduziert auf Ressourceneffizienz, d.h. auf eine Art von Umweltschutz, die vor allem der Wirtschaft hilft, da länger und profitabler ausgebeutet werden kann. Umweltschutz als Beitrag zur Selbstorganisation von Menschen und zum Erhalt natürlicher Kreisläufe ist in diesem neuen Entwürfen des Umweltgedankengutes völlig verschwunden.



Aufruf:

Gegen die Agenda 21!

Für eine unabhängige politische Bewegung!

Die Agenda 21 ist ein Dokument der Herrschenden, verabschiedet von den RegierungschefInnen der Welt in Rio 1992.

- Die Agenda fordert den Ausbau der Atomtechnik in allen Ländern der Welt, eine Weiterentwicklung der Gentechnik sowie eine Stärkung der Privatunternehmen, vor allem multinationaler Konzerne, bis hin zur Gleichberechtigung mit den politischen Gremien.
- Die Agenda stärkt die Rechte der Wirtschaft, während sie für die BürgerInnen im allgemeinen oder besondere Gruppen (Jugendliche, Frauen, ArbeitnehmerInnen) nur unverbindliche Formulierungen aufweist (Dialog, Konsultationsprozeß ...).
- Die Agendadebatte verschleiert die aktuelle Politik. Während an Agendatischen unverbindlich geredet wird, schaffen die Mächtigen Fakten: Deregulierung, d.h. Beschneidung der Beteiligungsrechte und wichtiger Umweltschutzstandards, Verfahrensbeschleunigungen, neues Atomgesetz, internationales Abkommen zum Schutz der Großkonzerne (MAI).
- Die Agenda ist Werk und Werkzeug der Mächtigen auf Bundes- und Landesebene. Wer den Namen populär macht, nützt denen, die mit der Expo 2000, dem MAI, Müllverbrennungsanlagen usw. ganz andere Akzente setzen.
- Die Agenda verschlingt Gelder, Personal und Zeit ohne sichtbare Ergebnisse für den Umweltschutz und eine gerechte Welt. Die runden Tische der Agenda werden inzwischen in der Öffentlichkeit, bei der Mittelvergabe und Informationsweitergabe gegenüber unabhängigen Arbeitsformen bevorzugt.
- Die Agenda grenzt aus. Sie bezieht neben Firmen und staatlichen Stellen in der Regel nur bestimmte Organisationen ein, während unabhängige Aktionsgruppen und Initiativen ausgegrenzt werden. Die Agenda spaltet.
- Die Agenda schafft einen Zwang zum Konsens mit denen, die verantwortlich sind für die Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung vieler Menschen. Konsenszwang dort, wo gegenteilige Interessen vorliegen, schafft Handlungsunfähigkeit. Die Agenda ist daher strukturell ungeeignet, wirksame Arbeitsbedingungen zu entwickeln.
- Der von der Agenda formulierte Begriff der Nachhaltigkeit klammert die Fragen der Herrschaftsstrukturen, Unterdrückung, Gleichberechtigung und der wirtschaftlichen Monopolbildung aus und reduziert wirtschaftliche Forderungen auf die Produktionsmethoden und den Ressourcenverbrauch (Effizienzrevolution). Die Folge wäre eine optimierte Produktion vor allem bei den Großkonzernen ohne sonstige gesellschaftliche Verbesserungen.
- Die Agenda ist Etikettenschwindel: Die meisten der als Agendaprojekte gefeierten Projekte sind ohne konkrete Wirkung oder waren auch ohne Agenda schon in Planung, d.h. haben nur nachträglich den Stempel "Agenda" erhalten.

Um dem Kampf für den Schutz der Umwelt und für eine gerechte Welt wieder Nachdruck zu verleihen, ist wichtig, daß gesellschaftliche Bewegungen wieder aktionsfähig und durchsetzungstark werden.

- Die notwendige Kooperation zwischen sozialpolitischen, internationalistischen und Umweltgruppen muß selbstbestimmt erfolgen. Sie muß gestärkt werden und darf nicht von staatlichen Stellen abhängig sein.
- Die politischen Gruppen müssen klare politische Positionen entwickeln und gegenüber den Mächtigen einbringen. Dazu ist eine bessere Zusammenarbeit der Gruppen nötig, die für gesamtgesellschaftliche Änderungen im Sinne einer herrschaftsfreien und ökologischen Welt eintreten.
- Klare Positionen und Forderungen müssen immerwährende Kompromißbereitschaft ersetzen.
- Politische Gruppen müssen den Ausbau echter Beteiligungsrechte (direkte Demokratie, Akteneinsicht, Dezentralisierung politischer Entscheidungen) fordern und sich selbst zu InitiatorInnen solcher Prozesse machen, vor allem da, wo sie selbst privilegiert beteiligt werden (z.B. als anerkannter Naturschutzverband, als NGO, in Gremien usw.).
- Der Monopolisierung und Globalisierung muß die Forderung nach einer Ökonomie von unten entgegengesetzt werden. Politisch bedeutet das die Abschaffung jeglicher Förderung überregionaler Konzernstrukturen sowie die Bevorzugung selbstverwalteter Betriebe. Politische Gruppen sollten Kollektive als PartnerInnen bevorzugen.
- Lobbyarbeit und Dialog (runde Tische usw.) ist nur sinnvoll, wenn in den Verhandlungen ein Druckpotential besteht. Dieses kann nur in öffentlicher Aktionsfähigkeit bestehen (Boycott, direkte Aktion, Widerstand, Öffentlichkeitsarbeit). Sie wiederzuerlangen, muß primäres Ziel aller politischen Gruppen sein, denn von ihr hängt alles ab.

**Kein Fuß breif den BefürworterInnen der Atom- und Gentechnik,
von Herrschaft und Ausbeutung!
Stopp! die Agenda und andere Machtinstrumente!**

Hinweise

Dieser Text soll die Diskussion um die Agenda 21 und darum, daß sich immer mehr Umwelt-, Eine-Welt, Frauen- und soziale Gruppen einfangen lassen für ein zweifelhaftes Beschäftigungsprojekt, neu beleben und helfen, Alternativen zu entwerfen.

UnterstützerInnen des Anti-Agenda-Aufrufs:

- ASTA der Gesamthochschule Kassel
- Ökoscouts, Braunschweig
- BI Lüchow-Dannenberg
- Institut für Ökologie, Marburg
- Jugend-Umwelt-Projektwerkstatt, Bad Oldesloe
- BürgerInnen gegen Castor e.V.
- Anarchistische Gruppe c/o ALICE, Hamburg
- Gruppe Landfriedensbruch
- Lüneburger Bündnis gegen Gen
- Widerstand weltweit (WiWa) Wendland
- Anti-Expo-AG und Büro für mentale Randalen, Recklinghausen
- BUNDjugend Lüneburg

Literatur

Agenda 21 - Ein Spiel mit gezinkten Karten?
Ö-Punkte-Schwerpunkt Frühjahr 1998
5 DM

Reader "Agenda 21"
Sammlung von Texten für und gegen Agenda, Hintergründe und mehr.
A4-Mappe, 12 DM

Agenda, Expo, Sponsoring (2 Bände + CD)
Band 1: Recherchen im Naturschutzfilz (Fakten zum Filz zwischen Umweltgruppen, Staat und Wirtschaft)
400 S., IKO-Verlag, 39,80 DM

Band 2: Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutz
280 S., IKO-Verlag, 39,80 DM

CD mit ca. 1500 Dokumenten zum Filz im Umweltschutz. PDF- und TIFF-Format.

Für Apple, Windows, Linux, OS/2. 49,80 DM.

Bestelladresse:

MaterialAuswahl Umweltschutz (MAUS)
Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld

